

D7426E

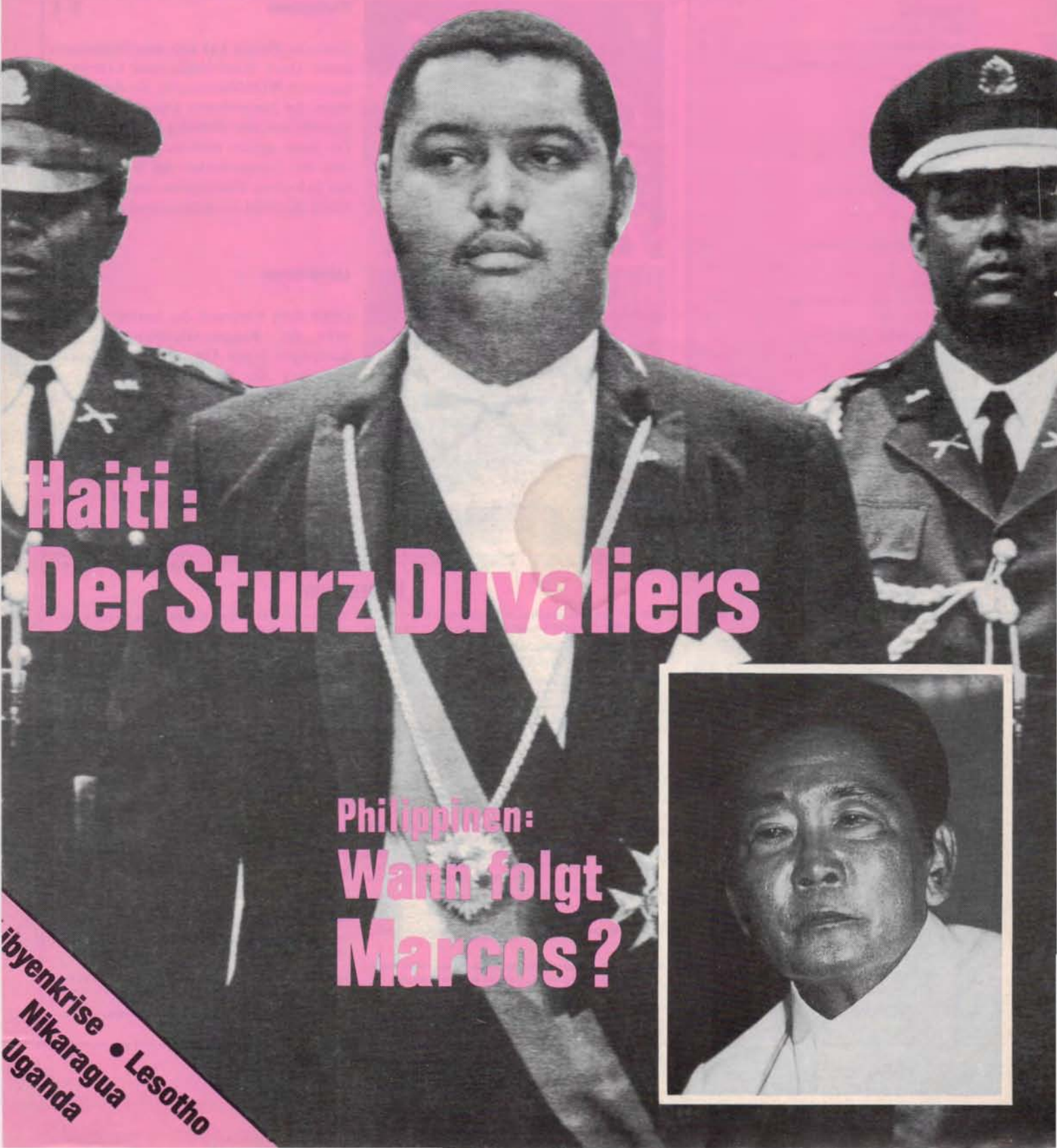
AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 3/März 1986

17. Jahrgang

3DM



Haiti: Der Sturz Duvaliers

Philippinen:
Wann folgt
Marcos?



ibyenkrise • Lesotho
Nikaragua
Uganda

Inhalt

Kommentar	
Atomwaffenfrei ins Jahr 2000?	3
Haiti	
Der Sturz Duvaliers	4
Haiti-Daten	6
Philippinen	
Wende in Manila?	8
Antidiktatorisches Bündnis BAYAN	9
Interview mit dem Linksrepräsentanten Satur Ocampo	11
Libyen - USA	
Angriffsziel Libyen	12
Reagan-Plan: Militärische Aktion vorbereiten	14
Bonn und die Libyenkrise	18
Uganda	
Neuanfang unter Museveni?	20
Westsahara	
10 Jahre DARS - Wo steht die POLISARIO?	22
Manifest des 6. POLISARIO- Kongresses	24
Lesotho	
Opfer der „Pax Pretoriana“	30
Nikaragua	
Brief aus Nicaragua zur Zensur und Streikfrage	32
H. Frenz zur Nikaraguasolidarität	34
Chile	
MDP-Gespräch: Pinochet 1986 stürzen Chiles Frauenbewegung - Vorbild für die antidiktatorische Einheit	35 37
Serie Sowjetunion - Dritte Welt	
Nikaragua und das sozialistische Lager (II)	40
Fidel Castro zu Kubas Nikaraguahilfe	42
Sowjetunion-Diskussionsforum	45
Kultur	
Türkische Sängerin Esin Afşar	46
Rezension	
Nikaraguaberichte kontrovers	47
BRD-Infodienst	
BRD-Südafrika: Polizeireisen, EKD zum Boykott, Rheinmetall: Buchtips zu Südafrika, Weltwirtschaft: Ausländer- politik: Peres-Besuch	48
Kurzinformationen	
Burkina - Mali, Südafrika, Nahost, Li- banon, Pakistan, Korea, Kostarika, El Salvador, Argentinien	49
Bruderkrieg im Südjemen	51



Haiti

S. 4

Die Proteste des Volkes gegen die Diktatur hatten zur Jahreswende das ganze Land erfaßt. Am 7. Februar d.J. floh Duvalier, der selbsternannte Präsident auf Lebenszeit, ins Ausland. Ein Regierungsrat von Militärs und Zivilisten trat an seine Stelle. Er scheint ein Wunschkind Washingtons zu sein, steht aber unter großem Erwartungsdruck.

Wir informieren über die Ursachen der Aufstände, die Oppositionskräfte und die Politik des Regimes.



Philippinen

S. 8

Diktator Marcos hat sich den Wählern gestellt. Doch erwartungsgemäß kam es zu massiven Wahlfälschungen, die die Kandidatin der bürgerlichen Opposition, Cory Aquino, um den Wahlsieg bringen sollten. Die Lage spitzte sich zu... Wir berichten über die Vorgeschichte der Wahlen, über das Taktieren Washingtons und dokumentieren die Sicht der Linksoption.



Libyenkrise

S.12

Unter dem Vorwand des Antiterrorismus trieb die Reagan-Administration ihre Kampagne gegen Libyen auf die Spitze. Einheiten der 6. US-Flotte drangen in Küstennähe vor. In Washington wurde ein Interventionsplan zum Sturz Ghaddafis gezimert, Sanktionen gegen Libyen verhängt.

Kommt es zum Angriff und zur Kriegeskalation im Mittelmeer? Wo steht Bonn?

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diédereichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Asia Ebtehaj, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lotnar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemmann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. Armgart, A.J. Arndt, J. Utz.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 6. 2. 1986

Anzeigen: Weltkreis Verlag, Solishop 3. Welt, Sahara-Info, Wechselwirkung, Prokia.

Fotonachweis: NACLA, AIB-Archiv, MDP, NASA, Africa Now, JANA, Por Esto, POLISARIO, Afrique-Asie, Arbeiterfotografie Bremen

Titelbild: Haitis gestürzter Präsident J. C. Duvalier, philippinischer Diktator F. Marcos (kleines Bild)

In die Weltpolitik ist mit Beginn des Jahres 1986 neue Bewegung gekommen. Doch ob der im „UNO-Jahr des Friedens“ weltweit erhoffte Durchbruch in Richtung einer Erneuerung des Entspannungsprozesses und einer Wende zu echter Abrüstung tatsächlich kommt, ist keineswegs ausgemacht.

Der verhaltene Optimismus, der nach dem Genfer Gipfeltreffen zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan vom November 1985 aufkam, erhielt durch die Ereignisse der letzten beiden Monate Dämpfer und Auftrieb zugleich. Die Dämpfer kamen aus Washington. Dies gilt einmal für das Vortreiben des US-Weltraumrüstungsprogramms SDI. Zum anderen zeigt dies der aktuelle Konfliktkurs insbesondere gegen Nikaragua, Angola und Libyen.

Als wolle sie das schon in Genf praktizierte Muster, die eigene Bereitschaft zu weltweiten Abrüstungsschritten an das „Wohlverhalten“ der sowjetischen Seite in sog. Regionalkonflikten zu koppeln, gleichsam im Nachhinein legitimieren, eskalierte die Reagan-Administration den libysch-amerikanischen Dauerkonflikt (siehe nachstehende Libyen-Beiträge) in einem bislang nicht gekannten Ausmaß. Mit militärischen Drohgebärden, einem massiven Aufmarsch seiner Kriegsflotte am Golf von Syrte und einem Wirtschaftsboykott gegen Libyen demonstrierte Washington seine nahezu ungebrochene Bereitschaft zu Konfrontation und Intervention gegen alle unliebsamen Staaten und Bewegungen der Dritten Welt.

Angriff auf Ghaddafi

Doch auch diesmal gelang es Washington nicht, mit dem Verweis auf den Standardvorwand „internationaler Terrorismus“ neue Verbündete zu gewinnen. Die Westeuropäer versagten in Sachen Wirtschaftsboykott die Gefolgschaft. Die UdSSR gab demonstrative Sicherheits-erklärungen für Libyen ab. Und viele Staaten der Dritten Welt erkannten die US-Stärkedemonstration als potentielle Bedrohung auch ihrer eigenen Souveränität.

Während in Washington die Trommel für die antilibysche Kanonenbootpolitik der Reagan-Leute gerührt wurde, kam ein ganz anderer Paukenschlag aus Moskau. Und dieser hat, so läßt sich heute schon sagen, der weltweiten Debatte um internationale Sicherheit und Abrüstung eine Dynamik verschafft, angesichts derer das jämmerliche Profil der derzeitigen west-



lichen Politik in der Frage der Sicherung des Weltfriedens überdeutlich wird. Die in der Erklärung des Generalsekretärs der KPdSU, M. Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 enthaltene Vision beinhaltet nicht mehr und nicht weniger, als die Welt bis zum Jahr 2000 von allen Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln, damit von der zentralen Grundlage gegenwärtiger Unsicherheit und Kriegsgefahr zu befreien.

Dieser neuartige und weitreichende sowjetische Drei-Stufen-Plan zur Beseitigung aller Atomwaffen würde im Falle seiner Verwirklichung einen historischen Schlußstrich unter eine Entwicklung ziehen, die vor vier Jahrzehnten in Hiroshima und Nagasaki begann und die Existenz der ganzen Menschheit bedroht. Er integriert die Abrüstungsmaßnahmen von USA, UdSSR, den drei weiteren Atommächten, den Militärbündnissen und der großen Industriestaaten zu einem zusammenhängenden, umfassenden Konzept mit einem klaren Zeitplan. Und er verbindet Anfangsschritte konkret mit dem Ziel, bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Atomwaffen abzuschaffen und die konventionelle Rüstung zu vermindern.

Als Einstieg sieht der Plan die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR in Europa, die Reduzierung der strategischen Atomwaffen beider Seiten um 50% und das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Stationierung von Weltraumwaffen vor. Für alle Maßnahmen sollen effektive Kontrollmechanismen, einschließlich Inspektionen vor Ort, vereinbart werden. Gleichzeitig hat die UdSSR ihr einseitiges Atomtest-Moratorium um ein Vierteljahr verlängert und die USA aufgefordert, sich diesem Schritt anzuschließen.

Es lohnt sich, darüber nachzudenken,

was eine Verwirklichung dieses Plans für uns hier und für die Menschen und Völker der Dritten Welt bedeuten könnte. Als ich kürzlich an einer großen Konferenz von Nicht-Regierungsorganisationen in Genf aus Anlaß des UNO-Jahres für den Frieden teilnehmen konnte, war für mich das Beeindruckendste, von wie vielen Delegierten aus den unterschiedlichsten politischen Lagern und Weltregionen die neue Botschaft aus Moskau positiv aufgenommen wurde. Die Friedensbewegung hierzulande tat gut daran, als sie von ihrer letzten Aktionskonferenz aus die Bundesregierung aufrief, den Gorbatschow-Vorschlag durch konkrete Schritte positiv zu beantworten und feststellte, daß mit dem Vorschlag Geist und Logik der Abschreckung in Frage gestellt würden.

Für die Solidaritätsbewegung ist darüber hinaus bedenkenswert, daß das Drei-Stufen-Programm aus Moskau auch darauf angelegt ist, eine neue Entwicklungsdynamik in der Dritten Welt in Gang zu setzen, wenn es formuliert: „Das vom Militarismus aufgezwungene Prinzip 'Aufrüstung statt Entwicklung' muß abgelöst werden durch das Prinzip 'Abrüstung für Entwicklung'.“

Kein Wunder deshalb, wenn die Staats- und Regierungschefs Argentinien, Indiens, Griechenlands, Mexikos, Schwedens und Tansanias, die vor einem Jahr die „Deklaration von Delhi“ (siehe AIB-Sonderheft 4/1985) unterzeichneten, den neuen sowjetischen Vorschlag als „einen der positivsten Schritte, die jemals getan wurden“, begrüßten. Quasi als Ergänzung hat die sowjetische Regierung dem UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar inzwischen ein Memorandum über „internationale ökonomische Sicherheit der Staaten“ überreicht, in dem sie sich in Übereinstimmung mit den meisten Dritte-Welt-Staaten dagegen wendet, „die internationalen Wirtschaftsbeziehungen für Druck und Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten zu mißbrauchen“.

Auch wir in der Bundesrepublik können und sollten bei den kommenden Aktionen der Friedensbewegung den mobilisierenden Effekt der konkreten Utopie einer atomwaffenfreien Welt nutzen: bei den Ostermärschen Ende dieses Monats, der Aufklärungskampagne Frieden '86, der Großdemonstration an der Cruise-Missiles-Basis in Hasselbach/Hunsrück am 11. Oktober 1986 und nicht zuletzt in der kommenden Wahlbewegung für eine neue Mehrheit aller Friedenskräfte links von der CDU.

Rainer Falk

Ulrich Rupp

Der Sturz Duvaliers



Proteste in Cap-Haïtien (oben) kurz vor der Flucht Diktator Duvaliers (links mit Ehefrau Michèle)

Am 7. Februar d.J. war es dann endlich doch soweit. Diktator Jean-Claude Duvalier („Baby Doc“) verließ an Bord einer Transportmaschine der US-Luftwaffe mit Ehefrau Michèle und 21 Angehörigen ihrer Clans die Karibikinsel, um ins französische Exil zu flüchten.

Die Nachricht von der Flucht des Diktators löste unter den Haitianern Freudenkundgebungen aus. Erstmals nach 29 Jahren sollte der Karneval nicht nur zur Ablenkung von Not und Unterdrückung dienen, sondern ein Fest der Hoffnung auf ein besseres Leben werden.

Gleichzeitig entlud sich aber auch die Wut des Volkes gegen die Symbole der Diktatur und gegen ihre wichtigste Stütze, die Terrormiliz „Tontons Macoutes“. Ihre 10-20.000 Mitglieder entschieden sich großteils unterzutauchen oder in die Berge zu fliehen, nachdem Dutzende von ihnen von aufgebracht Menschen gelyncht worden waren.

Der Abgang des Alleinherrschers vollzog sich genau eine Woche nachdem der Sprecher des Weißen Hauses bereits einmal seine Flucht angekündigt hatte.¹

Nach übereinstimmenden Berichten aus Haiti hatte Duvalier nach einem langen Gespräch mit US-Botschafter Clayton McManamy bereits am Abend des 30. Januar d.J. eingewilligt, das Land zu verlassen und die Macht an die Armee abzugeben.² Die US-Botschaft hatte sogleich eine Liste der neuen Regierungmitglieder angefertigt und die Meldung von der erfolgreichen Machtübergabe nach Washington gekabelt. Kurz darauf hatte sich Duvalier jedoch anders entschieden. Er mußte anscheinend noch einige finanzielle Angelegenheiten erledigen und sich des Widerstands der „Tontons Macoutes“ erwehren, die zurecht befürchteten, daß sie die Hauptleidtragenden des Machtwechsels werden würden.

Washingtons Machtwechsel

Das Motiv für Washington, seinen langjährigen Statthalter jetzt fallenzulassen, liegt auf der Hand: Der Volksaufstand richtete sich vor allem gegen seine Person und noch nicht gegen das gesamte Herrschafts- und Gesellschaftssystem.

Die Tatsache, daß die Armee im Volk beliebt ist, da sie sich kaum an der Unterdrückung beteiligte, begünstigte die Einsetzung eines Nationalen Regierenden Rates aus vier Militärs und zwei Zivilisten und einer 19köpfigen Regierung. Beiden Gremien gehören fast nur Anhänger des ehemaligen Diktators an. Der

Vorsitzende des Rates, Generalleutnant Henri Namphy, war zeitweise Stabschef unter „Baby Doc“ und bereits ein enger Vertrauter des Vaters François Duvalier („Papa Doc“) gewesen. Die einzigen, die keine Anhänger der Diktatur waren, sind Gerard Gourge, Mitglied des Regierungsrats und Vorsitzender der Menschenrechtskommission, sowie der neue Außenminister Jacques François.

Dennoch wird die neue Mannschaft nicht im Stile Duvaliers weiterregieren können, will sie nicht eine Fortsetzung der Proteste und eine Radikalisierung der Volksbewegung riskieren. Sie hat bereits die Einhaltung der Menschenrechte versprochen und 26 politische Gefangene freigelassen.

Proteste nicht mehr zu bremsen

Die Proteste, die zum Sturz Duvaliers führten, hatten ihren Ausgang am 27. November 1985 genommen, als Slumbewohner von Gonaïves, der viertgrößten Stadt des Landes, gegen Kürzungen in der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung demonstrierten. Mit Losungen wie „Nieder mit dem Elend“ und „Nieder mit der Verfassung“ hatten sie dem Regime den Kampf angesagt.³ Tags darauf waren bei einer weiteren Demonstration drei Oberschüler erschossen worden. Seitdem hatten sich die Widerstandsaktionen über große Teile des Landes ausgebreitet.

Anfang Januar d.J. kam es zu neuen Massenprotesten. Während der vor allem von Jugendlichen getragenen Aktionen, wurden mehrere Kasernen der „Tontons Macoutes“ gestürmt, Straßensperren errichtet und Regierungsgebäude in Brand gesteckt.

Einen Schüler- und Studentenstreik, der am 7. Januar begann, beantwortete das Regime einen Tag später mit der Schließung aller Schulen und Universitäten. Anonyme Aufrufe für einen Generalstreik am 13. Januar zeigten zwar wenig Wirkung, doch fand am 29. Januar nach der Ermordung von drei Menschen, darunter zwei Kindern, bei Protesten in Cap-Haïtien, der zweitgrößten Stadt, die bis dahin größte Demonstration mit 40.000 Teilnehmern statt.

In den folgenden Tagen kam es in fast allen Städten und erstmals auch in der Hauptstadt Port-au-Prince zu aufstandsähnlichen Protesten. Barrikaden wurden gebaut, Geschäfte geschlossen, Streiks breiteten sich aus. Teilzugeständnisse des Regimes wie die Senkung der Preise von Grundnahrungsmitteln im Januar d.J. hatten die Bewegung nicht bremsen können.

Deshalb verhängte der Diktator am 31. Januar d.J. den Belagerungszustand und verstärkte den Terror, ohne aber ein En-

de der Aktionen herbeiführen zu können. Allein in der ersten Woche seit seiner Verhängung wurden zwischen 100 und 300 Menschen ermordet und teilweise in Massengräbern verscharrt.

18 Monate zuvor hatte eine erste Protestwelle das Land erschüttert. Damals, im Mai 1984, besetzten Tausende das Stadtzentrum von Gonaïves (siehe AIB 2/1985, S. 17f.). Aus Hungerdemonstrationen wurden bald Aktionen für den Sturz des Regimes, die sich in den Provinzstädten ausbreiteten.

In einer Erklärung von Delegierten aufständischer Städte wurde die Unfähigkeit des Regimes kritisiert, eine umfassende Entwicklungsstrategie zu realisieren. Im Gegenteil habe das Regime die materielle, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verelendung des Landes beschleunigt.

Deswegen forderten sie ihr Recht, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen und frei demokratische Institutionen zu wählen – ein Recht, das sie seit 1957 nie gehabt hatten.

Opponenten unerwünscht

Seit diesem Jahr, als sich François Duvalier mit Hilfe der Armee an die Spitze des Staates setzte und mit Hilfe des Militärs und der paramilitärischen Terrororganisationen die Opposition grausam unterdrückte, hat es in Haiti nie Demokratie gegeben.

Der Sohn Jean-Claude wurde 1971 von seinem Vater zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt. Auf 50.000 Tote seit 1957 hatten die Duvaliers ihre Regime gebaut. Willkürliche Verhaftungen und das Verschwinden politischer Gegner waren an der Tagesordnung.

Politische Parteien – ausgenommen die dem Jean-Claudismus verpflichtete Partei der Nationalen Einigung (PUN) – waren entweder verboten oder führten

ein Schattendasein am Rande der Illegalität.

Die stärkste Repression wurde gegen die wichtigste Linksorganisation, die Vereinigte Partei der Haitianischen Kommunisten (PUCH) ausgeübt. Seit 1969, als allein 500 Mitglieder der PUCH ermordet wurden, bestand ein Gesetz, welches „kommunistische“ Aktivitäten mit der Todesstrafe bedrohte. Im Rahmen der internationalen Imagepflege des Regimes wurde die Todesstrafe im November 1985 durch 10-20jährige Gefängnisstrafen ersetzt.

Die Repräsentanten der geduldeten Parteien, der Christdemokratischen (PDCH) und der Christlich Sozialen Partei (PSCH), Sylvio Claude und Grégoire Eugène, wurden in den letzten Jahren abwechselnd verhaftet, gefoltert und unter Hausarrest gestellt. Die Tüchtigkeit dieser Parteien wurde zudem stark behindert, da sie praktisch keine Öffentlichkeitsarbeit betreiben konnten.

Ihre Zeitungen durften seit dem 7.5.1984 nicht mehr erscheinen. Das Pressegesetz von 1980, das die Beleidigung des Staatsoberhauptes unter Strafe stellt, wurde benutzt, um gegen mißliebige Journalisten vorzugehen und Zeitungen und Radiostationen zu suspendieren oder ganz zu verbieten.

Unter diesen Bedingungen war auch eine Gewerkschaftstätigkeit, die nicht von der Regierung kontrolliert wurde, fast unmöglich.

Mit diesen Maßnahmen hatte es der Duvalier-Clan geschafft, eine fast unumschränkte Macht zu erlangen und sich im Stile eines Somoza oder Stroessner zu bereichern. Durch Korruption und den Griff in die Staatskasse hatte die Führungselite ein auf 200 Mio Dollar geschätztes Vermögen angehäuft und großteils ins Ausland geschafft. Damit gehörten sie zu dem einen Prozent der haitianischen Bevölkerung, das 45% des Nationaleinkommens auf sich vereinigt,



Ein unterernährtes Kind erhält im Krankenhaus eine Mahlzeit

während sich 80% der Bevölkerung mit lediglich 100 Dollar im Jahr nur mühsam am Leben erhalten können.⁴

Die volksfeindliche Politik der Duvaliers äußerte sich auch in der Vernachlässigung der für den Binnenmarkt produzierenden Landwirtschaft, von der 2/3 der Bevölkerung leben, zugunsten der Plantagenwirtschaft.

Ausverkauf an US-Multis

Während die Produktionszahlen der vorwiegend von Ausländern bewirtschafteten Plantagen (8% der Fläche und 30% des Exportaufkommens) bei Bananen, Zuckerrohr, Kaffee und Kakao nach Einbußen durch Wirbelstürme 1980 wieder kontinuierlich anstiegen, gingen umgekehrt die Ziffern für die Nahrungsmittel Mais, Sorghum, Reis und Bohnen zurück.⁵

Das hatte nicht nur zur Folge, daß immer mehr Kleinbauern ihre Höfe aufgeben mußten. Es verstärkte auch die Nahrungsmittelknappheit und den Hunger im Lande. Daher ist Haiti zunehmend

Mitglieder des neuen Regierenden Rates: in der Mitte der neue Staatschef General Henry Namphy



INDUSTRIANSIEDLUNGEN

Jetzt noch mehr Arbeitskraft für Ihre DM

FÜR NUR 1,- US-DOLLAR

erwerben sie gerne für Sie 8 Stunden, und viele, viele Stunden über
geschiedenen Erzeugnissen werden auf Sie

Sie haben außerdem:

Sonnen- und Zellenkraft – freie Transfer – gute Luftfrühmeh-
dungen – ruhiges Arbeitslima – naher US-Markt – Baugelände
für eigene Investitionen oder freie Kapazitäten für Lohnverlei-
dung-Auflage.

Facilities – Sportmittel – Spielzeug – Bekleidung – Handarbeiten usw. Schreiben Sie an

HAITI - THIRD WORLD INVESTMENT-BUREAU

11000 207 - Port-au-Prince/Haiti WI

Anzeige aus Handelsblatt: Hungerlöhne lockten das Auslandskapital

auf Nahrungsmittelimporte und -schen-
kungen aus den USA angewiesen.
Ebenso hatte der Duvalier-Clan in der
Industrie nur den Aufbau von Betrieben
gefördert, die vor allem für den US-
Markt, aber nicht für den Binnenmarkt,
produzieren. Diese Firmen (insgesamt
220 aus den USA), ange lockt durch
Streikverbot und absolute Hungerlöhne,
investierten vor allem in der Elektronik-
teilefertigung, der Herstellung von Spiel-
waren und Textilien.

Je nach Standort erhielten sie bisher zwi-
schen 5 und 15 Jahren Steuerbefreiung.
Für weitere 5 Jahre wurden Steuerer-
mäßigung und Zollbefreiung für die für
den Aufbau der Industrie einzuführen-
den Maschinen gewährt. Der „Transfer
von Kapital und Gewinn unterliegt
grundsätzlich keinen Beschränkun-
gen.“⁶

Parallel zur Ausverkaufspolitik in Land-
wirtschaft und Industrie hatte sich die
Vorherrschaft von US-Konzernen im
Bankwesen und im Bergbau weiter ver-
stärkt.

Diese Politik ging vor allem auf Kosten
der sozialen Versorgung der Bevölke-
rung. Haiti gehört mit einer der höchsten
Raten der Kindersterblichkeit, mit ei-
nem extrem niedrigen Kalorienver-
brauch von nur 1.700 pro Person und
nur einem Arzt auf 13.000 Menschen zu
den sozial rückständigsten Ländern der
Erde.

Das Regime Duvalier rühmte sich gerne,
daß die Ansiedlungspolitik ausländischer
Firmen 50.000 Arbeitsplätze geschaffen
habe. Dabei wurde geflissentlich über-
sehen, daß 60% der Bevölkerung unter-
beschäftigt oder arbeitslos sind.

Tausende verdingen sich deshalb lieber
unter sklavenähnlichen Bedingungen im
Nachbarland Dominikanische Republik
auf den Zuckerrohrplantagen, um zu
überleben. Die Verzweifeltsten vertrau-
ten sich wackeligen Booten an und ver-
suchten, die benachbarten karibischen
Inseln oder gar die USA zu erreichen.
1 Mio Menschen sind unter den Duva-
liers aus Haiti geflohen.

Da dem Staat durch Korruption und
weitgehende Vergünstigungen für US-
Konzerne wichtige Steuerquellen fehlten,
war er auf ständig steigende Ent-
wicklungshilfe, Darlehen und Kredite
angewiesen, um die Etatdefizite zu
decken. Zwischen 1978 und 1983 stieg
die Auslandsverschuldung Haitis von
195,2 auf 538,6 Mio Dollar. Für Zinszah-
lungen und Tilgung waren 1985 20 Mio
Dollar aufzubringen. 1986 werden es 41
Mio Dollar sein.⁷

Den Diktator opfern...

Die wachsende Instabilität des Regimes
hatte bei den Hauptstützen und Finan-
ziers des Regimes im Ausland Besorgnis
ausgelöst.

Wichtigster Geldgeber war die Reagan-
Administration, die die jährlichen Zah-
lungen gegenüber der Carter-Zeit
(1977-80) auf 50 Mio Dollar verfünf-
facht hatte. 1985 stammten 160 der 230
Mio Dollar des Staatshaushalts von aus-
ländischen Geldgebern und internatio-
nalen Finanzinstitutionen. Die Bundesre-
gierung schoß dem Regime in diesem
Jahr 33 Mio DM zu, nachdem sie ihm
bereits 1985 25,9 Mio DM Schulden er-
lassen hatte.

Nachdem die USA die Auszahlung von

56 Mio DM für das Finanzjahr 1986 von
einer Scheindemokratisierung wie in El
Salvador und Guatemala abhängig ge-
macht hatten, willigte Duvalier ein, ein
Referendum über die Einsetzung eines
Premierministers und die Zulassung von
Parteien abzuhalten. Da jedoch die le-
benslange Präsidentschaft Duvaliers
nicht zur Abstimmung stand und Par-
teien – Linksparteien blieben ohnehin
verboten – nur zugelassen werden soll-
ten, falls sie dem Innenminister und dem
Polizeichef 18.000 Unterschriften vor-
legen könnten, boykottierte die Opposi-
tion das Referendum am 22.7.1985.

Daß dennoch 99,98% den Plänen Duva-
liers zustimmten lag an weitverbreiteter
Mehrfachstimmabgabe und an massiven
Fälschungen. Nichtsdestotrotz lobte der
US-Botschafter McManamy das Referen-
dum als „Schritt nach vorn“.⁸

Daß dieser Schritt jedoch zu kurz war,
sollten die jetzigen Proteste zeigen.
Grund genug für die Reagan-Administra-
tion ihr Herz für die Menschenrechte auf
Haiti zu entdecken, nachdem sie dem
Regime in den letzten Jahren Verbesse-
rungen gerade auf diesem Gebiet be-
scheinigt hatte.

Washington sperrte schließlich Ende
Januar d.J. die Auszahlung einer weite-
ren Finanzhilfe von 26 Mio Dollar und
Außenminister George Shultz forderte
den Machtantritt einer gewählten Regie-
rung. Der Vorsitzende des Geheim-
dienstsausschusses des US-Senats, David
Durenberger, rief gar zur Entsendung
einer „interamerikanischen Streit-
macht“ auf, die „zum Übergang zu einer
demokratischen Regierung beitragen“
könne.⁹

Im Weißen Haus war man bereit, den
Diktator zu opfern, wenn dadurch die
US-Interessen gewahrt blieben und ein
zweites Kuba oder Nicaragua vor der
eigenen Haustür verhindert werden
konnte.

Daß ein von den USA unterstützter Mili-
tärputsch Aussicht auf Erfolg hatte, dar-

Territorium: 27.750 qkm (Hessen 21.100
qkm)

Hauptstadt: Port-au-Prince (800.000 Ein-
wohner)

Bevölkerung: 5,5 Mio Einwohner (1985);
davon sind 75% Schwarze und 25% Mulatten
Sprache: Kreolisch, Französisch (Amtsspra-
che)

Religion: 90% Katholiken, 10% Protestan-
ten, Einflüsse des Voodoo-Kultes

Währung: Gourde (Gde); 1 Gde = 0,53 DM
(September 1985)

Wirtschaft: Haiti ist ein kapitalistisches
Agrarland mit schwachentwickelter Indus-
trie. Bruttosozialprodukt pro Kopf: 300
US-Dollar (1983). 74% der Beschäftigten ar-
beiten in der Landwirtschaft, 7% in der Indus-
trie (1982). 70% der Investitionen stammen
aus den USA. Die Industrie (vor allem Mon-
tagebetriebe) produziert hauptsächlich für
US-Märkte. Der Bergbau ist kaum ent-
wickelt, doch gibt es Vorkommen von



Bauxit und Edelmetallen. Haupthandels-
partner: USA, Frankreich, BRD.

Soziale Lage: Analphabeten: 80%; Lebens-
erwartung: 54 Jahre; Inflationsrate 7,8%
(Durchschnitt 1973-83); 200 von 1.000 Kin-
dern sterben vor Vollendung des ersten
Lebensjahres, 90% der Kinder sind unter-
nährt.

Geschichte

- 1492 Entdeckung der Insel Hispaniola
durch Kolumbus und Begründung der
spanischen Kolonialherrschaft
- 1697 Beginn französischer Kolonialherr-
schaft im Westteil der Insel
- 1791 Aufstand der Sklaven unter Toussaint
L'Ouverture gegen Frankreich
- 1804 Unabhängigkeitserklärung
- 1915 US-amerikanische Invasion in Haiti
- 1934 Aufhebung der US-Besatzung
- 1957 Machtantritt des Francois Duvalier
- 1971 Machtübergabe an seinen Sohn Jean-
Claude Duvalier

Rainer Werning Gelingt die Wende in Manila ?



Die Linke rief zum Boykott der Wahlen auf, da die Fälschungen vorauszusehen waren

Am 7. Februar d.J. gingen in den Philippinen vorgezogene Präsidentschaftswahlen über die Bühne, deren Abhaltung allein schon ein Politikum darstellt. Unter massivem Druck aus Washington und in der Hoffnung, das Ergebnis noch einmal zurechtbiegen zu können, hatte Diktator Ferdinand Marcos dieser Abstimmung zugestimmt. Gegenspieler des Mannes im Malacanang-Palast zu Manila war das Gespann der bürgerlichen Opposition Corazon „Cory“ Aquino/Salvador „Doy“ Laurel.

Trotz aller Mahnungen aus Washington und seitens der katholischen Kirche, trotz Anwesenheit hunderter Journalisten und ausländischer Wahlbeobachter schritt das Regime zu massiven Wahlfälschungen. Urnen und Ergebnislisten wurden ausgetauscht, Wähler eingeschüchtert und bestochen, Auszählungen hinausgezögert, um sie besser fälschen zu können. So nahm es nicht Wunder, daß die offizielle Wahlkommission Comelec Marcos vorne sah, während die unabhängige Nationale Bewegung für freie Wahlen (Namfrel) bei ihren parallelen Zählungen eine deutliche Führung Aquinos ermittelte. Um einen Schein der Legitimität zu wahren, wurde die endgültige Auszählung der Stimmen dem Parlament übertragen, das jedoch auch von Marcos' Parteifreunden dominiert wird.

Folge der von allen Wahlbeobachtern und auch von Mitarbeiterinnen der Comelec festgestellten Fälschungen ist eine extreme Polarisierung der Lage. Marcos drohte, sich von den USA zu distanzieren, falls sie sich nicht weiterer Kritik enthielten. Und er verwies auf die Möglichkeit, die Wahlen zu annullieren und bis 1987 weiterzuregieren. „Cory“ Aquino mobilisierte ihre Anhänger zu einer Großdemonstration am 10. Februar d.J. und kündigte weitere Massenaaktionen an, bis Marcos abtrete und ihr das Präsidentenamt überlasse.

Sollte Marcos tatsächlich versuchen, weiterhin an der Macht zu bleiben, so sähe er sich weltweiter Ächtung gegenüber. Zugleich würde damit bei vielen Oppositionellen die Einsicht gefördert, daß nicht durch Wahlen, sondern nur mit Massenaaktionen und der Waffe in der Hand Demokratie und soziale Gerechtigkeit erreicht werden können.

Der folgende Beitrag unseres Ostasienexperten R. Werning, der noch vor den ersten Wahlergebnissen fertiggestellt wurde, analysiert, warum es zu diesen Wahlen kam, welche Interessen Washington verfolgt und was von einer Präsidentin „Cory“ Aquino zu erwarten stünde.

Die tödlichen Schüsse auf Benigno Aquino, die Gallionsfigur des aufgrund fortgesetzter politischer Außergrenzung opponierenden Bürgertums, markierten den Anfang vom Ende des Marcos-Regimes. Mit Aquino war nicht nur die Option eines friedlichen Wandels jäh beendet, sondern auch die Glaubwürdigkeit und Legitimation Manilas zu Grabe getragen worden.

In den Städten machte das sog. Parlament der Straße, ein aus sämtlichen Klassen und Schichten gespeistes Protestpotential, von sich reden. Und es gewann mit der zwischenzeitlich im Hinterland zur weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla aufgestiegenen Neuen Volksarmee (NPA) an realem politischen (Gegen)Gewicht.

„Öffnung“ auf US-Geheiß

Wirtschaftlich sah sich Manila an den Rand des Abgrunds gedrängt. Seit Herbst 1983 dauert sein Schuldenmoratorium an. Die Auslandsverschuldung schnellte von 2,2 Mrd Dollar im Jahre 1972 auf gegenwärtig ca. 30 Mrd Dollar empor.

Besorgt darüber, daß ein Fortdauern der Marcos-Herrschaft „radikalisierte Philippinen“ – so die im Januar 1985 von Präsident Reagan unterzeichnete Nationale Sicherheitsdirektive „U.S. Policy Towards the Philippines“ – bedeutet, und dies seine Position im Pazifik schwächt, praktizierte Washington seit Sommer vergangenen Jahres ein Wechselspiel aus Druck und Drohungen. Manila, so das Kalkül, sollte auf eine „demokratische Öffnung“ eingeschwo-ren werden. Vorrangig waren damit vorgezogene Präsidentschaftswahlen gemeint, auf die CIA-Chef William Casey und Reagans Sonderbeauftragter, Senator Paul Laxalt, während ihrer Philippinen-Besuche im Mai bzw. Oktober 1985 insistierten.

Anfang November 1985, genau 3 Tage bevor Marcos schließlich die Abhaltung vorgezogener Wahlen bekanntgab, erregte ein 41-seitiger Philippinen-Report die Gemüter in Washington. Dabei handelte es sich um eine vom Geheimdienstschuß des US-Senats unter Vorsitz von Senator David Durenburger erstellte Studie, die über das Regime in Manila wenig Schmeichelhaftes enthielt. Ihr Fazit: Die von ausländischer Hilfe abgeschnittene NPA verzeichnet einen dermaßen dramatischen Zulauf, daß sie innerhalb von 3 Jahren das strategische Patt herzustellen vermag, sollte in Manila wie bislang weiterregiert werden.

So sehr in „sauberen Wahlen“ ein notwendiger Keil gesehen wird, „den kommunistischen Aufruhr einzudämmen“, so sehr vermeidet es die Studie aber,

ausdrücklich und offen gegen Marcos Front zu machen.¹

Als wirtschaftliches Druckmittel besann man sich auf die Zurückhaltung von ca. 460 Mio Dollar. Sie waren im Rahmen des Ende 1984 vereinbarten 650-Mio-Dollar-Kredits des Internationalen Währungsfonds sowie des im Mai 1985 unterzeichneten Hilfspakets privater Banken (925 Mio Dollar) bewilligt worden.

Ist die Hälfte dieser Gelder ohnehin nur für ein Abtragen der Tilgungs- und Zinslasten bestimmt, so wird der Rest erst fällig, wenn die Abwertung des Pesos beschleunigt, Sozialausgaben zusammengestrichen, Importlockierungen verfügt und die Löhne weiterhin gedrückt werden. Die Durchsetzung all dieser Maßnahmen ist aber nur über ein Hochschrauben der Krisenspirale denkbar. Firmenzusammenbrüche, Kapitalabflüsse, ausufernde Korruption, Arbeitsniederlegungen und bewaffnete Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und NPA-Verbänden erreichten 1985 Rekordhöhen.

Die in Hongkong ansässige Political and Economic Risk Consultancy, die in Südostasien operierende multi- und transnationale Firmen mit Wirtschaftsexpertisen versorgt, gelangte in ihrem Dezember-Gutachten zu einem niederschmetternden Urteil: „Die Philippinen sind heute das wirtschaftlich und anlagemäßig risikoreichste nichtkommunistische Land in der Region.“²

Auch innerhalb der nächsten 5 Jahre, so der Konsens unter den meisten philippinischen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern, wird der Archipel das ökonomische Schlußlicht der Region bleiben.

Stephen J. Solarz, Vorsitzender des Unterausschusses des US-Repräsentanten-



„Cory“ Aquino (l.), moralisches Gewissen der Nation, Gegenkandidatin von Staatschef Marcos (r.)

hauses für Asiatische und Pazifische Angelegenheiten, und Paul D. Wolfowitz, im State Department als Unterstaatssekretär für den Pazifik und Ostasien zuständig, haben sich bereits für die Gewährung einer Art Marshall-Plan an Manila stark gemacht.

Die aufgestockten Spezialeinheiten (SOF) in den US-Stützpunkten Clark Air Field und Subic Naval Base, deren mögliche Verlagerung auf die weiter östlich gelegenen Marianen-Inseln Guam, Tinian oder Saipan seit 1983 erwogen wird, und Washingtons Vorliebe für den West-Point-Absolventen Fidel Ramos anstelle des Marcos-Cousins Fabian C. Ver als Generalstabschef der Streitkräfte (AFP) komplettierten die Politik des sanften Knüppels. In Ermangelung einer für die Amerikaner passablen personellen Alternative war Marcos Taktiker genug, auf dünner werdendem Eis seine Trumpfkarten geschickt anzureizen. Gegen „snap elections“ (vorgezogene Wahlen), so verkündete er im November 1985, habe er selbstredend nichts einzuwenden.

Als Vizepräsidentenskandidat ernannte er kurzerhand den 75jährigen

Arturo Tolentino. Tolentino, wie Marcos von Haus aus Jurist, Senator im alten und Abgeordneter der Regierungspartei Bewegung der Neuen Gesellschaft (KDL) im neuen Parlament, war wegen seiner kritischen Zunge im März letzten Jahres als Außenminister geschäft worden. Mit diesem Schachzug verblüffte der verschlagene Fuchs Marcos einmal mehr seine engsten Vertrauten.

„Die Toten wählen einmal“

Nachdem der 7. Februar d.J. als Wahltermin festgesetzt wurde, streifte die philippinische Justitia am 2. Dezember 1985 endgültig ihre Augenbinde ab und besiegelte die „Ramboisierung“ des Rechtswesens — der Aquino-Mordprozeß endete mit einer totalen Weißwäsche.

Sämtliche 25 angeklagten Militärs wurden freigesprochen. Qua Federstrich ignorierte das Gericht das Untersuchungsergebnis der unabhängigen Agrava-Kommission, wonach Aquino einer Verschwörung des Militärs zum Opfer gefallen war.

Antidiktatorisches Bündnis BAYAN

Am 4. und 5. Mai 1985 fand der Gründungskongreß der Neuen Patriotischen Allianz (BAYAN) mit 1060 Delegierten statt. Die einstigen Senatoren Tañada und Diokno wurden zum Vorsitzenden und Präsidenten gewählt. Dem Führungskreis gehörte bis zum Sommer auch Butz Aquino (der Bruder Benigno Aquinos; d. Red.) an, er fühlte sich aber „majorisiert“ und verließ sie.

Aus der Sicht der Nationalen Demokratischen Front (NDF) gilt BAYAN als entscheidendes Sammelbecken zur Stärkung des legalen Widerstandes. Auf Ablehnung stößt BAYAN bei der Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) und Butz Aquino. Sie halten BAYAN für „kommunistisch unterwandert“, ein Vorwurf, der sich auffallend mit der Regierungspropaganda deckt. BAYAN kann für sich mit Recht in Anspruch nehmen, die von der Masse der Bevölkerung getragenen sozialen Bewegungen aufzufan-

gen und zu repräsentieren.

Zu den Zielen BAYANs zählen: Beseitigung autoritärer Herrschaftsformen, umfassende Agrarreform, außenpolitische Umorientierung in Richtung Blockfreiheit; Volksdemokratie, die Raum für pluralistische Elemente läßt, und das Recht ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten auf Autonomie. Im Gründungsdokument heißt es: „BAYAN begreift sich als Mittel zur Einigung des Volkes, nicht lediglich politischer Führungspersonlichkeiten und Parteien. BAYAN sieht sich als Instrument der Bevölkerung, damit sie politischen Einfluß nicht nur bei, sondern, wichtiger noch, zwischen Wahlen hat. (...)

BAYAN tritt ein für Demokratie und gegen Diktatur; für Nationalismus und gegen Imperialismus; für das Wohlergehen aller und gegen die Privilegien weniger; für Einheit der Nation unter Wahrung ethnischer, religiöser, kultureller und ideologischer Vielfalt. (...)



Unmittelbares Ziel ist die 'Beseitigung der Marcos-Diktatur' und die Beendigung der ausländischen Einflußnahme. (...) Die Taktik des öffentlichen Drucks und das Parlament der Straße sind Teil des demokratischen Arsenalns."

(Quelle: Rainer Werning, Neue Elite oder demokratischer Neubeginn? Legale Opposition, in: Philippinen — wenn der Bambus bricht, hg. von der Aktionsgruppe Philippinen (agphi), Reinbek (Februar) 1986: rororo-aktuell 5739, S. 175)



US-Marinebasis Subic Bay

Wahlen mit und unter Marcos hat es bereits mehrfach gegeben. Täuschungen, Schwindel und Terror zeichneten sie aus. Stets bewahrheitete sich das Bonmot „Die Toten wählen einmal, die Lebenden gar mehr als zweimal, und selbst die Schmetterlinge auf Mindanao geben ihre Stimmzettel ab.“

Die jetzigen Wahlen dürften da kaum eine Ausnahme gebildet haben. Marcos konnte sich auf Armee und Polizei, seine im präsidentialen Vorbeugehaft-Gesetz (PDA) gebündelten legislativen Sondervollmachten, auf die Wahlkommission (Comelec) sowie auf seine Intimi im Obersten Gerichtshof stützen. Die KBL-Maschinerie wurde auf allen Ebenen buchstäblich geschmiert.

Auf 300 Mio Dollar schätzte die International Herald Tribune die Summe, die Marcos in seine Hausmacht pumpte,³ Nur sein Triumph, so die KBL-Wahlstrategen, eröffne den 73 Provinzgouverneuren und Bürgermeistern bei den für Mai 1986 angesetzten Kommunalwahlen berechnete Gewinnchancen.

Schließlich werde man der AFP-Reformbewegung (RAM), die innerhalb der Streitkräfte bereits Fuß faßte, offensiver begegnen. In Manila mehrten sich die Anzeichen, daß bei Armeechef General Josephus Ramas die Fäden eines möglichen Gegencoups zusammenlaufen. Rasch kursierten denn auch neuerliche Spöttelchen – im Volksmund stehen die „snap elections“ schlicht für *siya na ang panalo*, „er bleibt Sieger“.

Das Parlament der Straße ist seiner vormaligen Funktion, politisch mobilisierend zu wirken, weitgehend entwachsen. Über die Beseitigung der Marcos-Diktatur hinaus erschallt aus seinen Reihen der Schlachtruf nach „Beseitigung des US-Imperialismus“. Selbst in Manilas Straßen macht immer häufiger das Wort vom Parlament der Berge die Runde – eine Anspielung auf die NPA.

Gegen Marcos/Tolentino trat mit Corazon „Cory“ Aquino und Salvador „Doy“ Laurel ein Gespann an, dessen Sieg trotz aller skizzierten Widrigkeiten

unter folgenden Voraussetzungen denkbar war:

Da Washington am – desolaten – Status quo aus politischen, wirtschaftlichen und militärstrategischen Erwägungen nichts gelegen sein kann und ein abruptes Fallenlassen des Diktators im Sinne einer geordneten Nachfolgeregelung gleichsam kontraproduktiv wäre, setzt es Marcos und die Militärschicht durch wirtschaftliche Sanktionen (Drosselung oder gar Einfrieren der Wirtschafts- und Militärhilfe) unter massiven Druck. In einem parallel orchestrierten Gegenzug wird dem Gespann Aquino/Laurel alle erdenkliche Schützenhilfe in Aussicht gestellt, sofern die amerikanischen Machtprärogativen unangetastet bleiben.

Aquino/Laurel keine Alternative

Ein solches Szenario (mit dem Marcos-Clan im US-Exil?!) hatte den für Washington unbestreitbaren Vorteil, eine geschickt inszenierte Kulissenschieberei mit der Gloriette eines „demokratischen Wandels durch Wahlen“ zu umkränzen. So aussichtsreich diese Option schien, so manifest sind die Schwierigkeiten der von einem Dutzend auf nunmehr acht regionale politische Gruppierungen geschrumpften bürgerlichen Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) sowie des auf ihrer Plattform kandidierenden Gespanns Aquino/Laurel, ihrer Position eine mittelfristig manövrierfähige soziale Basis zu verschaffen.

Ihr wesentlich gegen die Person Marcos gerichteter Trommelfeuer beinhaltet keine Alternative. Wirtschaftspolitisch halten Aquino/Laurel am Kurs der exportorientierten Entwicklungsstrategie fest. Der Antikommunismus wird übernommen, das Konzept der Blockfreiheit abgelehnt und die Präsenz der US-Basen – zumindest bis 1991 – strikt garantiert.⁴

Laurel, UNIDO-Vorsitzender und Vize-

präsidentienkandidat, ist Sproß eines ebenso alteingesessenen wie begüterten Clans aus der südlich der Metropole Manila gelegenen Provinz Batangas.

Er ist darin erprobt, mal mit den amerikanischen, mal mit den japanischen und wiederum mit den amerikanischen Kolonialherren anzubändeln. Doys Vaters, José, war unter der japanischen Okkupation (zu Beginn der 40er Jahre) Präsident von Tokios Gnaden. Doy selbst war bis zur Verhängung des Kriegsrechts Senator und wie Marcos Mitglied der Nationalistischen Partei.

Cory Aquino, 1933 in der Provinz Tarlac (Zentralluzon) geboren, entstammt dem mächtigen Cojuangco-Clan. Eduardo Cojuangco, einer der glühendsten Marcos-Verehrer, verfügt über gewaltigen Großgrundbesitz, eine stattliche Privatarmee und ist der Kopra-Zar der Inseln. „Blut(sverwandschaft)“, so ein treffsicheres Sprichwort auf dem Archipel, „ist halt dicker als Wasser“.

Also – Elite kontra Elite, eine Wahl ohne Substanz und Alternative? Gewiß. Dennoch darf nicht vergessen werden, daß die Newcomerin Aquino bei aller politischen Ignoranz als moralisches Gewissen der Nation fungiert und die Aura persönlicher Integrität ausstrahlt.

Das größte legale, aus 500 politischen Organisationen bestehende Oppositionsbündnis, die im Frühjahr 1985 entstandene Neue Patriotische Allianz (BAYAN), entschied sich gemeinsam mit prominenten Persönlichkeiten für einen Boykott der Wahlen.

In einem Rücktritt von Marcos, der Beseitigung seiner legislativen Sondervollmachten und der mit dem Makel notorischen Betrugs gezeichneten Wahlkommission, der Freilassung aller politischen Gefangenen, um nur einige ihrer zentralen Forderungen aufzugreifen, sahen diese Organisationen die Voraussetzung fairer Wahlen gegeben.

Ausgegrenzt, illegalisiert und harten Repressionen ausgesetzt bleibt nach wie vor das in den Untergrund gedrängte, im April d.J. 13 Jahre existierende Oppositionsbündnis der Nationalen Demokratischen Front (NDF) – mithin ein Gutteil der Bevölkerung.

Wie immer auch das Wahlergebnis laufen sollte, die Beendigung oder gar „nur Abschwächung“ staatlichen Mords wäre unter den aktuellen Bedingungen nicht wenig.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. „Secret study says: US Wants 'Credible' Elections, in: Liberation (Organ der NDF), Utrecht, November/Dezember 1985, S.1
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 3.12.1985 und Inside Asia, London, November/Dezember 1985, S.30-32
- 3) Vgl. IHT, 3.12.1985
- 4) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 19./20.1.1986

Interview mit Satur Ocampo Den Weg Nikaraguas gehen



Nach 9 Jahren Gefangenschaft gelang dem Journalisten und prominenten Mitglied der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), Satur Ocampo, am 5.5.1985 die Flucht. Im Untergrund wurde er vom US-Journalisten Charles Steiner über gegenwärtige Entwicklungen auf den Philippinen befragt.

FRAGE: Wie ist heute die Lage der revolutionären Bewegung. Was sind die unmittelbaren Ziele?

S. OCAMPO: Ich denke, was veröffentlicht wurde, ist, daß die revolutionäre Bewegung der Linken sich in der jetzigen Zeit im sogenannten fortgeschrittenen Stadium der strategischen Verteidigung befindet. (Dies ist Teil der Bewegung von der strategischen Verteidigung zum strategischen Patt und dann zur strategischen Offensive.) Es gibt kein definitives Schema oder einen Zeitplan, den die revolutionäre Führung festgelegt hat, um diese bestimmten Stadien in der Revolution zu erreichen.

Die US-Regierung und Präsident Marcos sind besorgt über das, was sie die nahe Bedrohung einer Machtübernahme durch die bewaffneten Kräfte der Linken nennen. Sie liefern verschiedene Statistiken. Die USA sagen, daß 15.000 bereits eine besorgniserregende Zahl ist. (...)

Zustrom zur Guerilla

In diesem Zusammenhang ist es sehr bezeichnend, daß eine große Umwälzung der politischen Einstellung des philippinischen Volkes stattfindet, daß die Neue Volksarmee (NPA) alle Hände voll zu tun hat mit jungen Männern und Frauen, die sich ihr anschließen wollen. Aber die NPA hat noch nicht einmal das Kriegsmaterial, um all diejenigen aufzunehmen die eintreten wollen. (...)

Während die NPA und die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) sagen, daß die wichtigste Kampfform der bewaffnete Kampf ist, schließen sie nicht die Möglichkeit aus, ihre Ziele mit politischen Mitteln zu erreichen. Jetzt halten wir es für wahrscheinlicher, daß sich im Volk eine sehr starke unbewaffnete Bewegung mit einer moralischen Kraft entwickelt, die die Kräfte des Volkes, die bewaffneten und unbewaffneten, in die Lage versetzt, die Marcos-Diktatur mit so wenig Blutvergießen und Aderlaß wie möglich zu stürzen. (...)

FRAGE: Wie sehen Sie die nächsten paar Jahre?

S. OCAMPO: Wir erwarten, daß die nächsten 5 Jahre politisch und wirtschaftlich sehr unbeständig sein werden.

Ich denke, daß die Wirtschaftswissenschaft-

ler allgemein übereinstimmen, daß es in den nächsten 5 Jahren zu keiner wesentlichen wirtschaftlichen Erholung kommen wird. In einer solchen Situation können wir nicht erwarten, daß die revolutionäre Gärung unter dem Volk, den Arbeitern, den Bauern und sogar den Mittelklassen in dieser Zeit abnehmen wird...

Wir denken, daß die Marcos-Diktatur in sehr großen Schwierigkeiten steckt, daß sie nicht in der Lage sein wird eine Erholung der Wirtschaft und eine Wiederherstellung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit zu erreichen. Deshalb sehen wir ein starkes Anwachsen der revolutionären Bewegung in den nächsten 3-5 Jahren voraus. (...)

FRAGE: Welche Absicht verfolgt die Reagan-Administration, indem sie öffentlichen Druck auf Marcos ausübt?

S. OCAMPO: Von ihrem Standpunkt aus sind sie davon überzeugt, daß Marcos, unabhängig von seinem großen Dilemma, noch immer die Streitkräfte und die Regierungsmaschinerie kontrolliert. Und sie sehen keine unmittelbare Alternative.

Ich denke, daß sie noch auf Marcos setzen, aber offen sind für die Möglichkeit eines Oppositionskandidaten, der Unterstützung aus dem Volke erhalten könnte, unabhängig davon, ob ein solcher Kandidat in der Lage sein könnte, eine alternative Regierung, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht, zu bilden. Die Amerikaner könnten ihre Unterstützung verlagern, aber wir sehen keine grundlegende Veränderung im Regierungstyp, den die Amerikaner unterstützen würden, um die US-Basen und die US-Investitionen zu schützen.

Unser Standpunkt ist, daß wir unsere Hoffnung nicht auf die Alternativen setzen, die uns angeboten werden, sondern auf den Typ einer politischen Koalition, die die Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern durch ihre Massenorganisationen repräsentiert. (...)

FRAGE: Stimmen Sie mit denen überein, die Parallelen zwischen der momentanen Situation auf den Philippinen und der Vietnams wie auch Nikaragua sehen?

S. OCAMPO: Bis zu einem gewissen Grade gibt es einige Ähnlichkeiten in den Bedingungen. Der gemeinsame Nenner dieser Länder, die sie nannten, ist der Zustand der Wirtschaft.

Die Philippinen und Nikaragua befinden sich im großen und ganzen auf demselben Entwicklungsniveau. Der andere bedeutende Faktor, der ins Bild kommt, ist die durchdringende Rolle der amerikanischen Regierung bei der Gestaltung des politischen Lebens und auch der Wirtschaft dieser Länder. Ich denke, daß das, was in Vietnam oder sagen wir Nikaragua geschah großteils hier geschehen könnte, wenn die Amerikaner direkt eingreifen mit der Einführung moderner Waffen und den gegenwärtigen amerikanischen Truppen. (...)

FRAGE: Von welchem der von ihnen genannten sozialistischen Länder (Sowjetunion, China, Vietnam und Nikaragua) können sie in einem positiven Sinne das meiste lernen?

Lehren aus Nikaragua, Vietnam

S. OCAMPO: Unser Standpunkt ist, daß wir sowohl von positiven als auch von negativen Erfahrungen lernen. Das ist das Glück derjenigen, die später den revolutionären Kampf begonnen haben. Es gibt viele Erfahrungen, aus denen man lernen kann.

Ich bin nicht in der Lage zu sagen, ob die Sowjetunion oder China oder welches der sozialistischen Länder jetzt das beste Beispiel ist. Wenn wir gegenwärtig betrachten, wie Nikaragua sich entwickelt haben könnte, sofern die amerikanische Intervention nicht stattgefunden hätte, dann hätten wir die Entwicklung eines Gesellschaftstyps und eines Wirtschaftssystems gesehen, die auf den Philippinen übernommen werden könnten. Aber aufgrund der tatsächlich erfolgten Intervention durch die Contras und durch ihre amerikanische Unterstützung hat die sandinistische Regierung ihre Prioritäten auf die nationale Verteidigung verschoben. (Quelle: Far Eastern Economic Review, Hongkong, 2.1.1986, S. 14-15)

„Das Parlament der Berge“: Guerilleros der NPA





Kurs auf Libyen nimmt der Flugzeugträger „Independence“, Teil der 6. US-Flotte im Mittelmeer

Ulrich Schnell Angriffsziel Libyen

Ein von dem US-Flugzeugträger „Coral Sea“ geführter Verband – gerüstet mit 40 modernen Jagdbombern des Typs F-18 Hornet, 10 Allwetterbomben A-6, elektronischen Kampfflugzeugen, B-Boot-Jägern, Hubschraubern und 4 Radar-Frühwarnflugzeugen Hawkeye – verläßt in Begleitung von je 2 Kreuzern, Zerstörern und Fregatten den Hafen von Neapel und geht vor der Küste Libyens, nahe dem Golf von Syrte, in Stellung. Die Schlachtschiffe „America“ und „Iowa“ erhalten Anweisung, Vorbereitungen für eine mögliche Verlegung ins Mittelmeer zu treffen.

Aus der Türkei und Ägypten werden „Ledernacken“ in Transportmaschinen nach Sizilien verlegt – angeblich 5.000 Mann. Sechs der supergeheimen, mit Radarstörgeräten ausgerüsteten Patrouillenflugzeuge vom Typ EA-6B landen auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Sigonella in Sizilien.

Die US-Truppen im Mittelmeer sind in höchster Alarmbereitschaft, die Stützpunkte der NATO in Südeuropa aktiviert. Hektische Betriebsamkeit herrscht in den militärischen Planungs- und Kommandozentralen der USA.

Das Angriffsziel heißt Libyen. Wie konnte es dazu kommen? Am 27.12.1985 ereigneten sich in Wien und Rom blutige Terroranschläge auf Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El-Al, bei denen 19 Menschen starben und über 100 verletzt wurden. Noch ehe Einzelheiten über die Urheber und ihre Motive bekannt wurden, mach-

te Israel anfänglich in altbewährter Manier die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hierfür verantwortlich und kündigte „Vergeltungsschläge“ an.

Israels westliche Schutzmacht aber, die USA, hatten vorerst anderes im Sinn. Sie reagierten andersgerichtet, als in der Presse die Nachricht zu kursieren begann, die überlebenden Attentäter hätten sich bei Verhören zur der von der PLO seit 1974 abgespaltenen extremistischen „Abu-Nidal-Gruppe“ bekannt.

Ghaddafi „eliminieren“

Der Drahtzieher dieser Tereinheit, Abu Nidal selbst, wurde von den USA propagandistisch aufgebaut und für eine Kampagne gegen Libyen in Szene gesetzt. Dazu wurde sofort die Version von einer Beteiligung Libyens an den Anschlägen von Wien und Rom verbreitet. Sie ging von der Behauptung aus, daß Abu Nidal in Libyen lebe und dort finanziell und politisch unterstützt werde.

Ungeachtet aller Dementis der libyschen Führung wurde Libyen als „Weltzentrum des Terrors“ diffamiert, als eine arabische Abart des „Reichs des Bösen“ (Reagans Titulierung für die UdSSR), der libysche Revolutionsführer, Muammar al-Ghaddafi, als „Oberterrorist“ und „die schlimmste Erscheinung unserer Zeit“.¹

Der als „liberal“ geltende US-Senator

Howard Metzenbaum stellte Überlegungen an, ob Ghaddafi nicht „eliminiert“ werden sollte, der Justizminister der USA, Edwin Meese, assistierte ihm.² Planspiele über die Entführung von des Terrorismus Verdächtigen in aller Welt, um sie vor ein US-Gericht stellen und aburteilen zu können, wurden in den USA erörtert. Der CIA legte konkrete Vorschläge hierfür vor.³

Das Klima in den USA wurde derart angeheizt, daß bei Umfragen mehr als die Hälfte der Befragten für einen militärischen Schlag gegen Ghaddafi votierten und zwei Drittel der Befürworter dabei sogar einen größeren Konflikt in Kauf nehmen wollten.⁴

Welch ein Trauerspiel, daß auch der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat in diesen Chor miteinstimmte und Libyen, neben Syrien, in unzweideutiger Form für die Anschläge verantwortlich machte.⁵

Beweise für eine libysche Beteiligung vermochten die USA nicht vorzulegen. Der österreichische Altbundeskanzler Bruno Kreisky erklärte hingegen, glaubwürdige Beweise dafür zu haben, daß Libyen nicht hinter den Anschlägen von Wien und Rom stand. Und auch die griechische Regierung betonte, hierfür keinerlei Anhaltspunkte zu haben.⁶

Phantom Abu Nidal

Grundsätzliche Skepsis gegenüber den US-israelischen Vorwürfen ist auch angebracht bei einem Blick auf den „Superterroristen“ Abu Nidal selbst. Ob er als Person überhaupt existiert oder es sich



In Alarmbereitschaft: Libysche Miliz vor einem Zementwerk nahe Tripolis

nur um den Decknamen einer Terrorgruppe handelt, sei einmal dahingestellt. Abu Nidal soll angeblich Gründungsmitglied der Fatah gewesen sein, bis er im Oktober 1974 von der PLO-Führung wegen Mordplänen gegen verschiedene palästinensische Politiker aus der PLO ausgestoßen und zum Tode verurteilt wurde.

Die Anschläge, die seiner Gruppe zugeschrieben werden, lassen sich in zwei Gruppen gliedern.

Da ist einmal die Terrorkampagne und Attentatsserie gegen Spitzenfunktionäre der Fatah und der PLO zu nennen, der nacheinander die PLO-Vertreter in London (1978), Rom und Brüssel (1981), Paris (1982) und Kuwait zum Opfer fielen. Besonders spektakulär war die Ermordung des „gemäßigten“ PLO-Diplomaten Issam Sartawi während einer Konferenz der Sozialistischen Internationale in Lissabon im April 1983.

Eine zweite Gruppe von Terrorakten richtete sich gegen Juden außerhalb Israels. Hierher gehörten Überfälle auf jüdische Synagogen wie in Wien (1981) und Rom (1982), auf jüdische Restaurants wie in Berlin und Paris (1982) und wohl auch im Dezember 1985 auf die Flughäfen von Wien und Rom. Verantwortlich machte man die Abu-Nidal-Gruppe auch für das Attentat auf den israelischen Botschafter in Großbritannien, Schlomo Argov, im Sommer 1982 – Israel nahm es zum Anlaß für seine Libanon-Invasion.

Erstoption Bombenkrieg

Kaum zufällig standen als Orte solcher Anschläge immer wieder Italien und Österreich im Mittelpunkt. Beide Länder hatten in der Vergangenheit eine relativ konstruktive Nahostpolitik betrieben, Kreisky mit der PLO einen intensiven Dialog geführt, der italienische Ministerpräsident Craxi sogar die „Legitimität eines bewaffneten Kampfes“ der Palästinenser bekräftigt.⁷

Feststellbar ist, daß sich die objektive Stoßrichtung der Abu-Nidal-Gruppe mit klarer Eindeutigkeit gegen die PLO richtet. „Tatsächlich ist Abu Nidal ein Todfeind der PLO...“, konstatierte die Frankfurter Allgemeine (FAZ) am 8.10.1982.

Die Nutznießer von Nidals Terroroperationen waren bislang jedenfalls stets Israel und die USA: Immer haben die Attentate der israelischen Politik direkt in die Hände gespielt, die Weltöffentlichkeit von antipalästinensischen Aktionen Israels abgelenkt und zur verstärkten Solidarisierung mit Israel beigetragen. Die PLO beschuldigte ihn daher offen, im Auftrag des israelischen Geheimdienstes Mossad tätig zu sein.⁸

Der Geschäftsträger der PLO in Moskau, Rami Mohammed Asch-Schaer, hat die USA und Israel als Urheber der Anschläge auf die Flughäfen von Wien und Rom bezeichnet. Ihre Geheimdienste hätten die Terroranschläge inszeniert, um ihre Militärpräsenz im Mittelmeer ausweiten zu können. Ob der „zufällige“ Abzug verschiedener Sicherheitsposten, die den Flughafen in Wien zu bewachen hatten, unmittelbar vor dem Attentat, ein Hinweis in diese Richtung ist?⁹

Klare Beweise werden sich hierfür nicht finden lassen.

Anfang Januar 1986 drohte Washington Libyen mit militärischen Aktionen und erhöhte die US-Flottenpräsenz im Mittelmeer. Präsident Reagan ließ sich von den Stabschefs seiner Streitkräfte mehrere Vorschläge für ein denkbares militärisches Vorgehen mit einer Liste möglicher Ziele übermitteln.

Nach einem Bericht der Newsweek vom 13.1.1986 wurden drei Planvarianten erörtert: ein Luftangriff durch die in Großbritannien stationierten Kampfbomber FB-111, ein Angriff durch B-52-Bomber von den USA aus oder – „wahrscheinlich die beste Option“ – eine Attacke durch FA-18-Kampfflugzeuge vom Flugzeugträger „Coral Sea“ aus. Washington wollte – nach offiziellen Verlautbarungen – Libyens angebliche Beteiligung an den Terrorakten von Wien und Rom als gleichbedeutend mit Kriegshandlungen gegen die USA verstanden wissen.

Es waren wohl Differenzen innerhalb der Reagan-Administration, die sie vorerst von einer militärischen Aktion abschnen ließen.

Als ein offener Befürworter einer militärischen „Lösung“ trat US-Außenminister Shultz auf.

Von ihm stammt die Äußerung, Terroristen seien „feige Tiere“ und die USA dürften überall auf der Welt, wo Terror herrsche, ihre militärischen Mittel zum Einsatz bringen – zur „Vorbereitung“ wie auch zur „Vergeltung“ (zum sog. Gegenterror der USA siehe: AIB 4 und 5/1985; d. Red.). Shultz, der auch vor einiger Zeit die Order zur Bombardierung des Libanon erteilt hatte, verlangte Angriffe gegen „Terroristenlager“ in Libyen, aber auch gegen libysche Ziele selbst als „angemessene Antwort“ für die Attentate von Rom und Wien.¹⁰

Boycott gegen „Barbaren“

Demgegenüber riet der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger mehr zur Vorsicht. Er befürchtete eine internationale Isolierung der USA, eine eventuelle Geiselnahme von in Libyen lebenden US-Bürgern und eine Konflikteskalation vor allem im Hinblick auf die UdSSR.

Da die USA daher selbst nicht zur Tat schreiten wollten, suchten sie Druck auf Israel auszuüben, dies an ihrer Stelle zu tun. Die Regierung Peres/Schamir aber zeigte sich angesichts der Widersprüche im eigenen Lager und nach den Protesterfahrungen wegen des Bombenangriffs gegen das PLO-Hauptquartier in Tunis wenig geneigt, „den Strafvollzug stellvertretend für die bedrohte Welt zu übernehmen“. Sie erteilte Washington fürs erste eine Absage.¹¹

All dies aber kann kaum Anlaß zur Freude sein, zumal weder Israel noch die USA militärische Aktionen völlig ausgeschlossen haben.¹²

Am 8.1.1986 erweiterten die USA ihre Strategie um ein zusätzliches Element. US-Präsident Reagan rief den „Notstand“ aus und verfügte, unter Beschimpfung des libyschen Revolutionsführers Ghaddafi als „Barbar“ und „Aus-



gestoßener", einen totalen Wirtschafts- und Verkehrsboykott über Libyen.

In Libyen tätige US-Staatsbürger wurden unter Androhung rigider Strafen aufgefordert, bis zum 1. Februar 1986 das Land zu verlassen und in die USA zurückzukehren. Alle libyschen Vermögenswerte in den USA wurden eingefroren. Blockiert wurden die Bankkonten und das gesamte Eigentum der Regierung und der Zentralbank Libyens in den USA. Gleichzeitig erklärte Reagan, sich die „militärische Option“ weiterhin offenhalten zu wollen.¹³

Die Sanktionsmaßnahmen erfolgen zu einer Zeit, da sich Libyen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Aufgrund des anhaltenden ökonomischen Drucks proimperialistischer Kräfte und der Verschlechterung der Konjunktur auf dem internationalen kapitalistischen Erdölmarkt kam es in Libyen zu Problemen beim Erdölabsatz und zu Engpässen im Devisenhaushalt. Nach Presseberichten sanken die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte auf etwa 10 Mrd Dollar jährlich. Im Land gibt es bereits Versorgungsschwierigkeiten.

Ziel der USA in dieser Situation ist es, die ökonomischen Schwierigkeiten Libyens zu verschärfen, um das Land destabilisieren zu können.

Die Sanktionspolitik steht aber auch in engem Zusammenhang mit den militärischen Ambitionen der USA. Allein schon das Verlangen, alle Amerikaner sollten Libyen so schnell wie möglich verlassen, verweist auf das weitergehende Ziel der Reagan-Administration: den Weg einer bewaffneten Aggression gegen Libyen vorzubereiten.

Wie Reagan offen erklärte, seien die USA vorerst „ein bißchen schutzlos“, weil sich so viele US-Staatsbürger „als potentielle Geiseln“ in Libyen aufhielten. Er fügte hinzu: „Wir dachten daher, daß wir im Blick auf möglicherweise in der Zukunft notwendig werdende Aktionen unsere Hände entfesseln sollten.“¹⁴

Druck auf NATO-Verbündete

Die westeuropäischen Verbündeten wurden aufgefordert, sich den amerikanischen Sanktionsmaßnahmen anzuschließen – ohne daß diese in irgendeiner Form vorher konsultiert worden wären. In Washington war man sich von Anfang an bewußt, daß der wirtschaftliche Effekt von US-Sanktionen allein gering sein mußte.

Die Handelsbeziehungen USA-Libyen waren nämlich anläßlich früherer Boykottmaßnahmen der USA längst auf ein Minimum reduziert worden.¹⁵ Die FAZ vom 9.1.1986 stellte daher fest: „Die Entscheidung des Präsidenten soll vor

allem ein symbolisches Beispiel geben und den Druck auf die Verbündeten erhöhen.“

Die aber reagierten zurückhaltend bis ablehnend. Zu groß sind die wirtschaftlichen Verflechtungen der US-Verbündeten mit Libyen, ihre Eigeninteressen zu stark. Viele westliche Firmen sind an Projekten in Libyen beteiligt. Libysches Öl ist wegen seiner Reinheit gefragt.

Vorstoß in die Große Syrte

Zudem haben historische Erfahrungen wie die von der Reagan-Administration verlangten Sanktionen beim Röhrenembargo, beim Olympiaboykott 1980 oder bei der Beschränkung eines Technologietransfers manche Regierung darüber belehrt, daß solcherlei nur für die US-Konzerne von Nutzen war und zugleich deren Konkurrenten in Westeuropa schwächte.

Im Grunde haben inzwischen alle westlichen Staaten eine Beteiligung an der US-Boykottpolitik abgelehnt.

Dermaßen im Stich gelassen, trat die „militärische Option“ wieder in den

Vordergrund der Überlegungen von US-Strategen.

Mitte Januar wurde ein weiterer Flugzeugträger der USA, die „Saratoga“, mit 5 Begleitschiffen aus dem bisherigen Operationsgebiet im Indischen Ozean ins Mittelmeer abkommandiert.

Die Newsweek meldete am 20. Januar 1986, daß die Regierung Reagan einen 6-Punkte-Plan (Wortlaut siehe Kasten) für ein Vorgehen gegen Libyen entwickelt habe, mit dem ein militärisches Eingreifen vorbereitet werden solle. Am 23.1.1986 gaben die USA den Beginn von ausgedehnten Flotten- und Luftmanövern vor der libyschen Küste bekannt. Der internationale Zivilluftverkehr wurde gewarnt.

Die Entscheidung folgte auf die als ergebnislos eingestuften Bemühungen der Reagan-Administration, ihre NATO-Verbündeten zur Unterstützung ihrer Sanktionspolitik zu veranlassen. Zeitlich fiel das Manöver mit der Frist zusammen, die Reagan für den Abzug von US-Bürgern aus Libyen gesetzt hatte.

Insgesamt befanden sich Anfang Februar d.J. 31 Schiffe und fast 200 Flugzeuge der US-Marine in Stellung vor der liby-

Der Reagan-Plan Den Weg für die militärische Aktion bereiten

Die Sanktionen, die Ronald Reagan in der letzten Woche über Libyen verhängt hat, sind nur die Eröffnung einer sorgfältig abgestuften Kampagne. Das Ziel des Präsidenten ist es, Muammar Ghaddafi zu isolieren, Gegner des Diktators innerhalb Libyens zu stärken – und den Weg für einen militärischen Schlag der USA freizumachen, falls Ghaddafi so unbesonnen sein sollte, einen Grund zum Angriff zu liefern. „Wir haben gegenüber Libyen alles ausgeschöpft“, sagte ein hoher Präsidenschaftsberater zur Newsweek. „Es ist nichts anderes mehr übrig als die militärische Option.“

Der Hauptarchitekt des Planes war Donald Fortier, der Beamte Nr. 2 im Stab des Nationalen Sicherheitsrates. Der Kampfauftrag:

● Ghaddafi international in die Klemme bringen.

Die Strategie besteht darin, die öffentliche und private Diplomatie dazu zu benutzen, Ghaddafis Verbrechen herauszustellen und ein politisches Klima zu erzeugen, das es Bürgern der Vereinigten Staaten, Westeuropas und sogar eines großen Teils der arabischen Welt erlaubt, eine militärische Aktion der USA gegen Libyen zu unterstützen – oder zumindest über sie hinwegzusehen.

Das Weißbuch der Administration über Libyens Unterstützung für den Terrorismus enthielt wenig neue Beweise für Ghaddafis Schuld. Aber es steigerte sich zu einem sorgfältig angepaßten Trommelwirbel von Anti-Ghaddafi-Erklärungen.

● Mit dem Druck auf die Verbündeten fortfahren.

Wenn Länder wie Belgien, Frankreich und Italien damit fortfahren, militärische Güter oder Dienstleistungen an Ghaddafi zu ver-

kaufen, könnten sie feststellen, daß ihre US-Militärgeschäfte unterbrochen werden. Länder, die sich weigern, den Flugverkehr mit Libyen zu unterbrechen oder beschwerliche Sicherheitsmaßnahmen einzuführen (wie z. B. Leibbesichtigungen von Fluggästen), könnten merken, daß Fluggäste auf ihren eigenen Flügen nach Städten der USA dieser Art von Belästigungen unterzogen werden; eine andere Möglichkeit ist die Erhebung eines „Sicherheits-Zuschlages“ auf Flüge aus solchen Ländern.

● Die Ölwanne gegen Libyen wenden.

Die Administration beabsichtigt, ihre wirtschaftlichen Muskeln dazu zu nutzen, die ohnehin ersten wirtschaftlichen und politischen Probleme noch zu erschweren, die durch die Ölschwemme und Ghaddafis eigene unberechenbare Führung verursacht wurden. Präsident Reagans wirtschaftliche Sanktionen wurden daraufhin angelegt, die Probleme, die Libyen mit dem Verkauf seines Öls auf einem schwachen Markt hat, noch zu verschärfen.

● Propaganda für Ghaddafis Feinde machen.

Der Präsident und seine Ratgeber kamen überein, mit einem 4 Jahre alten CIA-Programm vorzupreschen, um Ghaddafis Feinde innerhalb Libyens, in den Nachbarländern und in der libyschen Exilgemeinde festzustellen, zu finanzieren und zu ermutigen. Der Plan konzentriert sich jetzt schärfer als vorher auf die Ausnutzung von Zwistigkeiten innerhalb des libyschen Militärs.

● Zügelung von Ghaddafis Schlägern.

Um den fortgesetzten Export des Terrors zu verhindern, drängt Washington seine Verbündeten, in der Überwachung von libyschen Diplomaten, Agenten und diplomatischen Sendungen wachsamer zu sein. US-

schen Küste. In Washington wurden die Manöver als „Teil eines Nervenkriegs“ gegen Ghaddafi bezeichnet. Sie sollten die Entschlossenheit der USA demonstrieren, „überall auf der Welt in internationalen Gewässern und im internationalen Luftraum operieren zu können“.¹⁶

10 US-Kriegsschiffe wurde es erlaubt, in die Große Syrte einzulaufen. Sie wird von den USA als internationales Gewässer angesehen, von Libyen aber in Übereinstimmung mit der Genfer „Konvention über das Küstenmeer und die Anschließzone“ von 1958 als Binnengewässer



ser — ein Standpunkt, den auch Frankreich, Spanien und Griechenland teilen. Die libyschen Streitkräfte wurden inzwischen in höchste Alarmbereitschaft versetzt und für den Fall einer US-Aggression militärische Gegenschläge ange droht.

Die Gefahr einer militärischen Eskalation im gesamten Mittelmeerraum wächst.

Die sowjetische Regierung hat die USA mehrfach vor militärischen Aktionen gegen Libyen gewarnt und betont, daß in solch einem Fall Interessen der UdSSR berührt würden. Sowjetische Schiffe kreuzen mittlerweile ebenfalls im Mittelmeer, um den US-Funkverkehr abzu hören und libysche Stellen mit Erkenntnissen zu versorgen.

Nach dem Bericht einer kuweitischen Zeitung hat die UdSSR Washington wissen lassen, daß sie Libyen unterstützen werde. Im Fall einer amerikanischen Blockade würde die Sowjetunion die Handelsschiffe von eigenen Kriegsschiffen in libysche Häfen eskortieren lassen.¹⁷

Die Gefahr, daß dieser regionale Konflikt in eine weltweite Konfrontation

sorgen, daß Ghaddafi durch vorübergehende Zurückhaltung ihre Pläne durchkreuzen könnte.

Reagans Strategen glauben, daß sie innerhalb der nächsten 6-9 Monate zuschlagen müssen, wenn sie nicht die Welle der Empörung gegen Libyens Unterstützung des Terrorismus verpassen wollen.

Heimzahlen:

Schon vor den Massakern von Rom und Wien zogen Reagan und seine Spitzenberater den Schluß, daß die Umstände jetzt einen Versuch begünstigten, Ghaddafi zur Strecke zu bringen. Die libysche Wirtschaft ist durch die absackenden Ölpreise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Mehrere Mordanschläge und wachsende Unzufriedenheit innerhalb des libyschen Militärs scheinen den Diktator geschwächt zu haben. Die Angriffe auf die Flughäfen haben Washington die Gelegenheit gegeben, Öl aufs Feuer zu gießen. Als sich Anfang letzter Woche höhere Beamte mit Reagan trafen, diskutierte niemand darüber, ob man gegen Ghaddafi vorgehen solle — die einzige Frage war wie.

Die neue Strategie der Administration wurde erstmals im letzten Sommer erörtert und in einem nachrichtendienstlichen „Befund“ des Präsidenten im frühen Herbst formuliert. Über Ghaddafis Einmischung im Tschad, in Ägypten, Tunesien und im Sudan hinaus — und seiner großzügigen Finanzierung von terroristischen Gruppen wie der Irish-Republikanischen Armee und der baskischen ETA — waren die Amerikaner besonders über sein wachsendes Interesse an Mittelamerika und der Karibik besorgt. Sie befürchteten auch, daß trotz Libyens wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Ghaddafis augenscheinliche Unverletzlichkeit als Symbol von radikalem Antiamerikanismus nur den Fundamentalismus ermuntern könne, sogar in solchen traditionell gemäßigten Staaten wie Jordanien und Ägypten.

(Quelle: Newsweek, New York, 20.1.1986, S. 8-9)

Beamte stellen die Behauptung auf, daß Libyen seinen diplomatischen Dienst dazu benutzt, Waffen und Geld an Terroristen zu schleusen, terroristische Operationen zu leiten und Ghaddafis Gegner zu liquidieren. Ein Hauptziel von US-Geheimdienstbemühungen ist Libyens Gesandtschaft bei den Vereinten Nationen in New York. Die Administration möchte, daß verbündete Geheimdienst-Gruppen mit ihrer gesteigerten Kampagne Schritt halten.

• Eine militärische Aktion vorbereiten.

Um das offensichtlichste Hindernis für einen militärischen Angriff auszuräumen, beschloss die Beamten, daß die verbleibenden Amerikaner in Libyen zum Gehen gezwungen werden müssen.

Zumindest würde der Abzug der amerikanischen Bürger Ghaddafi, das Militär und Libyens sowjetische Unterstützer dazu zwingen, die Androhung einer amerikanischen Militäraktion ernster zu nehmen. Einem führenden US-Politiker zufolge „wird es in der nächsten Zeit viel schwerer sein, nichts zu tun, weil wir eine Reihe von Hemmnissen für die Anwendung von Gewalt entfernt haben. Wenn Ghaddafi einen Schlag gegen ein Ziel in den Vereinigten Staaten führt, werden wir ganz bestimmt darauf antworten.“ Beamte der Administration sind skeptisch, ob der verstärkte Druck darin erfolgreich sein wird, Ghaddafi moralisch zu bessern. Neue wirtschaftliche Härten könnten die innere Unruhe in Libyen verschärfen und letztlich zu Ghaddafis Sturz führen, aber auch das bleibt ein langer Weg.

Der wahrscheinlichste Ausgang, so geben Beamte des Weißen Hauses zu, ist der, daß Ghaddafi zu einem weiteren Anschlag auf Amerikaner angestachelt wird — und das wird der Administration genau die Gelegenheit geben die sie braucht, um einen militärischen Angriff über die Bühne zu bringen. Tatsächlich sind einige Beamte so scharf auf einen Kampf, daß sie sich öffentlich darum

einmünden könnte, ist umso größer, da die Reagan-Administration Mittelmeer-Verbündete der NATO in ihr Libyen-Abenteuer eingebunden hat. Unmittelbar betroffen von einer Eskalation wäre Italien, denn das Kampffeld läge vor seiner Haustür im Süden. Die 6. Flotte der USA hat zudem ihr Hauptquartier im Hafen von Gaeta zwischen Rom und Neapel und benutzt weitere Basen auch innerhalb des NATO-Bündnisses auf dem italienischen Festland und auf den Inseln Sizilien, Sardinien und Lampedusa, dem südlichsten Punkt des italienischen Territoriums.

Das Libyen-Szenario zeigt einmal mehr, wie ernst es den US-Konservativen mit der Verwirklichung ihrer Vorherrschaftspläne ist und wie leichtfertig sie dabei auch eine weltweite Eskalation in Kauf zu nehmen bereit sind.

Seit dem Regierungsantritt des US-Präsidenten Ronald Reagan hat sich die Globalstrategie der USA weiter zur militärischen Option, zum direkten Interventionismus, zum terroristischen Gewalt Einsatz in der Dritten Welt hin verlagert.

Nach der Invasion in Grenada vom Oktober 1983 tauchte in den amerikanischen Medien der Begriff „Reagan-Doktrin“ auf. Ihr Inhalt bestände — wie es hieß — darin, „daß die USA Gewalt anwenden können und dürfen“, um mißliebige Regimes in der Dritten Welt zu beseitigen. Diese Doktrin sei geographisch „unbegrenzt anwendbar“.¹⁸

Im April 1984 verabschiedete das Weiße Haus die Präsidentendirektive 138. Sie sieht vor, gegen Länder, von denen nach Ansicht der USA eine potentielle Bedrohung für ihre Interessen ausgeht (sog. „Terrorstaaten“), „vorbeugend“ Terror anzuwenden.

Zeichen des Neoglobalismus

Heute spricht man in Washington ganz offen von der Konzeption des „neuen Globalismus“ in der Außenpolitik der USA. „Militärisches Zögern“ sei nach Vietnam nicht mehr erwünscht, erklärt der Abteilungsleiter im State Department Rodman. Ein ideologischer Feldzug müsse geführt werden, der außenpolitisch nur durch ein Bekenntnis zur Machtpolitik — einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt — möglich sei, heißt es in der Zeitschrift The National Interest, dem Organ der Neokonservativen in den USA.¹⁹

Folgerichtig maßt sich die Reagan-Administration das Recht an, sich im globalen Rahmen in die Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen, unerklärte Kriege, verdeckte und offene subversive Aktionen gegen sie zu führen und eine Politik des Staatsterrorismus zu betreiben. Der Fall Libyen zeigt das aufs

Neue.

Mit der von den USA verfolgten Konflikteskalierung im Mittelmeerraum versuchen sie die Ausweitung ihrer militärischen Präsenz im Mittelmeer und Nahen Osten nachträglich zu rechtfertigen, den politischen Druck auf die NATO-Verbündeten zu verstärken und so die eigene Führungsrolle in der Allianz zu konsolidieren, aber auch die antiimperialistischen Gegenkräfte in der arabischen Welt zu schwächen und einzuschüchtern.

Störender Antiimperialismus

Die USA konnten sich im Grunde nie mit der nationalprogressiv-antiimperialistischen innen- und außenpolitischen Linie Libyens unter Ghaddafi abfinden.²⁰ Seit die an nasseristischen Vorbildern orientierte Union der Freien Offiziere unter Führung Muḥammad al-Ghaddafis am 1. September 1969 das marode proimperialistische Regime des Königs Idris stürzte, haben sich in Libyen bedeutende politische und sozialökonomische Veränderungen vollzogen.

Eine der ersten Maßnahmen der jungen revolutionären Führung und zugleich ein wesentlicher Schritt zur Festigung der Unabhängigkeit war die Schließung der imperialistischen Militärbasen im Land. Am 28.3.1970 mußten Großbritannien und am 11.6.1970 die USA ihre Stützpunkte an die libysche Armee übergeben.

Danach führte das Regime eine Reihe progressiver Umgestaltungen durch: Es nationalisierte die amerikanischen Banken und einige Industriebetriebe, führte das Außenhandelsmonopol ein, schuf den staatlichen Wirtschaftssektor und stellte vor allem die ausländischen Ölgesellschaften in Libyen, unter denen die US-Konzerne mit einem Anteil von 87,5% dominierten, unter seine Kontrolle.

Materiell abgesichert durch die Einkünfte aus seiner Erdölproduktion hat sich das Leben der mehr als 3 Mio Bürger des Landes, das einst zu den rückständigsten der Region zählte, gründlich verändert (swu.).

Das neue Libyen wirkt aktiv in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit, unterstützt eine Vielzahl von Befreiungsbewegungen im Nahen Osten und in Afrika, widersetzt sich den US-Plänen einer Nahostlösung à la Camp David und der forcierten Militarisierung des Mittelmeerraums. Und es erweiterte seine freundschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR und dem sozialistischen Lager. Nicht immer aber verfolgte Libyen seinen Kurs klar und konsequent.

Mancherlei irrationale Aktivitäten wie die Unterstützung des Uganda-Diktators Idi Amin, ein spalterisches Wirken auf

die PLO, die unrealistische Infragestellung des Existenzrechts Israels und die jüngsten Konföderationspläne mit Marokko, die die Unterstützung für die sahrauische Befreiungsfront Frente POLISARIO schmälerten, zeugen davon.

Allzuoft auch bot verbalradikales Geklingel Ghaddafis den USA hervorragende Angriffsflächen. So brachte er es schon fertig, schwarze Amerikaner zum Bürgerkrieg gegen die USA aufzurufen, um einen eigenen souveränen Staat zu gründen. So beanspruchte er das Recht, politische Gegner im Ausland zu töten und kündigte an, Israel „auslöschen“ zu wollen.²¹

Wenn er anlässlich der jüngsten Provokationen der USA diesen mit einem „Krieg ohne Ende“ drohte, bei dem auch „auf den Straßen Amerikas Jagd auf Amerikaner“ gemacht werde, erleichterte er Reagan sein Angriffsspiel. Dies tat auch ein

Marinejäger im libyschen Golf von Syrte und schossen zwei libysche Aufklärer ab.²³ Wenig später enthüllte die Newsweek: „Ein geduldiger Plan, um Ghaddafi zu destabilisieren und schließlich zu stürzen, ist vom CIA entwickelt worden.“²⁴

Ende November 1981 veranstalteten US-Einheiten der Schnellen Eingreiftruppe zusammen mit ägyptischen Kontingenten an der libyschen Grenze das Luftlandemanöver „Bright Star“ (Heller Stern). Seitdem fanden immer wieder Manöver, Patrouillenfahrten und Aufklärungsflüge vor und über der Küste und dem Festland Libyens statt. Oft wurden dabei auch der libysche Luftraum und Hoheitsgewässer verletzt.

Die bereits im Jahr 1981 erarbeiteten Pläne der Reagan-Administration zielten darauf, die libysche Regierung zu stürzen, und zwar unter 4 Richtlinien:

1. Isolierung Libyens durch militärische

Aktiva und Passiva in Libyen

Mit dem Weggang von Amerikanern aus Libyen sind die Vereinigten Staaten besser darauf vorbereitet, Sanktionen zu verhängen als ihre Verbündeten.

	Bürger in Libyen	Geschäftsinvestitionen (in Dollar)	Abhängigkeit von Libyens Öl
USA	1.000-1.500	446.000.000	0%
Frankreich	1.200	0	5%
Kanada	1.300	35.000	1%
Westdeutschland	1.500	205.000.000	9%
Großbritannien	5.000	100.000.000	1%
Italien	14.000	1.200.000.000	17%
Südkorea	20.000	0	3%

(Quelle: Newsweek, New York, 20.1.1986)

Kommentar der libyschen Nachrichtenagentur JANA kurz nach den Attentaten von Wien und Rom, in dem diese als „heroische Taten“ und „mutige Aktionen“ gepriesen wurden – wengleich sich die libysche Regierung umgehend von dem Kommentar distanzierte.

Libyen war und bleibt eine der bevorzugtesten Zielscheiben der US-Destabilisierungspolitik in der Region.

Seit 1972 begannen die USA mit Erkundungsflügen über Libyen. 1977 wurde die Zusammenarbeit des französischen Geheimdienstes mit dem CIA bei der Planung einer antilibyschen Aktion bekannt. 1978 kam es zu ersten Boykottmaßnahmen seitens der USA.²²

Mit dem Amtsantritt der Regierung Reagan im Januar 1981 wurde die Konfrontation auf die Spitze getrieben.

Mit dem Amtsantritt der Regierung Reagan im Januar 1981 wurde die Konfrontation auf die Spitze getrieben.

Bereits im Mai 1981 war die libysche Botschaft in den USA geschlossen worden. Am 19.8.1981 provozierten US-

und politische Unterstützung seiner Nachbarstaaten und Druckausübung auf andere Länder;

2. Propagandakampagnen vor allem mit dem Ziel der Diffamierung der Person Ghaddafis und Feindbilderzeugung;

3. Aufbau und Unterstützung einer libyschen Opposition gegen Ghaddafi im In- und Ausland;

4. Militärische Vorbereitungen gegen Libyen.²⁵

Die antilibyschen Bestrebungen Washingtons liefen aus Tarnungsgründen unter der Flagge der sog. Anti-Terrorismuskampagne Reagans.

Den Vorwand für die Titulierung Libyens als terroristisch lieferten manchmal unkontrollierte Äußerungen Ghaddafis selbst, in der Hauptsache jedoch die Tatsache, daß die Reagan-Administration auf ihrer (Abschuß-)Liste der angeblichen „Terrorstaaten“ Libyen neben Nikaragua, Angola, Afghanistan, Syrien und dem Iran ganz oben plazierte hat.

Im Falle Libyens wird dies vornehmlich mit „Terrorexport“ und der Unterstüt-

zung von Befreiungsbewegungen legitimiert.

Außerdem wurde Ghaddafi vielerlei angedichtet, beispielsweise ein angeblicher Plan zur Ermordung Reagans und führender westlicher Staatsmänner, darunter auch des Bundeskanzlers Kohl, die Verminderung der Golfregion u.a.m. Beweise dafür lieferte man in keinem der Fälle.

Und was die oft behauptete Unterstützung von Flugzeugpiraten und anderen Terroristen anbelangt, so hatte Ghaddafi schon 1976 in einem Spiegel-Interview unmißverständlich erklärt: „Flugzeugentführung oder Sprengung von Zivilflugzeugen sowie das Terrorisieren von Zivilisten sind für uns Raubakte und Verbrechen. Die libysche Gesetzgebung bestraft solche Taten sehr hart. Wir betrachten derartige Taten nicht als Befreiungsakt, wir sind gegen diese Kampfmethoden. Sie haben nichts, gar nichts mit Befreiungsaktionen zu tun.“²⁶

Der Vorwurf des Terrorismus, den die USA immer wieder in vielerlei Varianten an die Adresse Ghaddafis richteten, ist ihnen und ihren NATO-Verbündeten selbst zu machen.

Am 8.5.1984 kam es in Tripoli zu einem Attentatsversuch einer aus 15 Exilibyern bestehenden Terrorgruppe gegen Ghaddafi. Die libysche Regierung deckte im Zusammenhang damit ein internationales Netz von Agenten auf, deren Aufgabe darin bestand, führende Persönlichkeiten in Libyen zu töten und Sabotageakte zu verüben, um das Land für eine direkte Aggression von außen reif zu machen.

Libyens Sicherheitschef Oberst Younis Belgasseem präsentierte bei einem Besuch im Bonner Innen- und Außenministerium vom Juli 1984 Beweise, wonach diese Attentäter in der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien rekrutiert und im Sudan ausgebildet worden seien. In der BRD befindet sich u.a. in Aachen ein militärisches Ausbildungslager für solche Kräfte.²⁷

Libyen steht nicht allein

Anderthalb Jahre später veröffentlichte die Washington Post einen Plan des CIA zum Sturz Ghaddafis. Ihm zufolge sollte dieser in ein außenpolitisches Abenteuer verstrickt und damit sein Sturz herbeigeführt werden. Darüber hinaus war vorgesehen, Libyens Anrainerstaaten, wie Algerien und Ägypten, zu militärischen Aktionen anzustacheln.²⁸

Ägypten fühlte sich durch den Plan offenbar wenige Tage später so ermutigt, daß es anlässlich der Entführung einer ägyptischen Sondermaschine nach Malta eine Kampagne gegen Libyen startete es der Urheberchaft an der Flugzeugent-



Libysches Markenzeichen: Sozialwohnungen in großem Stil entstanden anstelle der vorherigen Elendsquartiere

führung beschuldigte.²⁹

Beweise gab es wieder einmal keine, aber Ägypten drohte Strafmaßnahmen an, konzentrierte Militär an der libyschen Grenze und führte Manöver durch. Die USA halfen mit: Verstärkt wurde die Luftüberwachung vor Libyens Küste, vor ihr kreuzte demonstrativ die 6. Flotte. Das jüngste Szenario ist eine Fortsetzung dieser seit langem vorangetriebenen Politik der Isolierung und Einschüchterung des antiimperialistischen Libyen.

Die jüngste Libyenkrise illustrierte aber auch die Grenzen der Politik der Reagan-Administration, die sich international völlig isoliert sah. Sämtliche mit den USA verbündeten westlichen Staaten lehnten einhellig militärische Maßnahmen wie tiefgreifende Wirtschaftssanktionen gegen Libyen ab. Als jüngstes Beispiel hierfür steht der Beschluß der Länder der Europäischen Gemeinschaft, die einen totalen Wirtschaftsboykott zurückwiesen.³⁰

Die Europa-Mission des stellvertretenden US-Außenministers Whitehead, der ausgesandt wurde, die NATO-Partner zu „überzeugen“, endete mit einem glatten Fehlschlag.

In der Dritten Welt brandmarkte die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) das Vorgehen Reagans, die Islamische Konferenz wie die Arabische Liga lehnten Sanktionen gegen Libyen ab und sicherten dem Land ihre Unterstützung zu.

Viele Staaten wie Syrien, der Iran und die UdSSR erklärten zudem, Libyen im Falle eines Angriffs beistehen zu wollen. In Libyen selbst steht das Volk geschlossen hinter Ghaddafi und ist bereit, den Ansprüchen der USA entgegen-

zutreten. Ghaddafi verfügt — wie selbst die vereinzelt Regimekritiker im Ausland eingestehen — über eine stabile innere Basis.

Eine Voraussetzung hierfür war und ist, daß die Mittel des libyschen Staates vorrangig für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung und die Förderung aller Bereiche der Volkswirtschaft genutzt wurden. Der Stern vom 16.1.1986 schreibt:

„Wenn der Oberst aus Tripolis auch im Kreuzfeuer der Kritik westlicher Regierungen steht — Hoffnungen auf seinen Sturz sind gering. Denn was Ghaddafi in den vergangenen 16 Jahren in seinem eigenen Land an sozialer Infrastruktur aufgebaut hat, kann sich durchaus sehen lassen, auch im Vergleich zu anderen Ölstaaten.“

Jede libysche Familie bekommt eine Wohnung und ein monatliches Mindesteinkommen von 2.500 Mark, hat Anspruch auf Auto und Fernseher. Schulpflicht für Jungen und Mädchen ist selbstverständlich. Ärztliche Versorgung und Krankenhausaufenthalt sind kostenlos. Schwerkranken werden auf Staatskosten in ausländische Kliniken zur Behandlung geflogen, viele in die Bundesrepublik.

Ein Revolutionär ist der fromme Ghaddafi vor allem auch in der Frauenfrage — hier kämpft er gegen die Ansichten der fanatischen Fundamentalisten. Die liefen und laufen Sturm gegen die von Ghaddafi proklamierte Gleichberechtigung von Mann und Frau und gegen das für islamische Staaten liberale Scheidungsrecht. Es garantiert Frauen — die bis heute in fast allen Ländern des Islam als Menschen zweiter Klasse behandelt



Feindbild Ghaddafi Bonn und die Libyenkrise

Die bundesdeutschen Medien schrien nach Wirtschaftssanktionen. Unter Beschwörung der Bündnistreue zu den USA warf die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) der Bundesregierung „Furcht vor dem unberechenbaren selbsternannten Messias Ghaddafi und seinen Emissären“ (8.1.1986) vor. Die Zeit betrachtete es als ein „moralisches Postulat“ und „Gebot der praktischen Politik“, „die jüngsten libyschen Ausfälle nicht einfach tatenlos hinzunehmen“ (10.1.1986).

Seitens der Parteienvertreter forderten CSU-Chef F.J. Strauß, der CDU-Politiker Todenhöfer und das CDU-Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Heinz Schwarz, eine volle Unterstützung der US-Linie durch einen Anschluß der BRD an deren Wirtschaftsboykott, weil Ghaddafi mit bundesdeutscher Hilfe „die Aktionen terroristischer Mörderbanden finanziere“.

In Bonn versuchte US-Botschafter Richard Burt Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um sie zu Sanktionen gegen Libyen zu bewegen. Er rief die „zivilisierte Welt“ auf, Libyen als „strategische Basis des Terrors“ zu „exkommunizieren“. (Frankfurter Rundschau, 10.1.1986) Wenig später begab sich US-Vizeaußenminister Whitehead nach Bonn, um es auf die staatsterroristische Linie der USA einzuschwören. Zuletzt war es der israelische Ministerpräsident Peres, der bei seinem „Arbeitsbesuch“ in Bonn (siehe Infodienst) Sanktionen gegen Libyen anmahnte.

Kohls „deutsche Interessen“-Wahrung

Geholfen hat dies unmittelbar nur wenig. Die Regierung Kohl reagierte nach Absprache mit Vertretern der bundesdeutschen Wirtschaft auf die Zumutungen Washingtons mit einem deutlichen Nein und lehnte direkte Wirtschaftssanktionen gegen Libyen ab. Wieso?

Natürlich in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen, wegen der Profite des Kapitals. Die Bundesrepublik ist nach Italien der zweitgrößte Handelspartner Libyens. Im Jahre 1984 wurden für 2,3 Mrd DM Exporte nach

Libyen geliefert, von Januar bis Ende November 1985 1,4 Mrd DM.

Trotz eines aktuell deutlichen Rückgangs werden die Geschäfte in Wirtschaftskreisen als gut bezeichnet, gilt Libyen als äußerst geschätzter Geschäftspartner. Mit einem Anteil von 15,1% ist es der drittgrößte Öllieferant der BRD. Chemie-, Stahl- und Energiewirtschaft haben in Libyen investiert und sind an großen Projektbauten beteiligt. Im Bau befinden sich derzeit eine Methanol-Anlage in Marsa Brega und Stahlwerke in Misurata.

In der Planung sind ein Wärmekraftwerk in Melitta, eine Aluminiumhütte in Zuara und ein petrochemischer Komplex in Raslanof. Deutsche Erdölgesellschaften wie die Deminex arbeiten und bohren, finanziert mit Darlehen des Bundes, zur „Sicherung der deutschen Erdölversorgung“ in Libyen. Ca. 1.500 Bundesdeutsche sind im Land auf den Baustellen von Großprojekten tätig. Wegen der politischen Risiken sind die Exporte und Investitionen mit 7,6 Mrd DM durch Hermesbürgschaften abgesichert. Bei libyschen Zahlungsausfällen müßte der Bund dafür einstehen.

Sanktionshilfen für Reagan

Die ablehnende Haltung von Wirtschaft und Regierung gegenüber einem Boykott ist daher kaum verwunderlich. Bundeskanzler Kohl: „Ich habe nach meinem Amtseid deutsche Interessen zu vertreten.“ (FAZ, 10.1.1986) Auch die Angst vor der Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Interessen in anderen arabischen Ländern spielt dabei mit. Aber die Bonner Position ist alles andere als konsequent. Der Druck, den die USA ausübten, zeitigte denn auch „kleinere“ Erfolge. Überall betonte die Bundesregierung, Verständnis für die Reaktion Washingtons gegen Libyen zu haben und prinzipiell der Politik der „Terrorbekämpfung“ zuzustimmen. Indem er von einer „Verstrickung Libyens in Terroranschläge“ sprach (FAZ, 10.1.1986), schloß sich Bundeskanzler Kohl im Kern den Diffamierungskampagnen der USA an. Erstes sichtbares Ergebnis dieses Zurück-

weichens war die Bonner Zustimmung zu einem europaweiten Waffenembargo gegen Libyen und die Aufforderung an deutsche Wirtschaftskreise, sich die Maßnahmen der USA nicht in der Weise nutzbar zu machen, daß BRD-Unternehmen in Geschäfte einzusteigen suchten, aus denen sich US-Firmen zurückzögen.

Auch in Fragen der „Terrorbekämpfung“ erfolgte ein teilweiser Anschluß an die Linie Washingtons. Mit der US-Botschaft in Bonn wurden konkrete Schritte zur „Terrorismusabwehr“ abgesprochen. Das größte „Zugeständnis“ aber bestand sicherlich darin, daß aus Bonn gegenüber der militärischen US-Eskalation im Mittelmeerraum keine klare Distanzierung zu hören war. Angesichts der Kanonenbootdiplomatie des Pentagon und der akuten Friedensgefährdung geriet Schweigen hier zur Billigung.

Aber es herrschte nicht nur Schweigen: Zu einer Zeit, da das NATO-Land Italien bereits als militärische Aufmarschbasis von den USA mißbraucht wurde, stellte die Bundeswehr ihre erste Einheit im Rahmen des zwischen der BRD und den USA 1982 abgeschlossenen „Wartime-Host-Nation-Support“-Abkommens auf (FAZ, 15.1.1986; siehe AIB-Sonderheft 2/1984). Diese Maßnahme, die darauf abzielt, in Krisen- bzw. Kriegsfällen bundesdeutsche Hilfstruppen zur Unterstützung der US-Streitkräfte bereitzustellen, ist genauso wie der jüngst kursierende Plan, das US-Elitekorps und „Anti-terror“-Kommando „Delta Force“ in der BRD zu stationieren, ein konkreter Bonner Beitrag zur militärischen Interventionsvorbereitung der USA.

„An einem Tag wäre alles vorbei!“

Einen Beitrag eigener Art zur Interventionsvorbereitung leisteten auch Teile der hiesigen Presse.

In einer schon lange währenden Hetzkampagne wurde erneut die Person des libyschen Revolutionsführers attackiert. „Unberechenbar“ und „skrupellos“, „Vater des Terrorismus“, „Politkiller“, „Pate und Finanzier blutiger Attentate in aller Welt“, „Spinne im Netz der Gewalt“, waren nur einige der Prädikate, die man ihm zuwies. „Muammar al-Ghaddafi amüsiert und mordet... irgendwo zwischen Trauer und Belustigung, zwigendes Wahnsinn und Methode, Abscheu und Absurdität, ist er anzusiedeln“, schrieb die sozialliberale Zeit am 10.1.1986. Es besteht wenig Zweifel darüber, daß diese antilibysche Propagandakampagne die psychologischen Voraussetzungen für eine gewaltsame Beseitigung des libyschen Regimes schaffen soll.

Am 5.1.1986 stachelte Bild am Sonntag unter der Überschrift „An einem Tag wär' alles vorbei...“ zum unverhüllten Angriffskrieg gegen Libyen auf. Verantwortliche Kreise stellten Strafantrag. Die FAZ vom 6.1.1986 forderte, „dem Terror international auch mit ungewöhnlichen Maßnahmen zu begegnen“. Sie kritisierte hinsichtlich der bisher ausgebliebenen Militäraktionen der USA, daß dem „Drohgebärden ohne Folgen nur im Wege“ stünden.

Härte propagierte auch ein Kommentar der FR vom 3.1.1986, dessen Verfasser erklärte, sich Terrorakte „wie jüngst in Wien und Rom nicht mehr bieten lassen“ zu wollen. Seine Forderung: „Wenn Ghaddafi und seine Mannen dahinterstehen, müssen sie bittere Konsequenzen tragen — um des Überlebens auch der arabischen Völker willen.“ K.U. Schnell

werden – einen Unterhaltsanspruch und gibt ihnen die Möglichkeit, von sich aus die Trennung zu beantragen. Im Falle der Scheidung behält die Frau automatisch Haus und Kinder.“

Trotz alledem: Der Versuch der USA, ihre Verbündeten in einen Handelskrieg gegen Libyen zu verstricken, war nicht von völliger Erfolglosigkeit gekrönt. Zwar lehnten sie einen Anschluß an das Maximalboykottkonzept der USA ab. Doch lehrte der Beschluß der EG von Ende Januar d.J., der ein Waffenembargo für „Gastländer von Terroristen“ und die Bereitschaftserklärung beinhaltet, die von den USA verhängten Wirtschafts-sanktionen gegen Libyen nicht zu unterlaufen, daß die westeuropäischen Länder sich im Grunde der Strategie der USA anpassen.

Denn Libyen ist auf den Handel mit Westeuropa angewiesen. Der Absatz seiner Hydrokarbonate in westliche Länder ist für Libyen lebenswichtig, die libysche Wirtschaft von westlichen Experten und Firmen abhängig. Jegliche wie auch immer geartete Boykottmaßnahme der kapitalistischen Hauptländer ist in diesem Kontext ein Beitrag zur ökonomischen Destabilisierung Libyens, weil sie seine wirtschaftliche Potenz schwächt und seinen Handlungsspielraum einengt. Damit aber wird der Weg für eine militärische Aktion der USA vollends frei (siehe Kasten BRD-Libyen).

Man wird auch fragen müssen, wieviel Konsequenz hinter den verbalen Solidaritätsbekundungen der arabischen Länder gegenüber Libyen steht und wie hoch die Bereitschaft wäre, im Falle einer militärischen Intervention das angegriffene Land tatkräftig zu unterstützen. Den Vorschlag Libyens zumindest, mit

Gegenaktionen auf die Provokationen der USA zu antworten, hat der Ministerrat der Arabischen Liga Ende Januar d.J. zurückgewiesen. Die imperialistische Konfrontations- und Destabilisierungspolitik gegenüber Libyen ist noch nicht abgeschmettert.

Am 4.2.1986 ging Israel in die Offensive. Israelische Kampfflugzeuge entführten – vermutlich mit logistischer Unterstützung der im Mittelmeer kreuzenden US-Flotte – eine Passagiermaschine der libyschen Luftfahrtgesellschaft auf dem Flug von Tripolis nach Damaskus und zwangen sie auf einem Militärflughafen im Norden Israels zur Landung. An Bord befand sich eine Delegation hochrangiger syrischer Politiker, die Libyen einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Israel rechtfertigte diesen Piratenakt mit dem Argument, man habe in dem Flugzeug „Terroristen“ vermutet. Eine Resolution des Weltsicherheitsrates, die das Vorgehen Israels scharf verurteilte, scheiterte am Veto der USA.³¹

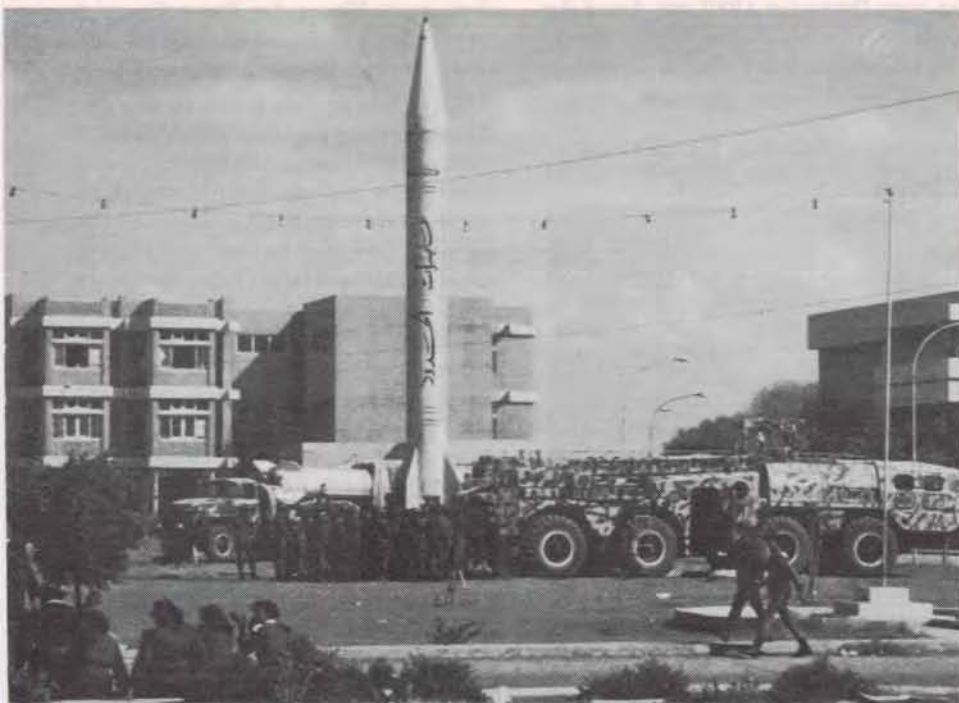
Zur gleichen Zeit wurden aus Washington neuerliche Manöver der US-Marine vor der libyschen Küste angekündigt – wegen ihrer „beschwichtigenden Wirkung“ auf den libyschen Revolutionsführer Ghaddafi, wie es unverfroren hieß.³²

Ob es hier und in Zukunft zu noch schwereren Provokationen kommt, bleibt abzuwarten. Vielleicht hat man sich in Washington klargemacht, daß Libyen nicht Grenada ist und auch in militärischer Hinsicht den USA einiges entgegenzusetzen hat. Neben einer Gesamtstärke von 73.000 Mann in den Streitkräften und 40.000 in den Volksmilizen verfügt Libyen über etwa 2.600 Panzer und 550 Kampfflugzeuge.

Weiter in Rechnung zu stellen sind die hochentwickelten sowjetischen Luftabwehrraketen des Typs SAM-5, die mit einer Reichweite von 250 km in der Lage sind, über der Großen Syrte operierende US-Flugzeuge zu treffen.³³ In den USA und Israel dürfte man kaum vergessen haben, daß es im Nahostkrieg vom Oktober 1973 vorab die sowjetischen Luftabwehrraketensysteme gewesen waren, die der israelischen Armee enorm hohe Verluste beibrachten: Israel verlor damals 2/3 seiner Kampfbomber über syrischem Gebiet.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 31.12.1985
- 2) Süddeutsche Zeitung (SZ), 10.1.1986; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 14.1.1986
- 3) IHT, 20.1.1986
- 4) Der Spiegel, 13.1.1986, S.102
- 5) Die Tageszeitung (taz), Berlin-West, 6.1.1986
- 6) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 13. und 22.1.1986
- 7) FAZ, 7.11.1985
- 8) Vgl. FAZ, 8.10.1982
- 9) Vgl. SZ, 10.1.1986 und Der Spiegel, 6.1.1986, S.91
- 10) Ebenda, 13.1.1986, S.100
- 11) SZ, 9.1.1986
- 12) Am 5.1.1986 erklärte die israelische Regierung, man werde zwar Libyen selbst nicht angreifen, sich aber möglicherweise für einen Angriff gegen „Guerillastützpunkte“ in diesem Land entscheiden. „Guerillalager“ seien exterritoriale Gebiete. Am gleichen Tag wurden Flugzeuge der israelischen Luftwaffe auf einen NATO-Stützpunkt und einen im Mittelmeer kreuzenden Flugzeugträger der US-Marine verlegt. taz, 7.1.1986
- 13) FAZ und SZ, je 9. und 10.1.1986
- 14) Zit. nach: FAZ, 13.1.1986
- 15) Der Anteil der USA an den libyschen Einfuhren betrug 1985 etwa 2%; umgekehrt waren libysche Lieferanten lediglich mit 1% an den Importen in die USA beteiligt. Libyens Exportvolumen belief sich 1985 gerade noch auf 35 Mio Dollar, nach 5 Mrd Dollar vor 6 Jahren. FAZ, 10.1.1986
- 16) FAZ, 27.1.1986
- 17) Nach: Al-Qabas, Kuwait, 6.1.1986
- 18) Time, New York, 7.11.1983; The Wall Street Journal, New York, 10.11.1983
- 19) FAZ, 21.1.1986
- 20) Zum libyschen Staat siehe: AIB 4/1979, S.23ff.; M. Preuß in: W. Brönner/R. Falk u.a., Ölkrise und arabische Ölländer, Frankfurt 1980, S.176-194; R. Harloff in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR) 9/1981, S. 291-304
- 21) Nach: FAZ, 26.2. und 25.6.1985; SZ, 4.3.1985
- 22) Siehe: Counter Spy, Washington, Jg. 6, Heft 1, Nov. 1981-Jan. 1982, S. 28ff.
- 23) Siehe: AIB 10 und 11-12/1981; AIB-Sonderheft 1/1982, S.7
- 24) Newsweek, 31.8.1981
- 25) Counter Spy, a.a.O., S. 34-39
- 26) Der Spiegel, 26.7.1976, S. 77f.
- 27) Laut: SZ, 16.5.1985; Stern, 12.7.1984, S.16
- 28) Nach: IHT, 4.11.1985; FAZ, 4.11.1985
- 29) Siehe: AIB 1-2/1986, S.79
- 30) FAZ, 29.1.1986
- 31) Vgl. FAZ, 6.2.1986
- 32) SZ, 5.2.1986
- 33) Siehe: Europaarchiv, Folge 17/1985, S. 530; IHT, 23.12.1985



Sowjetische Rakete in Bengasi – Eckpfeiler im libyschen Verteidigungspotential

Joachim Becker Neuanfang unter Museveni ?



Guerillaführer Museveni bei der Vereidigung in Kampala als neuer Staatspräsident Ugandas

„Was in den letzten Tagen passiert ist, ist nicht allein eine Wachablösung – es ist eine fundamentale Veränderung.“¹ Das erklärte Yoweri Museveni, Führer der Nationalen Widerstandsbewegung (NRM) und neuer Staatspräsident Ugandas, nachdem die Nationale Widerstandarmee (NRA), der bewaffnete Arm der NRM, Ugandas Hauptstadt Kampala am 25. Januar 1986 nach einer zweitägigen Schlacht vollständig eingenommen hatte.

Die demoralisierte Regierungsarmee gab sich auf dem Rückzug wieder einmal einer Plünderungsgorgie hin.

Die NRA ist angesehen

Nach der Einnahme Kampalas durch die sehr disziplinierte NRA kam es zu Freudenbekundungen der Bevölkerung.

Am 1. Februar wurde das neue Kabinett sowie ein 22 Personen umfassender Nationaler Widerstandsrat, die als gesetzgebende Körperschaft fungieren werden, vereidigt. Wahlen, so erklärte Museveni, soll es in 3-5 Jahren geben. Zunächst müsse eine neue Armee aufgebaut und die zivile Infrastruktur reorganisiert werden.² Die neuen Führungsgremien werden von der NRM dominiert.

Die NRA nahm Anfang 1981 auf Initiative Musevenis, der zuvor eine sehr aktive Rolle im militärischen Widerstand gegen das Regime Idi Amins gespielt hatte und nach dessen Sturz (1979) hohe Ämter in den Übergangsregierungen innegehabt hatte, den bewaffneten Kampf auf. Dem waren die massiv gefälschten Wahlen vom Dezember 1980, aus denen der Ugandische Volkskongreß (UPC) Milton Obotes als offizieller „Sieger“ hervorgegangen war, vorausgegangen. Bereits

Gestürzter Generalleutnant Tito Okello, der am 27. 7. 1985 durch einen Militärputsch an die Macht kam



beim umstrittenen Regierungsantritt Obotes war die Lage durch eine darniederliegende Wirtschaft und starke ethnische Spannungen geprägt.

Wirtschaftlich folgte die Regierung Obote konsequent der Rezeptur des Internationalen Währungsfonds (IMF). Die soziale Lage der Lohnabhängigen war katastrophal. Dem Großteil der Bevölkerung blieb nichts anderes übrig, als sich mit landwirtschaftlicher Subsistenzproduktion über Wasser zu halten. Dramatisch verschlimmert wurde die Lage der Bevölkerung durch die Aktivitäten der ugandischen Armee (UNLA). Die Soldauszahlung war in das Belieben der Offiziere gestellt, Plünderungen, Erhebung von „Wegezoll“ tägliche Praxis der Soldaten. Diese rekrutierten sich weitgehend aus sozial entwurzelten Jugendlichen.

Keine Besserung nach Obotes Sturz

Beim Kampf gegen die NRA verübte das Militär zahlreiche Massaker, Vergewaltigungen, Folterungen... Selbst offizielle Quellen sprachen im Sommer 1985 von 300.000 Todesopfern der nicht einmal fünfjährigen Regierungszeit Obotes.³ Trotz der enormen Repression erstarkte die NRA.

Der erhöhte Druck der NRA war dann auch einer der Gründe, die zum Sturz Obotes am 27. Juli 1985 beitrugen (zum Putsch vgl. AIB 10/1985, S. 14f.). Der danach regierende Militärtrat erhielt die Unterstützung diverser Gruppierungen. Teile der UNLA hatten schon vor dem Putsch Verbindungen mit den Parteigängern Idi Amins aus dem Nordwesten aufgenommen.⁴ Die Frühere Uganda Nationalarmee (FUNA) unterstützte den Rat dann auch. Hinter den Rat stellten sich ferner die ehemaligen Amin-Gefolgsleute der Uganda Nationale Rettungsfront (UNRF), die Uganda Freiheitsbewegung (UFM) und die Föderale Demokratische Bewegung Ugandas (FEDEMU), beide konservativ und gleichen Ursprungs, sowie die konservative Demokratische Partei (DP), die offizielle Oppositionspartei unter Obote, mit ihrem Schwerpunkt im Süden des Landes.

Die Führer der zuletzt genannten Organisationen verfügen über enge persönliche Verbindungen zu westlichen Regierungen.⁵ Die neue Mannschaft wies deutliche Kontinuitäten zum Regime der letzten Jahre auf.

Es änderte sich nichts zum Besseren. Ein Führer der DP gab sogar zu: „Das Verhalten der Armee ist schlimmer als vor dem Putsch.“⁶ In sich war die Regierung zerstritten, gemeinsam war ihr die Angst vor der NRM.

Letztere nahm an Bedeutung immer mehr zu. Sie konnte die von ihr kontrol-

lierten Gebiete im Südwesten immer mehr erweitern und kontrollierte im August 1985 bereits etwa 1/3 des Landes.

Ihre 10.500 Mann starke Truppe war nach übereinstimmenden Korrespondentenberichten aus den NRA-Gebieten sehr diszipliniert und hoch motiviert⁷, ganz im Gegensatz zur Regierungsarmee. Entsprechend hoch ist auch das Ansehen der NRM-NRA. „Vor allem Arbeiter, Bauern und die Mittelklasse“ tragen die NRM, so Museveni. „Das Kleinbürgertum ist die führende Kraft, aber wir nennen sie 'Patriotische Bourgeoisie'.“⁸ Ihre Mitglieder kommen vor allem aus dem Süden und Südwesten des Landes.⁹

In der „Interimsregierung“, welche die NRM am 4.11.1985 bildete, um die Verwaltung in den von ihr kontrollierten Gebieten zu organisieren, waren allerdings Personen aus allen Regionen des Landes zu finden.¹⁰ Auf lokaler Ebene wurden Bürgerkomitees organisiert, um die Bevölkerung in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und staatliche Dienste zu organisieren.¹¹

Die Bevölkerung konnte hier in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen, die Sicherheitslage war viel besser als im restlichen Uganda. Die Praxis spricht für die NRM-NRA, was ihr auch die Sympathie der Bevölkerung eingetragen hat.

Bevor die NRA zu ihrer Schlußoffensive auf Kampala ansetzte, war allerdings noch am 17.12.1985, nach viermonatigen Verhandlungen in Nairobi, ein „Friedensabkommen“ mit der Militärregierung unterzeichnet worden. Dieses Abkommen schloß die NRM nur unter großem internationalen Druck ab.

So sagte Yoweri Museveni kurz vor Abschluß des Abkommens in einem Interview: „Wir stehen international unter

Druck und wollen uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf keinen Fall selbst isolieren.“¹²

Dieses Abkommen¹³ enthielt nicht einmal eine minimale politische Plattform. Die Machtverteilung zwischen den militärischen Gruppen stand im Vordergrund. In die neu zu schaffende Armee sollten die UNLA 3.700, die NRA 3.580, die FEDEMU, UFM, UNRF und FUNA je 300 Soldaten einbringen können. Es wäre zu befürchten gewesen, daß sich in der so zusammengestückelten Armee die Disziplinprobleme nur fortgesetzt hätten.

„Friedensabkommen“ unter äußerem Druck

Zahlreiche Bestimmungen waren extrem vage gefaßt. Das zentrale Entscheidungsgremium, der Militärrat, trat nicht einmal zusammen. Die Regierung konnte die Sicherheit der NRM-Vertreter nicht garantieren, denn Kampala wurde nicht, wie zwingend vorgesehen, entmilitarisiert. Nachdem offensichtlich war, daß das Abkommen nur totes Papier war, und sie ihre Position ausreichend konsolidiert hatte, entschloß sich die NRM-NRA zum Angriff auf Kampala.

Die neue Regierung steht vor einer extrem schwierigen Aufgabe. Das Land ist durch die Auseinandersetzungen der letzten 15 Jahre ausgeblutet.

Zur Wirtschaftspolitik äußerte sich die NRM bisher nur sehr wenig präzise. Museveni verurteilte in der Vergangenheit die Willfährigkeit Obotes gegenüber dem IMF.¹⁴ Er spricht davon, daß es in Uganda eine gemischte Wirtschaft mit einem Privat- und einem Staatssektor geben solle.¹⁵ Die Zeit sei noch nicht reif

für den Sozialismus. „Das Land muß seine Unabhängigkeit verteidigen und seine Produktivkräfte entwickeln“, so setzt Museveni die Prioritäten.¹⁶

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist jedoch die Erringung des Friedens, mit der Eroberung Kampalas und kurz darauf Jinjas in Ostuganda waren die Kämpfe noch nicht beendet. Die Konsolidierung der nationalen Einheit und der Abbau des Ethnizismus sind vordringliche und extrem schwierige Aufgaben der neuen Regierung. Hierbei ist nicht nur das koloniale Erbe – regional sehr ungleiche Entwicklung und unterschiedliche politische Behandlung der verschiedenen Ethnien – sondern auch die Manipulierung ethnischer Solidarität durch die herrschenden Klassen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich.

Sicher ist allein, daß die tiefen Wunden der letzten 15 Jahre nur sehr schwer verheilen werden.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 30.1.1986
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1986
- 3) Süddeutsche Zeitung (SZ), 30.8.1985
- 4) Afrique-Asie, Paris, 23.9.1985
- 5) Ehenda, 16.12.1985
- 6) Le Monde, Paris 26.9.1985
- 7) Vgl. z.B. New African, London, Juli 1985; Daily Nation, Nairobi, 16.10. 18. und 19.11.1985; Le Monde, 16.8.1985; SZ, 11./12.1.1986
- 8) die tageszeitung (taz), 16.12.1985
- 9) Vgl. Africa Report, New York, November-Dezember 1985
- 10) Vgl. Daily Nation. 5.11.1985
- 11) Vgl. z.B. Daily Nation, 16.10.1985
- 12) taz, 16.12.1985
- 13) Wortlaut in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 1/1986
- 14) taz, 19.9.1985
- 15) Daily News, Dar es Salaam, 2.12.1985; IHT, 28.1.1986; taz, 29.1.1986
- 16) taz, 16.12.1985

Ostermaschierer: AIB-Verkäufer gesucht!



4/1985: Rüstung im All Gefahren für die 3. Welt
28 Seiten, Preis 2 DM

Ostern werden wieder Zehntausende marschieren gegen Weltraummilitarisierung, Pershing 2 und Cruise Missiles, wider den Krieg gegen die Völker Südafrikas und Nikaraguas.

Wir wollen sie mit unseren Sonderheften zur Weltraummilitarisierung und der Dritten Welt sowie zu Südafrika informieren. Dazu brauchen wir die Hilfe unserer Leser. Bestellen Sie bitte rechtzeitig zu den Ostermärschen diese beiden Sonderhefte für den Freiverkauf. Damit helfen Sie unserer gemeinsamen Sache und Ihrer Gruppe. Ab 10 Exemplaren gewähren wir 33% Rabatt. Bei Abnahme von mindestens 20 Exemplaren schenken wir Ihnen eines der folgenden Bücher:

D. Engels/J. Scheffran/E. Sieker, Die Front im All, Köln 1984, prv, 256 S., 10 DM

K.P. Wolf, Tage, die wie Wunden brennen, Dortmund 1985, Weltkreis, 240 S., 14,80 DM

R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, Köln 1986, prv, 259 S., 14,80 DM

Benutzen Sie bitte die Bestellkarte in der Heftmitte!



1/1986: Südafrika Apartheid und Widerstand
40 Seiten, Preis 2,50 DM



Nico Biver 10 Jahre DARS

„Die Einwohner der Westsahara führen überall im Territorium ein friedliches und ruhiges Leben... Vor einigen Monaten besuchte ich diese Provinzen und die dort lebenden Menschen ... bereiteten mir einen begeisterten Empfang, der mich zutiefst bewegte.“¹

Kein anderer als der marokkanische König Hassan II. konnte in dem von seiner Armee besetzten Gebiet solch idyllische Zustände vorfinden. Er ließ sie am 23.10.1985 der UN-Vollversammlung mitteilen und schlug gleichzeitig ein Referendum über die Selbstbestimmung der Westsahara unter Aufsicht der UNO für Januar d.J. vor.

Daß er darauf kaum ein Echo fand, liegt daran, daß die Mehrheit der Staaten der Welt Verhandlungen mit der Befreiungsbewegung Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro (Frente POLISARIO) und eine Entmilitarisierung der Westsahara fordert, bevor dort ein Referendum stattfinden kann. Dies lehnt der Monarch jedoch ab, weil die POLISARIO „nicht als Befreiungsbewegung anerkannt“ und die unter ihrer Führung vor 10 Jahren am 27.2.1976 gegründete Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ein „Phantomstaat“ sei.²

Ein „Phantomstaat“?

Daß dieser Staat längst eine Realität ist, zeigt nicht nur die Tatsache, daß Rabat Mio Dollar im Jahr für die militärische Bekämpfung dieses Geistes ausgibt. Die DARS ist mittlerweile von 63 Staaten diplomatisch anerkannt und Mitglied der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). Sie verfügt über staatliche Institutionen, die von ca. 150.000 der



200.000 Sahrauis, vorwiegend im algerischen Grenzgebiet genutzt werden, und hat eine Volksbefreiungsarmee (APLS) von 20.000 Männern und Frauen aufgebaut.

Der Gründung der DARS unter Führung der POLISARIO war am 31. Oktober 1975 eine Invasion Marokkos der damaligen spanischen Kolonie vorausgegangen. Eine Teilung des Landes zwischen Marokko und Mauretanien wurde am 14.11.1975 durch ein gemeinsames Abkommen dieser beiden Länder mit Spanien abgeseget.

Dies wurde von den USA und Frankreich, den wichtigsten Verbündeten Marokkos gutgeheißen, da sie die Errichtung eines progressiven Staates in einer strategisch wichtigen Region befürchteten. Marokko interessierte vor allem die Ausbeutung der riesigen Phosphatvorkommen bei Bu Craa. Hassan II. wollte zudem durch Entfesselung einer chauvinistischen Hysterie im eigenen Lande

seine angeschlagene Macht wieder festigen.

Die Besetzung der Westsahara widersprach den Forderungen der UNO und des Internationalen Gerichtshofs nach Abhaltung eines Referendums in der Westsahara. Diese waren vorher von allen beteiligten Parteien mitgetragen worden. Die POLISARIO, die kurz nach ihrer Gründung am 10.5.1973 bereits gegen die spanischen Kolonialtruppen den bewaffneten Kampf begonnen hatte, setzte diesen mit algerischer und libyscher Waffenhilfe gegen die neuen Besatzer fort. Sie trieben damit das mauretanische Regime in eine ausweglose Lage. Nach einem Putsch zog sich Mauretanien 1978 aus dem von ihm besetzten Gebiet zurück und erkannte 1984 die DARS an.

Den marokkanischen Truppen, die von 68.000 auf 200.000 Mann aufgestockt wurden, erlitten eine Niederlage nach der anderen, da sie, verteilt über ein riesiges Territorium, überall den effektiven Schlägen der höchst mobilen Einheiten der APLS ausgesetzt waren.

Eine Wende zugunsten des marokkanischen Regimes zeichnete sich auf militärischem Gebiet seit 1980 ab. Das Königreich ging daran, das „nützliche Dreieck“ im Nordwesten der Westsahara mit den größten Ortschaften und den Phosphatvorkommen durch einen 600 km langen Wall vor dem Vordringen der POLISARIO abzuschirmen.

Fast 2/3 des Territoriums sind mittlerweile mit insgesamt fünf Wällen abgeschirmt, die bis auf wenige Kilometer an die algerische Grenze und Teile der mauretanischen Grenze herankommen. Die elektronischen Einrichtungen an den Wällen, die von den USA geliefert wurden, erlauben es Bewegungen bis zu 200 km Entfernung zu entdecken.

Trotzdem hält die APLS die marokkanische Armee durch einen Zermürbungskrieg weiterhin in Atem und zwingt das Regime zu einer weiteren Erhöhung der Militärausgaben – allein 1986 um 30%. Der 6. Kongreß der POLISARIO, der vom 7.-9. Dezember 1985 in der Militärbasis Chahid Haddad stattfand, zog auch eine Bilanz des bewaffneten Kampfes: In den letzten 3 Jahren führte die APLS 2.645 Operationen durch, bei denen 5.613 marokkanische Soldaten getötet und 7 Flugzeuge abgeschossen wurden.³ Im wenig bevölkerten Süden der Westsahara kann sich die APLS weiterhin frei bewegen. Darauf deuten auch die Aktionen gegen Schiffe, die in die 6-Meilen-Zone am Atlantik eindringen sowie der Abschub von mehreren Flugzeugen – darunter irrtümlicherweise auch mehrere zivile – über der Westsahara hin. Der Zugang zu der hinter den Wällen verbliebenen Bevölkerung – ca. 55.000 nach Angaben eines hohen marokkanischen Offiziers – ist allerdings erschwert.⁴ Durch umfangreiche wirtschaftliche und soziale Programme versucht das marokkanische Regime die Bevölkerung zu korrumpieren und gleichzeitig die Ansiedlung von Marokkanern zu fördern. Dies hat mittlerweile dazu geführt, daß nur noch 1/3 der Bewohner Sahrauis sind. Die militärische Konsolidierung gelingt dem Regime jedoch nur durch immer größere Aufwendungen für den Rüstungshaushalt.

Der Krieg zerrüttet Marokko

Allein der Bau und Unterhalt der Wälle verschlingt jährlich 400 Mio Dollar. Auch gehen die Investitionen in der Westsahara auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung Marokkos. Die Folge sind eine Vergrößerung der Armut, spontane Massenproteste wie Anfang 1984 (siehe AIB 3/1984, S.23) und die Entwicklung einer illegalen Opposition, die die Ansprüche Marokkos auf die Westsahara ablehnt.

Die Defizite in Staatshaushalt und Handelsbilanz können auch durch die massiven Hilfen aus Saudi Arabien, den Golfstaaten, Frankreich und den USA nicht vollständig ausgeglichen werden. Die gesamten Zuwendungen aus den USA, die in Marokko Stützpunkte für die Schnelle Eingreiftruppe unterhalten, haben sich von 30 Mio Dollar 1982 auf mehr als 130

Posten der marokkanischen Besatzungstruppen an einem der Wälle



Mio 1985 erhöht.⁵ Der militärische Anteil ist jedoch von 105 Mio Dollar im Jahr 1984 auf 78 Mio 1985 zurückgegangen. Für 1986 sind noch 52 Mio beantragt.⁶ Dies ist vor allem auf die Verstimmung in Washington über den Abschluß eines Vertrages Marokko-Libyen über die Vereinigung beider Staaten im Jahr 1984 sowie auf die Verbesserung der Beziehungen zu Algerien zurückzuführen.

Komplizen Frankreich, Spanien

Diese Entwicklung und die Tatsache, daß das US-Repräsentantenhaus im April 1985 die Reagan-Administration aufforderte, jede direkte Präsenz und Militärhilfe für den Krieg zu beenden, haben die POLISARIO wohl bewogen, die USA in dem Politischen Manifest (Wortlaut siehe Kasten), das auf dem 6. Kongreß angenommen wurde, unerwähnt zu lassen. Als wichtigste Stützen Marokkos wurden Frankreich und Spanien genannt. Frankreich ist zugleich größter Handelspartner und Finanzier Marokkos. Es versorgt das Königreich mit dem Großteil seiner Waf-



Kämpfer der POLISARIO – beweglich mit Landrovern

fen und soll jetzt, wenn es den Wünschen Hassens II. folgt, 24 Mirage-2000-Kampfflugzeuge liefern.

Im Gegensatz zu früheren Beschlüssen der spanischen Sozialisten hat die spanische Regierung weder das Teilungsabkommen von 1975 aufgekündigt noch die Hilfe für Marokko eingestellt. Als Anlaß für einen offenen Bruch mit der POLISARIO und der Ausweisung ihrer Vertreter Ende September 1985 nutzte Madrid einen Angriff auf ein spanisches Fischerboot, das unter marokkanischer Flagge fuhr, und auf ein Patrouillenboot der spanischen Marine, die sich in sahrau-

ischen Hoheitsgewässern befanden. Diesem diplomatischen Rückschlag für die DARS war 1984 die Einstellung der Unterstützung durch Libyen vorausgegangen, nachdem es seine Absicht bekundet hatte, sich mit Marokko zusammenzuschließen. Doch dieser Staatenbund scheint genauso kurzlebig zu werden wie andere ähnliche Zusammenschlüsse, die Libyen eingegangen war. Die Gründe hierfür liegen einmal in den tiefgreifenden marokkanisch-libyschen Differenzen vor allem was den Nahostkonflikt angeht, zum anderen in dem Druck, den Washington ausübt, um Marokko zum Bruch des Bündnisses zu bewegen. Den letzten Anstoß für einen Frontenwechsel Libyens dürfte die jüngste Droh- und Boykottpolitik der Reagan-Administration geliefert haben (siehe Libyen-Beiträge in diesem Heft). Während Marokko sich einer Unterstützung Libyens enthielt, wandte sich Algerien deutlich gegen die aggressive Politik Washingtons.⁷ Der Appell des 6. POLISARIO-Kongresses an Libyen, mit Marokko zu brechen und sich erneut auf Seite des sahrauischen Volkes zu stellen, könnte bald befolgt werden.

Bei einem Treffen Oberst Ghaddafis mit dem algerischen Staatsoberhaupt Chadli Bendjedid am 28.1.1986 haben beide Seiten „das Recht des sahrauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“ bekräftigt. Sie sprachen sich für eine friedliche Lösung des Konflikts entsprechend der Resolution 104 der OAU aus.⁸

Die Resolution war bereits 1983 auf dem 19. OAU-Gipfel verabschiedet worden. Sie sieht vor, direkte Gespräche zwischen Marokko und der POLISARIO über einen Waffenstillstand aufzunehmen, um die „Voraussetzung für eine

friedliche und faire Volksabstimmung über die Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara zu schaffen". Diese soll ohne „militärische und administrative Zwänge unter dem Schutz der OAU und der UNO“ stattfinden.⁹

Diese Resolution wurde noch im selben Jahr von der UNO übernommen und zuletzt 1985 mit 96 Für-, 7 Gegenstimmen und 39 Enthaltungen, bei Abwesenheit Libyens, bestätigt. Marokkos Ankündigung eines einseitigen Waffenstillstands und seine seit 1981 bekundete Bereitschaft, unter seiner Hoheit ein Referendum abzuhalten, stießen bei den UN-Delegierten auf Ablehnung. Denn die marokkanischen Siedler und Truppen würden ein solches Referendum zu einer Farce machen.

Der 6. POLISARIO-Kongreß konnte mit weiteren diplomatischen Erfolgen aufwarten.

Dazu gehören die Aufnahme in die OAU bei gleichzeitigem Austritt Marokkos im Jahr 1984 und die Wahl der DARS in das Vizepräsidentenamt des OAU-Büros im Jahre 1985. Eine weitere Isolierung Marokkos konnte die DARS auch auf der

Cette femme et ces deux enfants ont fui Smara et ont parcouru 300 kms à pied avant d'être recueillis par la Croissant-Rouge Sahraoui.



Vor den Besatzern 300 km zu Fuß aus Smara in ein Flüchtlingslager geflohen, sind diese Frau und ihre Kinder



POLISARIO-Führer, darunter Generalsekretär M. Abdelaziz (m.), auf dem Kongreß in befreitem Gebiet

Politisches Manifest des 6. POLISARIO-Volkskongresses

Der 6. Allgemeine Volkskongreß der Frente POLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Sagvia el-Hamra und Rio de Oro; d. Red.) „Kongreß des Märtyrers Mohamed Lamine Abba Cheikh Baali“ tagte vom 7.-10. Dezember 1985 unter der Losung „Das ganze Vaterland oder das Martyrium“. (...)

Auf militärischer Ebene

Die Strategie der Verteidigungswälle, die von den marokkanischen Invasionstruppen nach ihrer Niederlage im beweglichen Krieg angewandt wurde, ist vereitelt worden. Die sahraische Volksbefreiungsarmee hat auf diese Politik der Wälle mit einem wirksamen Abnutzungskrieg geantwortet, der eine immer größere Breite und Tiefe entwickelt. (...)

Auf politischer Ebene

Der Kongreß hat mit großer Befriedigung festgestellt, daß unsere Organisation einen hohen Grad der Bewußtseinsbildung und der Mobilisierung erreicht hat. Er äußert sich in dem engen Zusammenhalt, im Eifer und in der Begeisterung, die unser Volk stets gezeigt hat, indem es vor keinem Opfer zurückschreckte.

Die allgemeine Mobilisierung – ein Volk in Waffen –, die den Kampf unseres Volkes auf eine höhere Stufe der militärischen Einsatzfähigkeit und Vorbereitung gehoben hat, ist nur der reale Ausdruck einer qualitativen Veränderung und der Entschlossenheit unseres Volkes, den Befreiungskampf bis zum Ende zu führen, gemäß seiner Losung: Das ganze Vaterland oder das Martyrium.

Der Kongreß hat nicht nur festgestellt, daß große Anstrengungen zur Organisation und Mobilisierung unserer gesamten Volksmassen unternommen wurden, sondern er hat auch den Kampf gewürdigt, den unsere Massen in den besetzten Gebieten führen, sowie ihre heldenhafte Kampfbereitschaft angesichts der von dem marokkanischen Aggressor verfolgten Siedlungs- und Völkermordpolitik.

Auf administrativer Ebene

Der Aufbau der staatlichen Strukturen wurde beendet, und sie wurden durch eine bessere Mitwirkung der Massen an den staatlichen Angelegenheiten durch die Volksversammlungen und die gewählten Verwaltungsräte gefestigt. (...)

Auf sozialer Ebene

Der Kongreß hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß auf sozialem Gebiet ein bedeutender Aufschwung zu verzeichnen ist, und daß die Frente POLISA-

RIO diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit schenkt.

Zum Bildungswesen ist zu sagen, daß die meisten Kinder im schulpflichtigen Alter eingeschult wurden (Ausarbeitung eines umfassenden Programms für das Schulwesen und die Ausbildung von Lehrern), während gleichzeitig die Volksbildung verallgemeinert und vertieft wurde.

Eine planmäßige Gesundheitspolitik hat zu guten Ergebnissen bei der Krankheitsbekämpfung, der Vorsorge und der medizinischen Ausbildung geführt. (...)

Auf diplomatischer Ebene

Der Kongreß hat seine große Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Kampf unseres Volkes in Afrika und in der ganzen Welt ständig neue Erfolge erringt. Dabei sind die Aufnahme der Demokratischen Arabischen Sahraischen Republik (DARS) in die Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) und ihre Anerkennung durch zahlreiche Länder in der ganzen Welt die herausragendsten Ereignisse, die diesen afrikanischen Konsens in seiner ganzen Tragweite deutlich machen.

Die Annahme der Resolution AHG 104 durch die OAU und ihre allgemeine Anerkennung als Friedensplan für eine friedliche Regelung ist ebenfalls ein Sieg der Sache unseres Volkes, denn dieser Plan hat die beiden am Konflikt beteiligten Parteien klar benannt und Mittel und Wege für eine friedliche Beilegung des Konflikts aufgezeigt. Sie hat jegliche Unklarheit über die Art des Konflikts beseitigt und damit die vom marokkanischen Aggressor verbreiteten Behauptungen zurückgewiesen. (...)

Anstatt zur Vernunft zu kommen und zur Legalität zurückzukehren, hat das marokkanische Regime infolge seiner Isolierung und seiner permanenten Rückschläge den Weg der militärischen Eskalation eingeschlagen und verfolgt eine expansionistische Eroberungspolitik, der eine kolonialistische Logik zugrundeliegt. Es schafft ständig neue Verteidigungslinien, und diese abenteuerliche Politik birgt die Möglichkeit der Ausweitung des Konflikts auf die Nachbarländer der DARS sowie die Gefahr eines Übergreifens des Brandes auf die gesamte Region in sich. (...)

Welche Art von Hilfe Spanien, Frankreich und andere Kreise dem marokkanischen Regime auch immer gewähren – wodurch dessen Unnachgiebigkeit noch verstärkt und

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____ **
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname	
Straße	
Beruf	
Postleitzahl, Ort	Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift _____ Datum _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unterschrift _____ Datum _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Freiheit für Südafrika!

Materialien für die aktive Solidarität

Plakatmappe zum südlichen Afrika (16 mehrfarbige Plakate) (+)	15,00 DM
Broschüre „Sanktionen gegen Südafrika“ (+)	1,50 DM
Broschüre „Daimlers Rüstung für Südafrika“	3,00 DM
Broschüre „Kündigt das Kulturabkommen mit Südafrika“	3,00 DM
Plakat „Freiheit für Nelson Mandela – Solidarität mit den politischen Gefangenen Südafrikas“ (+)	2,00 DM
Plakat „Solidarität mit dem Freiheitskampf in Südafrika – Unterstützt den ANC, die Befreiungsbewegung Südafrikas“ (+)	3,00 DM
Eindruckplakat „Gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika“ (+)	2,50 DM
Plakat „Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) – Freiheitscharta Südafrikas – Juni 1955“ (+)	1,50 DM
Poster „Nelson Mandela“ (+)	6,00 DM
Aufkleber „Solidarität mit dem ANC“ (+)	0,60 DM
Button „Freiheit für Nelson Mandela“ (+)	2,00 DM
Kugelschreiber „Ein Nagel gegen Apartheid! Ein Nagel für das ANC-Schulfarm-Projekt Morogoro/Dakawa in Tansania“	1,50 DM
Anhänger ANC-Symbol aus Silber	18,00 DM

- ... Ex. Postkartenmappe des ANC, 6 farbige Karten nach Batik-Arbeiten afrikanischer Künstler 6,00 DM
- ... Ex. Broschüre ASK-Hintergrund Namibia (+) 2,00 DM
- ... Ex. Briefkartenset der SWAPO mit 4 Linolschnitten afrikanischer Künstler (+) 4,00 DM
- ... Ex. Espresso-Kaffee aus Angola, 250 g 7,50 DM
- ... Ex. Tee aus Mozambique, 100 g 3,50 DM
- ... Ex. 250 g 8,50 DM

Für die Plakate wünsche ich Rollenversand (2,50 DM Mehrkosten)

(Bei Abnahme von mindestens 10 Ex. der mit + gekennzeichneten Artikel erhalten Wiederverkäufer 30 % Rabatt)

Absender:

POSTKARTE



Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

Solidaritätsshop

Dritte Welt

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen gegenüber der Solishop GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt, in schriftlicher Form zu widerrufen

Datum/Unterschrift _____

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:



Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abgebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Freiheit

für

Nelson

Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Absender:

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**



Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

der Krieg unnötig verlängert wird —, sie wird es ihm nicht ermöglichen, das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu wenden. Im Gegenteil, sie wird nur seine Krise verschärfen und eine schwere Belastung für seine Zukunft darstellen.

Aus diesem Grund bekräftigt der Kongreß das Festhalten der Frente POLISARIO an dem Prinzip der friedlichen Lösung auf der Grundlage des Friedensplans, der in der Resolution AHG 104 (XIX) der OAU und in der Resolution 38/40 enthalten ist, die von den Vereinten Nationen auf ihrer 39. und 40. Tagung sowie von der Bewegung der Nichtpaktgebundenen erneut bestätigt worden ist. Direkte Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien Frente POLISARIO und Königreich Marokko sind die Vorbedingung für einen echten, gerechten und dauerhaften Friedensprozeß. Dies setzt den Abzug der Kolonialverwaltung und -truppen sowie die Räumung aller Siedlungen auf unserem Territorium voraus.

Während die Frente POLISARIO auf ihrem 6. Allgemeinen Volkskongreß erneut ihre aufrichtige Bereitschaft und ihren festen Willen bekundet, auf eine politische Verhandlungslösung entsprechend dem Friedensplan hinzuwirken, bekräftigt sie gleichzeitig die Entschlossenheit des sahrauischen Volkes, den bewaffneten Kampf fortzusetzen, um sein legitimes Recht auf Freiheit, Unabhängigkeit und die vollständige Herstellung seiner Souveränität auf dem gesamten nationalen Territorium durchzusetzen.

Bei dieser Gelegenheit weist der 6. Allgemeine Volkskongreß darauf hin, daß die Westsahara Kriegsgebiet ist. Das Königreich Marokko hat unserem Volk einen blutigen Krieg aufgezwungen. Wir appellieren an die Wirtschaftskreise im Ausland, keine Investitionen in unserem Land vorzunehmen, unsere Souveränität nicht zu verletzen und sich nicht an der Ausplünderung unserer natürlichen Reichtümer zu beteiligen. Die Frente POLISARIO ist nicht für die Schäden verantwortlich, die die Personen davontragen könnten, die sich zu Abenteuern auf unserem Territorium verleiten lassen.

Der 6. Allgemeine Volkskongreß grüßt alle, die unser Volk politisch oder materiell unterstützt haben, sowie diejenigen, die nicht aufgehört haben, bei allen Gelegenheiten und in den verschiedenen internationalen Gremien ihre Solidarität mit unserer gerechten Sache zu bekunden.

Der Kongreß grüßt besonders das algerische Volk und seine Revolution unter der Führung der Partei der FLN und mit dem Kämpfer Chadli Bendjedid an der Spitze, daß sie fest zu der Sache unseres Volkes stehen.

Der Kongreß richtet an die libysche Revolution und ihre Führung den dringenden Appell, ihr Bündnis mit dem Lakai Hassan II. aufzukündigen und den ehrenhaften Weg einzuschlagen, den ihr ihre nationalistische arabische Pflicht gegenüber dem Befreiungskampf in der Westsahara diktiert, indem sie den Kampf des Volkes von Sagüia el-Hamra und Rio de Oro unterstützt.

Der Kongreß appelliert an die Führer des Königreichs Saudi Arabien, ihre Unterstützung für den marokkanischen Aggressor einzustellen, der den Boden und die Ehre beschmutzt hat und seit mehr als 10 Jahren rücksichtslos das Blut Unschuldiger vergießt, indem er einen ausweglosen Krieg weiterführt, der nichts als Tod und Zerstörung erzeugt. (...)

Das ganze Vaterland oder das Martyrium!
(Quelle: Sahara Libre, Sondernummer, o.O., Dezember 1985)

Außenministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen im September 1985 in Luanda erreichen, die sich ebenfalls den Forderungen der OAU und der UNO anschloß.

Damit ist auch zu erwarten, daß die DARS auf dem 7. Gipfel der Nichtpaktgebundenen im September d.J. in Harare als Vollmitglied aufgenommen wird.

Dem Ziel, vor allem in Westeuropa einen größeren Druck für eine friedliche Lösung und für die Anerkennung der DARS zu entwickeln, diene eine internationale Konferenz „Frieden für das sahrauische Volk“, die am 23./24.11.1985 in Paris stattfand.

Westeuropa muß handeln!

Am Sitz der französischen Nationalversammlung trafen sich ca. 600 Delegierte aus fünf Kontinenten, darunter ehemalige Regierungschefs und Minister, Botschafter und Regierungsvertreter, Nobelpreisträger und Vertreter internationaler Organisationen. Unter den mehr als 70 Parlamentariern und Parteienvertretern — Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne, Liberale und Christdemokraten — befanden sich auch Barbara Simons, Europaparlamentarierin der SPD, sowie Jürgen Reents und Petra Kelly von den Grünen.

Die Konferenz rief vor allem die europäischen Staaten auf, Druck auf Marokko auszuüben, damit es eine Verhandlungslösung akzeptiert, Marokko keine Waffen mehr zu liefern, finanzielle Mittel zu verweigern, nicht mehr in Marokko zu investieren und die DARS anzuerkennen.

Diese Forderungen gilt es auch an die Bundesregierung heranzutragen, die offiziell ihre Neutralität in dem Konflikt bekundet, aber bis heute der marokkanischen Armee und Polizei Ausrüstungshilfe in Millionenhöhe — 1986 alleine 3 Mio DM — zukommen läßt. Obwohl sie behauptet, die Friedensbemühungen der OAU zu unterstützen, hat sie sich bei den UN-Abstimmungen stets enthalten.¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Radio Rabat HS, arabisch, 16.00 GMT, nach: Monitor-Dienst, Nahost, 24.10.1985
- 2) Le Monde (LM), Paris, 24.10.1985
- 3) Vgl. Sahara Libre, o.O., Spezialnummer, Dezember 1985
- 4) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 6./7.10.1984
- 5) Angaben nach: Jeune Afrique (JA), Paris, 29.1.1986
- 6) Vgl. Newsweek, New York, 4.11.1985
- 7) Siehe: JA, 29.1.1986
- 8) LM, 30.1.1986
- 9) United Nations, General Assembly, A/38/312, 2.8.1983, nach: Europa-Archiv, Folge 5/1985, D 135
- 10) Vgl. Reden von B. Simons und J. Reents in: Sahara-Info, Nr. 1/Januar 1986



berichtet regelmäßig über
— den Befreiungskampf der F. POLISARIO
— die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA
— das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis
— die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das
SAHARA INFO
erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM!
Probeheft und Abbestellung bei
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES
SAHRAUISCHEN VOLKES e. V.
U. Hilpert, Am Wall 46
2800 Bremen 1

Anzeige:

Das Video für alle Gruppen, die schon immer Straßentheater machen wollten, sich aber bisher nicht zu trauen wagten!

Die Osnabrücker Aktionsgruppe gegen Rüstungsexporte hat zwei Stücke zum Rüstungsexport ausgearbeitet:

**Vor jedem Schuß
nach jedem Knall
ein Ratzeputz
von Rheinmetall**

und

Was bin ich?

Von diesen Stücken gibt es jetzt eine Videoaufzeichnung. Alle Gruppen, die selbst einmal das Medium Theater ausprobieren wollen, können aus diesem Video lernen, mit welchen einfachen Mitteln man auch kompliziertere Sachverhalte unterhaltsam "rüberbringen" kann.

Kosten: 10,- DM Entleihgebühr pro Woche + Porto. Bestelladresse: Andreas Rister (terre des hommes-Geschäftsstelle), Postfach 4126, 4500 Osnabrück. Cassettensystem: VHS. Gesamtdauer: circa 30 Minuten.

Warnung: Der Bundesrüstungsexportminister weist darauf hin, daß die in den Stücken gezeigten Tatsachen zwar wahr sind, die Darsteller sind aber nicht ganz echt!



Begräbnis von Opfern eines südafrikanischen Überfalls, unter ihnen im Exil lebende ANC-Mitglieder

Joachim Becker

Lesotho – Opfer der „Pax Pretoriana“

„Südafrika hat von der Regierung Lesothos Gespräche über Sicherheitsübereinkommen zwischen den beiden Ländern verlangt, aber sollen sie doch erst mit Oliver Tambo und Nelson Mandela sprechen“, erklärte Lesothos Premier Leabua Jonathan nach der Ermordung von 9 Personen, darunter sechs Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), durch ein aus Südafrika kommendes Kommando im Dezember letzten Jahres.¹

Das widerspenstige Verhalten der Regierung Lesothos war das Apartheidregime nun endgültig leid. Weder die Asylgewährung für südafrikanische Flüchtlinge, darunter auch ANC-Mitglieder, noch die seit 1983 stark verbesserten Beziehungen Lesothos zu sozialistischen Ländern waren nach dem Geschmack Pretorias.

Auslöser Grenzblockade

Am 1. Januar d.J. verhängte Südafrika eine Grenzblockade gegen Lesotho, das völlig von Südafrika umschlossen ist. Ein immer stärkerer Mangel an Nahrungsmitteln, Medikamenten und Treibstoff war die unvermeidliche Folge. Die Blockade brachte Differenzen innerhalb der konservativen regierenden Basotho Nationalpartei (BNP) und der Paramilitärischen Streitkräfte (PMF) über die Politik gegenüber Südafrika voll zum

Ausbruch.

Bereits am 15. Januar wurde der Regierungssitz von der PMF umstellt. Am 17. Januar, als der Chef der PMF, Justin Lekhanya, gerade zu Gesprächen über eine Lösung des Konflikts mit Südafrika in Pretoria weilte, kam es zu einer erfolglosen Meuterei gegen die konservative Militärspitze. Hierin war auch die Jugendliga der BNP, die für eine harte Haltung gegenüber Südafrika eintrat, verwickelt. Am Morgen des 20. Januar meldete Radio Lesotho, die Regierung Leabua Jonathans sei gestürzt.

Leiter des jetzt regierenden Militärrats ist Justin Lekhanya. Südafrika lockerte sofort die Blockade und nahm Gespräche mit der neuen Regierung auf.² Am 23.1.1986 gab die Regierung Lesothos bekannt, alle südafrikanischen Flüchtlinge würden in Drittländer ausgewiesen; dies war Bedingung Südafrikas für die Aufhebung der Blockade.³

Jonathan verdankte seine Regierungsübernahme 1965 der Unterstützung Südafrikas, Großbritanniens und der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU, die damals einen Wahlsieg der fortschrittlichen Basutoland Kongreßpartei (BCP) mit ihrer breiten Anhängerschaft unter (Wander-)Arbeitern, Bauern und der Intelligenz fürchteten. Als sich bei den Wahlen von 1970 eine Niederlage der konservativen BNP Jonathans, Vertreterin der schwachen Bourgeoisie Lesothos

und der Chiefs (Stammeshäuptlinge; d. Red.) sowie stark von der katholischen Kirche unterstützt, abzeichnete, putschte Jonathan auf Anraten des Vertreters der Adenauer-Stiftung in Maseru, Dr. O. Bamhauer (vgl. AIB 2/1983, S.8). Die PMF wurde in der Folgezeit von einem von Südafrika abgestellten Offizier geleitet.⁴ Jonathan verbot die BCP, die für eine radikale Loslösung von Südafrika und eine Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika eintrat, und die Kommunistische Partei.

1973 kooptierte er einen kleinen Teil der BCP, ging jedoch gegen den Rest nach einer angeblichen Verschwörung mit eiserner Faust vor. Im Exil spaltete sich die BCP bis zur Unkenntlichkeit.

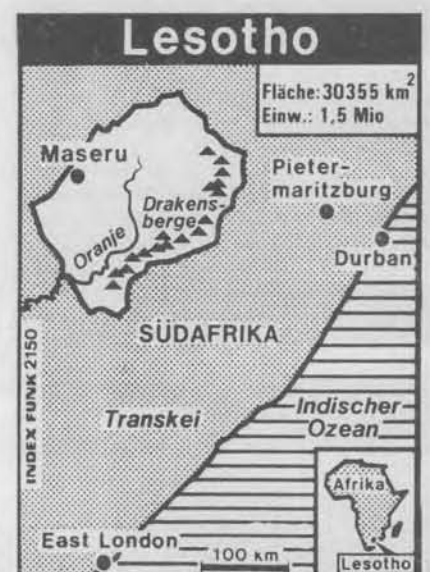
Um ihr angeschlagenes Ansehen im In- und Ausland aufzubessern, veränderte die Regierung Lesothos 1973 ihre Politik gegenüber Flüchtlingen aus Südafrika. Diese wurden jetzt aufgenommen und nicht mehr wie früher abgeschoben.

1976 weigerte sich Lesotho auch, die „Unabhängigkeit“ des südafrikanischen Homelands Transkei anzuerkennen, woraufhin die Transkei die Grenze schloß.⁵ In den 80er Jahren versuchte Südafrika dann durch Druck in der Zollunion – Lesotho zieht 56% seiner Staatseinnahmen aus den Zolleinkünften – Lesotho zur Anerkennung der Homelands zu zwingen.⁶ „Das würde die Union töten. Lesotho würde nicht Teil einer Bantustan-Union sein“, so antwortete Lesothos Informationsminister Desmond Sixishe auf diese Pressionen.⁷

Konfliktfeld Verhältnis zum ANC

Südafrika griff immer wieder zu gezielter wirtschaftlicher Erpressung, um Lesotho auf seine Linie zu zwingen. Der Hauptkonflikt ging hierbei um Lesothos gutes Verhältnis zum ANC.

Wirtschaftliche Druckmittel gegen Lesotho hat Südafrika zuhauf. Lesotho wurde in der Kolonialzeit zu einem Arbeitskräftereservoir für Südafrika unterentwickelt. 1984 waren 138.000 Basotho



als Wanderarbeiter in Südafrika, aber nur 60.000 im eigenen Land beschäftigt;⁸ die Überweisungen der Wanderarbeiter tragen 42% zum Volkseinkommen bei. 95% des Imports kommen aus Südafrika, darunter die Hälfte der Lebensmittel.⁹ Der Außenhandel muß über Südafrika abgewickelt werden. Immer wieder verhängte Südafrika Sanktionen gegen Lesotho. So wurde 1983 die Grenze blockiert, so wurde ein Hubschrauber, der für die Nahrungsmittelverteilung während der Dürre eingesetzt werden sollte, 1984 in Durban festgehalten.

Das gleiche Schicksal ereilte Militärgerät, das die Südafrikaner gleich für 2 Jahre beschlagnahmten.¹⁰ Südafrika verzögerte auch die Verhandlungen über ein Was-



Gestürzter Präsident Jonathan

serprojekt gigantischen Ausmaßes, das Südafrikas Wasserversorgung verbessern und zur Elektrizitätserzeugung und Bewässerung in Lesotho beitragen soll. Von diesem Projekt, an dem auch bundesdeutsche Firmen beteiligt sind, verspricht sich Lesotho Deviseneinnahmen.

Das konservative Lesotho ist allerdings ein Großempfänger westlicher „Entwicklungshilfe“ — als Alibi für die mangelnde westliche Unterstützung für die Frontstaaten und den Befreiungskampf in Südafrika.¹¹

Aber Südafrika übt auch militärischen Druck auf Lesotho aus.

Im Mai 1979 begannen die Anschläge einer Lesotho Befreiungsarmee (LLA), dem bewaffneten Arm der BCP-Gruppe Ntsu Mokhehes. Diese erfreut sich südafrikanischer Unterstützung. Immer dann, wenn Südafrika mit Lesothos Kurs besonders unzufrieden war, nahmen die Anschläge der LLA drastisch zu. Sie richteten sich gegen Politiker, wirtschaftliche und soziale Einrichtungen.¹²

Im Dezember 1982 verübten südafrikanische Truppen selbst ein Massaker an 42 Personen, darunter 30 südafrikanischen Flüchtlingen, in Lesotho (vgl. AIB 2/1983, S.7). In den folgenden Monaten setzte Südafrika Lesotho unter fürchterlichen Druck. Der ANC flog dann einige seiner Mitglieder in andere Staaten aus.¹³

Der traditionell sehr prowestliche Jonathan beschuldigte die USA, Südafrika bei seiner Destabilisierung zu ermutigen.¹⁴ 1983 verbesserte Lesotho die Beziehungen mit sozialistischen Ländern stark, die UdSSR, China und die VDR Korea eröffneten Botschaften in Lesotho. Daraufhin trat C. Molapo, ein enger Vertrauter Jonathans, als Minister zurück.¹⁵ In den Augen Südafrikas verlängerte die Regierung Lesothos so ihr Sündenregister um einen weiteren Punkt.

1984 erweiterte das Apartheidregime nicht nur seine Wunschliste um einen weiteren Punkt — dem Abschluß eines Sicherheitsabkommens, das der Anwesenheit von ANC-Flüchtlingen ein Ende setzen soll —, sondern auch ihre Einmischung um eine Variante. Als die schon mehrfach angekündigten Wahlen in greifbare Nähe rückten, trafen sich in einem Gästehaus der südafrikanischen Regierung in Pretoria am 6.1.1984 mehrere Oppositionspolitiker aus Lesotho, der südafrikanische Außenminister R. Botha und der südafrikanische Chef der Sicherheitspolizei, um die Basotho Demokratische Allianz (BDA) zu gründen.¹⁶

„Herr Botha bot finanzielle Unterstützung an und diskutierte, nach Angaben

eines Teilnehmers, sogar die Möglichkeit direkter südafrikanischer Intervention, sofern es Chief Jonathan gelingen sollte, sich an der Macht zu halten“, berichtete die Times am 23.4.1984. Die rechte BDA, an der auch besagter C. Molapo beteiligt war, war ein Flop.

Die zerstrittenen Oppositionsparteien nahmen an den für den 17./18. September 1985 angesetzten Wahlen geschlossen nicht teil. Sie erklärten L. Jonathan habe es für sie schwierig gemacht, Kandidaten aufzustellen.¹⁷

Ende 1985 mußte das Apartheidregime resümieren, daß alle seine Pressionen in Lesotho noch kein greifbares Ergebnis gebracht hatten.

Am 1. Januar d.J. erließ es dann die Blockade mit dem bekannten Ergebnis. Lesothos Regierung ist Opfer von Südafrikas Vorstellungen einer „Pax Pretoriana“ geworden.

Anmerkungen:

- 1) Guardian (G), London, 3.1.1986
- 2) Zum Putsch: Le Monde, Paris, 21.1.1986; Frankfurter Rundschau (FR), 21.1.1986; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 20.1.1986; taz, 21./22.1.1986; Süddeutsche Zeitung, 21./22.1.1986
- 3) Hessischer Rundfunk 1, 22-Uhr-Nachrichten, 23.1.1986
- 4) Observer, London, 8.4.1984
- 5) AIB 2/1983, S.8; Resister, 12/1984-1/1985
- 6) Third World Affairs 1985; informationsdienst südliches afrika (issa), Bonn, Nr. 1/1985
- 7) Africa, London, August 1985
- 8) Financial Mail, Johannesburg, 1.11.1985; New African, London, November 1985
- 9) Third World Affairs 1985; issa, Nr. 1/1985
- 10) Vgl. G, 3.8.1983; Observer, 14.8.1983; IHT, 5.10.1983; Lesotho National Radio, 31.7.1984; issa, Nr. 1/1985
- 11) issa, Nr. 1/1985
- 12) Vgl. z.B. Africa, Juni 1982; AIB 2/1983, S.9; New African, März 1983; Resister, 12/1984-1/1985
- 13) Vgl. G, 7.9.1983, 9.9.1983; Times, 10.9.1983
- 14) IHT, 26.9.1983
- 15) G, 14.7.1983
- 16) Vgl. Rand Daily Mail, Johannesburg, 10.2.1984; Observer, 8.4.1984; Times, 23.4.1984
- 17) SA Report, 23.8.1985; vgl. auch: G, 15.8.1985

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8/Dezember 1985

Schwerpunkt: Gewerkschaften in Südafrika ● In Südafrika wurde die große Einheitsgewerkschaft gegründet. In einem ausführlichen Artikel wird die Gründung der COSATU analysiert ● COSATU-Resolution zu Desinvestment ● Positionspapier der SACTU ● Gewerkschaften und Widerstand ● Ich arbeite für drei Männer ● Verfolgung von Gewerkschaftern ● Gewerkschaften gegen Apartheid — Beschlüsse und Meinungsbilder ● Kampagne der IGBE: Jugend ● Südafrikas Vertragsbruch gegenüber Mosambik
 Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
 Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn I

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 98-99/Dezember 1985

Schwerpunkt: Frauen in der Dritten Welt, Frauen hier ● Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz von Nairobi ● Rundreise von Nawal El Saadawi ● Protokoll des BUKO-Frauen-Seminars ● Selbstdarstellung von Gruppen, die zu Frauen und Dritte Welt arbeiten ● Protokoll BUKO-Vorbereitungseminar ● Propaganda gegen Nicaragua ● Pharma-Kampagne ● Rüstungsexportkampagne ● Agro-Koordination ● Kultur
 Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
 Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Blätter des iz3w, Nr. 130/Dezember 1985

Schwerpunkt: Mikroelektronik und Dritte Welt ● Mikroelektronik, Internationale Arbeitsteilung und Differenzierung der Dritten Welt ● Nachrichten und Berichte: Atombombentestes ● Naher Osten ● Außerdem: Singapur: Wohnrecht statt Streikrecht ● Iran: Ausverkauf des „Schwarzen Goldes“ ● Warnke auf den Philippinen ● Kolumbien ● Auf dem Weg zur Bombe ● Gastfreundschaft auf chilenisch ● Leben von Tortillas und Bohnen
 Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM
 Bezug: Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, 7800 Freiburg



Regine Meyer
Brief aus Nikaragua
Wem nutzen Zensur
und Streikverbot?

Das Jahr 1986 begann für Nikaragua mit einigen Lichtblicken. Durch eine bessere Ausbildung der Armee, den Aufbau von Spezialeinheiten und Territorialmilizen und den Einsatz neuer Waffen (wie dem Kampfhubschrauber Mi-24) konnte der Contra eine strategische Niederlage zugefügt werden.

Bei Gefechten wurden 4.608 Söldner getötet. Auf Regierungsseite waren insgesamt 1.143 Tote zu beklagen. Das Ziel der Contras, bestimmte Gebiete zu kontrollieren, ist in weite Ferne gerückt. Sie sind nur noch in der Lage, in kleinen Gruppen zu operieren, die sich vor allem auf das Verbreiten von Terror und die Durchführung von Sabotage verlegt haben. Die Kämpfe im Süden sind fast vollständig zum Erliegen gekommen. Der Aufbau eines konterrevolutionären Netzes in den Städten wurde u.a. mit der erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes großteils verhindert.

Diese Entwicklung ist Grund genug für die Reagan-Administration, den Kongreß zur Bewilligung einer Hilfe von 100 Mio Dollar (1985: 27 Mio) für die Contras zu drängen. „Entweder wir geben der nikaraguanischen demokratischen Opposition die Hilfe, die sie braucht“, so der Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams, „oder es gibt nur zwei andere gangbare Wege. Man kann amerikanische militärische Mittel einsetzen, was das letzte ist, was wir wollen, oder wir können uns ergeben, was, so meine ich, nicht für die Administration sondern auch für den Kongreß inakzeptabel ist.“ Die Niederhaltung der Contras wird vor allem, wenn sie eine verstärkte Hilfe aus Washington erhalten, weiterhin umfangreiche Mittel erfordern. Vor allem deshalb ist nicht mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu rechnen. Einen Hoffnungsschimmer stellt lediglich die Kaffeecernte dar, die bei gestiegenen Preisen auf dem Weltmarkt, das erwartete Außenhandelsdefizit von ca. 500 Mio Dollar etwas verringern wird.

Über die innenpolitische und wirtschaftliche Lage sowie über die Gründe, die im Rahmen des Ausnahmezustands zur Verschärfung der Pressezensur und zur Aussetzung des Streikrechts geführt haben, berichtet Regine Meyer in einem Brief aus Nikaragua. Regine Meyer hält sich seit Mitte 1985 in Nikaragua auf.

Durch die Einführung des Ausnahmezustands hat sich nichts an unserem täglichen Leben geändert. Es ist vielmehr deutlich geworden, daß die meisten Bestimmungen des Ausnahmezustands Regelungen betreffen, die in der BRD ohnehin gang und gäbe und zum großen Teil im Polizeirecht festgeschrieben sind. Da sind z.B. die Anmeldung von Demonstrationen und Veranstaltungen unter freiem Himmel oder die Einschreibung von Organisationen, ebenso die Möglichkeit, bei Gefahr im Verzuge Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl vornehmen zu können.

Ausnahmezustand gegen Contras

Im übrigen beziehen sich die juristischen Ausnahmeregelungen nur auf Staatssicherheitsdelikte, also auf die Tätigkeit der Contra, nicht auf „normale“ Kriminalität.

Es gibt hier weder Ausgangssperren noch generelle Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (wenn in einem Gebiet gerade schwere Kämpfe sind, kommt man als Zivilist natürlich nicht rein, aber das versteht sich wohl von selbst) noch ist die Bevölkerung in irgendeiner Weise in ihren wirtschaftlichen oder privaten Aktivitäten eingeschränkt. Bei einer nüchternen Prüfung der Bestimmungen des Ausnahmezustands bleiben schließlich zwei übrig, die nach unseren Maßstäben schwerwiegend sind, und zwar das Streikverbot und die Pressezensur.

Ich als Gewerkschafterin bin die letzte, die beides verteidigen würde; andererseits erlebe ich hier am eigenen Leibe die Umstände, die die sandinistische Regierung zur Erklärung des Ausnahmezustands veranlaßt haben – sie hat das schließlich nicht aus freien Stücken getan, sondern unter dem Druck eines aufgezogenen Krieges und einer schweren Wirtschaftskrise. Deshalb kann ich zumindest ihre Argumente und Befürchtungen nachvollziehen und sehe nicht mehr alles durch die Brille der technisch und industriell hochentwickelten, kapitalistischen Bundesrepublik.

Was die Kritiker vergessen, ist, was es bedeutet, daß in einem Land Krieg geführt wird, daß täglich Menschen umgebracht werden, daß täglich schwere wirtschaftliche Schäden von der Contra angerichtet werden.

Kein Land der Welt würde unter diesen Umständen erlauben, daß die Opposition militärische Information – oder auch Desinformation – frei verbreiten darf. Punkt 2 ist, daß die Sandinistas nicht vergessen haben, welche entscheidende Rolle in Chile die Oppositionszeitung „El Mercurio“ (mit Hilfe des CIA) beim Sturz der Regierung Allende gespielt hat.

Daß sie eine Wiederholung vermeiden wollen, ist ihnen wohl nicht zu verdenken. Deshalb ist es vollkommen klar, daß die Zensur alles streicht, was zur Sabotierung des Wehrdienstes und der Verteidigung geeignet ist (das gilt nicht nur für die Zeitungen, sondern auch für die Priester und Pfarrer, die von der Kanzel aus Propaganda gegen die Wehrpflicht machen) und alles, was Panik auslösen, die Produktion sabotieren oder die Spekulation anheizen könnte.

Auf der anderen Seite dürft Ihr Euch das nun keineswegs so vorstellen, daß hier kein kritisches Wort oder gar keine oppositionelle Meinung veröffentlicht würde. Im Gegenteil: Ich wundere mich oft, daß in der Oppositionszeitung „La Prensa“ seitenweise Lobeshymnen auf Reagan erscheinen oder antikommunistische Hetzartikel, ohne daß die Zensur einschreitet.

Bei der Pressezensur muß man außerdem die Selbstzensur von „La Prensa“ berücksichtigen, die darin besteht, daß sie über wichtige nationale Ereignisse wie z.B. den Revolutionstag am 19. Juli gar nicht oder mit erheblicher Verspätung berichtet, von der Tendenz ganz zu schweigen. Gelegentlich erscheint sie auch gar nicht, aber nicht weil sie verboten worden wäre, sondern aus freien Stücken — wobei sie natürlich den Eindruck zu erwecken versucht, sie sei verboten worden.

Selbstzensur bei „La Prensa“

Trotz Pressezensur bekommen wir hier keineswegs eine fade Einheitsmeinung vorgesetzt, jedenfalls was „Barricada“, die Zeitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), „El Nuevo Diario“, die regierungsfreundliche, aber nicht parteigebundene Zeitung und die Fernsehnachrichten angeht. „La Prensa“ ist in der Tat langweilig, aber mehr wegen der Selbstzensur als wegen der Zensur. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf Kirchenklatsch (alles was der Kardinal Obando y Bravo tut

Der Ausnahmezustand soll mit dazu beitragen, Sabotageakte wie den gegen dieses Getreidelager zu verhindern



Angeblich politische Gefangene: Somozisten, Contras und ihre Helfershelfer

oder läßt mit Bildern), Gesellschaftsklatsch à la Grünes Blatt und Antikommunismus.

Dagegen bemühen sich die beiden anderen Zeitungen sehr, Forum ihrer Leser zu werden. Sie bringen ständig kritische Berichte über Mißstände und greifen auch zunehmend Kontroversen auf.

Seit einigen Wochen läuft beispielsweise in „Barricada“ eine heftige Kampagne für die Freigabe der Abtreibung, nachdem eine Untersuchung im Frauenkrankenhaus hier in Managua ergeben hat, daß 45% der Einweisungen aufgrund der Folgen illegaler Abtreibungen erfolgen und die Abtreibung durch Kurfuscher Ursache Nr. 1 der Müttersterblichkeit ist.

Die Abtreibung ist hier immer noch verboten, das Gesetz wird aber nicht mehr angewendet. Dies hat allerdings zur Folge, daß in den staatlichen Krankenhäusern auch keine legalen Abtreibungen praktiziert werden können, so daß die Privatärzte nach wie vor ihre Geschäfte machen und die armen Frauen zu den Engelmacherinnen gehen (in der Untersuchung 10% Sterblichkeitsquote). Dies ist umso mehr der Fall, als es infolge des US-Embargos und der Devisenknappheit keine oder fast keine Verhütungsmittel gibt.

Ihr könnt Euch sicher vorstellen, daß das Thema in einem so zutiefst katholischen Land wie Nikaragua ein ganz schön heißes Eisen ist, und genau das wird in der FSLN-Zeitung in aller Breite dargestellt.

Was das Streikverbot angeht, muß man neben dem allgegenwärtigen Krieg, zwei Umstände berücksichtigen: die tiefe

Wirtschaftskrise und die Tatsache, daß wir hier ja keinen reinrassigen Kapitalismus mehr haben, sondern eine gemischte Wirtschaft.

Die Arbeiter und die Gewerkschaften haben sowohl in Staats- und Kollektiv- als auch in Privatbetrieben eine Menge echte Mitbestimmungsrechte, so daß sie nicht mehr unbedingt auf den Streik angewiesen sind, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Das heißt natürlich nicht, daß es hier in den Betrieben keine Konflikte gäbe. Da gibt es immer noch Vorgesetzte, die nicht begriffen haben, daß hier eine Revolution stattgefunden hat; da gibt es vor allem Bürokraten, die mit ihrem Papierkrieg den Betrieb aufhalten; da gibt es Vetternwirtschaft und Korruption, und vor allem die ganzen tagtäglichen Probleme, die ihr alle kennt: falsche Eingruppierung, die Löhne reichen vorne und hinten nicht, das Essen ist schlecht, die Preise im Gewerkschaftsladen sind zu hoch usw.

Mitbestimmung statt Streik

So berechtigt die Forderungen und Beschwerden der Arbeiter sind, unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft, die wir hier haben, mit einem dramatischen Warenmangel, geringer Produktivität, galoppierender Inflation und offenem oder verdecktem Boykott von Teilen der Privatunternehmer, sind Streiks effektiv nicht das Mittel, um die Probleme zu lösen. Jede weitere Verknappung des Warenangebots würde die Preise noch mehr in die Höhe treiben und vor allem

Helmut Frenz

Wie verlässlich ist unsere Solidarität ?

Wie oft bin ich in den vergangenen Tagen und Wochen von Mitgliedern der Solidaritätsbewegung, von Freunden und alten Kampfgefährten angerufen worden mit der Frage: Was hältst du denn nun von den Sandinisten? Müssen wir jetzt nicht doch auf Distanz gehen und kritischer werden? Was die Sandinisten jetzt machen, das geht doch wirklich zu weit! Ich weiß wirklich nicht mehr, wie ich die Sandinisten hier verteidigen soll, denn die Einführung der Pressezensur, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, das Verbot zu streiken; und dann angeblich die vielen politischen Gefangenen, die politische Unterdrückung, das alles stellt meine Solidarität mit Nicaragua auf eine harte Probe, wenn nicht gar in Frage!

Allen habe ich klar und eindeutig, emotional und beschwörend zugerufen:

Freunde, gerade jetzt heißt es, Solidarität zu beweisen!!!

Was ist das für eine Solidarität, die Bestand hat, solange alles nach meinen Vorstellungen, nach meinen Wünschen und Träumen geht, die aber in sich zusammenbricht, wenn wir unter Druck geraten, wenn wir unter Beschuß genommen werden, wenn wir verleumdet werden, wenn das Ziel uns weiter entruckt wird?

Solidarisch sein heißt ganz einfach – ich stehe für dich ein. Ich bin solide; du kannst dich auf mich verlassen.

Wie verlässlich unsere Solidarität mit den unterdrückten Völkern Mittelamerikas ist, muß

sich gerade in dieser schweren Zeit zeigen. Schwer ist diese Zeit deshalb, weil der militärische Druck in Mittelamerika von seiten der Regierung in USA zugenommen hat. Schwieriger ist die Situation für Nicaragua geworden, weil der wirtschaftliche Boykott begonnen hat. Unsicherheit greift auch bei uns um sich, weil die Propagandamaschine von Heiner Geißler eine große Diffamierungs- und Verleumdungskampagne gegenüber den Sandinisten inszeniert hat. Dadurch gerät meine Solidarität mit Nicaragua nicht ins Wanken. Im Gegenteil, die Unterdrückungspolitik Reagans und der Propagandafeldzug Heiner Geißlers werden es an den Tag bringen, wie solide, wie zuverlässig, wie fest, wie ausdauernd und wie treu unsere Solidarität ist.

Wir haben uns doch nicht aus einer Laune heraus mit den unterdrückten Völkern Lateinamerikas solidarisch erklärt! Wir sind solidarisch, weil wir erkannt haben, daß die unterdrückten Völker das Recht haben, sich aus dem Würgegriff des US-Imperialismus zu befreien. Dieser Würgegriff hat doch nicht nachgelassen; im Gegenteil, er ist fester und todringender geworden als je zuvor. Wer sind wir, daß wir in der Stunde fast unerträglicher Not und Bedrängnis der Regierung in Nicaragua Vorschriften machen wollen, wie sie sich in dieser Situation zu verhalten habe. Woher nehmen wir die Berechtigung, die aktuellen Notstandsmaßnahmen der sandinistischen Regierung mit der Elle des bürgerlichen Kapitalismus und mit den Gewichten unserer Wohlstandsgesellschaft zu bemessen und zu beurteilen?

Unsere Solidarität muß schon grundsätzlich sein und nicht konditionieren durch meine Wünsche und Vorstellungen.

Die Sandinisten haben bewiesen, wieviel ihnen die Freiheit wert ist. Die Freiheit Nicaraguas wird doch nicht von ihnen bedroht. Die Bedrohung geht eindeutig von der US-Regierung aus.

Weil ich Chile, Dominikanische Republik und Grenada nicht vergessen kann, gilt meine Solidarität den Sandinisten.

Pastor Helmut Frenz war Generalsekretär der deutschen Sektion von „amnesty international“ und ist heute Leiter der evangelischen Tagungsstätte Haus am Schüberg.

(Quelle: Frontal, Bonn, Nr. 1/Januar 1986)



Durch schwere Verluste der Contras konnte dieses Jahr die Kaffee-Ernte fast vollständig eingebracht werden

die Arbeiter selber treffen. Und es sind ganz eindeutig die Arbeiter, die nur von ihrem Lohn leben müssen und die armen Bauern, die die Hauptlast des Kriegs tragen, weil sie am meisten unter der Inflation zu leiden haben.

Daß es dennoch keine große Unzufriedenheit gibt (die über das individuelle Schimpfen der Leute hinausgeht), liegt neben der nach wie vor großen Überzeugungskraft der Sandinisten daran, daß es eben in fast jeder Familie mehrere Verdienner gibt, daß es fast immer auch Familienmitglieder gibt, die ganz oder nebenbei im Handel arbeiten und es liegt an dem großen Improvisationstalent der Nicas.

Aber alles Improvisationstalent (Ge-

meinde-Gemüsegärten zur Selbstversorgung, Arbeiter-Erfinderbewegung, Wiederbelebung der Kräutermedizin, Förderung des Sojabohnenkonsums usw.) kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das einzig Wirksame die Erhöhung der internen Produktion zum Eigenverbrauch und der Exportproduktion zur Devisengewinnung ist.

Nur in diesem Zusammenhang ist das Streikverbot zu verstehen. Denn es gibt keinen Zweifel daran, daß die politischen Kräfte, die der Contra nahestehen, Interesse an Wirtschaftssabotage haben, um die Unzufriedenheit zu schüren. Beispielsweise kommt im größten Betrieb, der privaten Rumfabrik Flor de Caña das Manöver eines Vorgesetzten aufgedeckt

werden, der acht Arbeiter entlassen wollte, um damit die Produktion zu stören und eventuell einen Streik zu provozieren.

Klar ist aber auch, daß die sandinistische Polizei niemals mit Gewalt gegen streikende Arbeiter vorgehen würde und das auch bisher niemals getan hat – auch wenn bei Euch in der Presse das Gegenteil behauptet wird! Während der letzten Gültigkeitsdauer des Ausnahmezustands mit Streikverbot (1982-84) gab es mehrfach Streiks, ohne das es zu Polizeieinsätzen gekommen wäre, wie wir sie bedauerlicherweise aus der BRD kennen. Die Analyse der Wirtschaftslage ist nüchtern und unerfreulich, und die kommenden Jahre hier werden alles andere als ein Spaziergang. Die Regierung steht vor der außerordentlich schwierigen Aufgabe, die aus den Fugen geratene Wirtschaft mit dem riesigen Defizit, US-Embargo, den Verteidigungskosten und der Unterentwicklung wieder einigermaßen ins Lot zu bringen, ohne die Lasten alle auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen und Arbeitslosigkeit zu verursachen, wie das Weltwährungsfonds in anderen Entwicklungsländern tut.

Die Maßnahmen sind im wesentlichen: Ankurbelung der Produktion über Preisreize für die Agrarproduzenten, auch in Dollars, um die Exportproduktion sicherzustellen; gleichzeitig Lohnerhöhungen für die Pflücker und zusätzliche Lohnreize.

Kaffeernte gesichert

Damit scheint in diesem Jahr die Einbringung der Kaffeernte im großen und ganzen sichergestellt zu sein, nachdem zuvor die Kaffeegebiete militärisch weitgehend gesichert worden sind.

In den Betrieben werden neben den schon erwähnten Maßnahmen zur Sicherung der Kaufkraft Maßnahmen zu einer neuen Normierung der Arbeit getroffen in Verbindung mit Lohnreizen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen – diese Maßnahmen kommen allerdings nur sehr langsam voran.

Insgesamt also wenig rosige Aussichten. Aber das Konzept der „Überlebenswirtschaft“ scheint, soweit man es bis jetzt beurteilen kann, zu funktionieren. Mit den ergriffenen Maßnahmen sind immerhin die Voraussetzungen geschaffen, um die bisherigen Errungenschaften zu verteidigen, auch wenn das Entwicklungstempo viel langsamer fortschreiten wird als in den ersten Jahren – wenn es nicht bald gelingt, die USA an der Fortführung des Kriegs zu hindern.

Umso größer ist unsere Verpflichtung, die Solidaritätsarbeit auf allen Ebenen fortzusetzen.

Arno Armgort Stürzt Pinochet 1986 ?

Der Generalsekretär der chilenischen Demokratischen Volksbewegung (MDP), José Sanfuentes, der am 7.1.1986 zusammen mit Reinaldo Saez und Rafael Marotto, beide ebenfalls Mitglieder der nationalen Leitung der MDP, Bremen besuchte, äußerte sich sehr optimistisch: „1986 soll das Jahr des Sturzes der Diktatur durch die Demokratie werden“, sagte er auf einem Treffen mit Vertretern der Solidaritätsbewegung und Exil-Chilenen in Bremen, einer von mehreren Stationen einer Europa-Reise der Delegation.

Die MDP ist der Zusammenschluß der chilenischen Linken, die die Kommunistische Partei Chiles (PCC), die Revolutionäre Bewegung der Linken (MIR), die Einheitliche Volksaktion der Bauern und Arbeiter (MAPU-OC) und mehrere Flügel der sozialistischen Partei umfaßt. Im Februar 1984 entstanden, hat sie sich schnell zu einer führenden Kraft der chilenischen Opposition entwickelt. So verfügt die MDP z.B. über die Mehrheit in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Unter den Bewohnern der Armenviertel und Slums, den sog. Pobladores, spielt sie ebenfalls die führende Rolle, genau wie an den Hochschulen des Landes, wo die Linkskräfte stärker sind als selbst zur Zeit der Unidad Popular unter Allende (bei den letzten Studentenratswahlen konnten die Kandidaten der MDP 40% der Stimmen auf sich vereinigen). Auch in der Organisation der Bauern übt die MDP einen entscheidenden Einfluß aus,



Vertreter der MDP-Nationalleitung bei ihrer BRD-Rundreise: J. Sanfuentes (Generalsekretär, r.) und R. Marotto

besonders bei den Mapuche-Indianern. Die Analyse der vergangenen Monate und die sich daraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten der chilenischen Opposition, die die MDP im Dezember 1985 gemeinsam und übereinstimmend erarbeitet hat, bildet eine solide Grundlage für den Optimismus der MDP-Vertreter.

Die wirtschaftliche und soziale Krise in Chile erfaßt heute alle Kreise der Bevölkerung, ausgenommen die kleine Gruppe der unmittelbar mit der Diktatur Verbundenen. 1 Mio Arbeitslose (30%) und 1,4 Mio der Beschäftigten, deren Lohn noch unter dem Existenzminimum liegt, kennzeichnen die Lage der werktätigen Bevölkerung Chiles.

Selbst die Kreise, die 1973 den blutigen Putsch unterstützten, wie z.B. die Fuhrunternehmer, wurden nicht von der Krise verschont. 40% der Fuhrunternehmer haben keine feste Arbeit mehr, fast 70% sind so verschuldet, daß ihr Eigentum eigentlich den Banken gehört.

Heute steht ihre Organisation, der Verband der Fuhrunternehmer, ebenfalls in den Reihen der Opposition.

Neben dieser dramatischen Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen ist mit dem Anwachsen der Opposition gegen die Diktatur auch die politische Repression wieder verschärft worden. So gab es 1984 über 200 Verhaftungen, fünf Morde und 12 Verbannungen pro Monat(!).

Aber die Zeiten, in denen die Unterdrückung das Volk lähmte, sind vorbei, „das Volk ist aufgestanden, auf jeden Schlag von oben antwortet das Volk inzwischen mit einem Gegenschlag“. So hat die Opposition am 21.11.1985 die größte Kundgebung in der Geschichte Chiles organisiert.

Gegenschläge des Volkes

Nach Auffassung der MDP ist die augenblickliche Massenbewegung gegen Pinochet durch drei charakteristische Faktoren gekennzeichnet. Erstens spielt die Arbeiter- und Volksbewegung die führende Rolle in ihr. Zweitens ist jeder neue Ausbruch der Bewegung heftiger und vielfältiger in den Kampfformen. Die Kampfaktionen haben im letzten Jahr ständig zugenommen, und ihre soziale Basis hat sich erweitert. Vor allem in den Armenvierteln haben sich Selbstverteidigungskomitees konstituiert, die sich weiterentwickeln und deren Aktivitäten an Bedeutung zunehmen.

Und drittens setzt sich in den Aktionen „von unten“ immer mehr die Einheit der Opposition durch, auch wenn es gerade in diesem Bereich noch Schwächen gibt, deren Aufhebung eine notwendige Voraussetzung für den Sieg der Demokratie bildet.

Auch in den Berufsorganisationen der Mittelschichten, die ebenfalls immer stärker von der Krise betroffen sind, hat der Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik der Diktatur zugenommen. So haben die Ärzte-, Händler- und Fuhrunternehmervereinigungen Streiks organisiert und sich damit in direkte Konfrontation mit Pinochet begeben.

Auch in den Berufsorganisationen der Mittelschichten, die ebenfalls immer stärker von der Krise betroffen sind, hat der Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik der Diktatur zugenommen. So haben die Ärzte-, Händler- und Fuhr-

Bislang größte oppositionelle Kundgebung von Hunderttausenden im November 1985 in Santiago



WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Nr. 28, Februar 1986

Schwerpunkt: Äußerer Zwang - Innere Einstellung - Industriearbeit im Wandel * Vom blauen Montag zum freien Samstag * Synchronisierung der Arbeit * Frauenarbeit: Die andere Seite der Industrialisierung * Zur Geschichte der Automobilarbeiter * Kein Ende der Arbeitsteilung * Thesen von Kern/Schumann * Rationalisierungsverlierer - und wer gewinnt? *

Weitere Themen: Physik in Nicaragua * Norddeutsche Affinerie * Führt die moderne Physik zu Magie und Astrologie? * Bildungsarbeit mit jungen Angestellten * Personalinformationssysteme à la Zuse * Von Pufferküssern und anderen Eisenbahnfans *

Bitte kostenloses Probeheft anfordern!

Bestellungen an **WECHSELWIRKUNG**

Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)

DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

unternehmervereinigungen Streiks organisiert und sich damit in direkte Konfrontation mit Pinochet begeben.

Auch in dieser Hinsicht geben sich die MDP-Vertreter optimistisch. Es wurde betont, daß ein Sieg der Demokratie ohne die Christdemokratie, die führende Kraft im bürgerlichen Oppositionsbündnis Demokratische Allianz (AD), nicht möglich ist. Es wurde aber gleichzeitig betont, daß dies genauso für die MDP zutrifft.

Einheitstrends der Opposition

Als positives Anzeichen für eine dynamische Entwicklung der Einheitsbestrebungen wurde die Tatsache angeführt, daß das Projekt der AD, der „Nationalen Übereinkunft“, an der unflexiblen Haltung Pinochets gescheitert ist.

Dies und die Tatsache, daß die Protesttage im November 1985, zu denen die Organisationen der AD nicht aufgerufen hatten, um ihr Projekt nicht zu „gefährden“, trotzdem zur breitesten Mobilisierung des Volkes geführt hatten, gibt der MDP Anlaß zu der Hoffnung: die Kräfte in der Christdemokratie und der AD, die für ein Bündnis aller oppositionellen Kräfte eintreten, machen Boden gut. Ziel der MPD ist jedenfalls die Zusam-

signencia de democrática) entstanden. In ihr haben sich neben der MDP alle anderen Kräfte der Linken, die Linke der Radikalen Partei, bekannte Einzelpersonen, sogar ehemalige Putschanhänger, die Republikanische Rechte zusammengefunden. Die Linke der DC ist zwar offiziell nicht vertreten, hat aber nach Aussagen der MDP-Vertreter ihre Sympathie bekundet.

Ein weiteres Moment der Stärke der Opposition ist die Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Militärs, der letzten Stütze der Diktatur. Auch wenn es bis jetzt noch nicht zu einer Spaltung kam, nimmt doch die Unzufriedenheit mit der Linie Pinochets zu.

Diese Faktoren belegen, daß es sich bei der von der MDP vorgeschlagenen Perspektive für 1986 nicht um irrealen Wunschdenken handelt, sondern um realistische, wenn auch nicht zwingende Entwicklungsmöglichkeiten. Auf jeden Fall geht die MDP davon aus, daß 1986 das Jahr der Entscheidung sein wird. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die von der Delegation vorgetragene Aufforderung an die exilierten chilenischen Genossen, jetzt zurückzukehren.

Die MDP hat dem chilenischen Volk ein 12-Punkte-Minimalprogramm für eine demokratische provisorische Regierung vorgelegt, auf das sich die gesamte Oppo-



Kirchlich geförderte Suppenküche für Mittellose in Santiago

menfassung aller antidiktatorischen Kräfte, ohne den Ausschluß einer Kraft. Und das Prestige der MDP rührt nach ihrer Selbsteinschätzung vor allem von zwei Faktoren her: erstens der unbeirrten Opposition gegen die Diktatur und zweitens der ständigen Suche nach der Einheit aller Oppositionskräfte.

Anzeichen dafür gibt es schon. So ist neben den beiden Oppositionsblöcken eine von der MDP initiierte Bewegung der „unduldsamen Demokratie“ (intran-

sition einigen könnte. Geplant ist die Initiierung von lokalen und regionalen Kampfaktionen der unterschiedlichen Sektoren, die Ende März/Anfang April d.J. zu einem landesweiten und unbefristeten Generalstreik zusammengefaßt werden sollen.

Darauf haben sich die wichtigsten fortschrittlichen Kräfte der Opposition schon geeinigt, die anderen Sektoren der Opposition sollen bis dahin ebenfalls von dieser Orientierung überzeugt werden.



Katja Maurer

Alle sollten wir Königinnen sein Chiles Frauenbewegung

Das eigenständige Auftreten der Frauen ist, anders als in Westeuropa, in den Ländern der Dritten Welt noch keine Selbstverständlichkeit. Auch in Chile, einem verhältnismäßig stark industrialisierten Land Südamerikas, war das bis vor kurzem so. Aber mit dem Aufschwung des Volkswiderstands gegen die Pinochet-Diktatur in den 80er Jahren wurde die Selbstaktivität und -organisation der Frauen Chiles zu einer massenhaften Erscheinung. Das unterstrich Ende 1985 eine Demonstration von mehreren tausend Frauen in Santiago, die von „Mujeres por la vida“ (Frauen für das Leben), einem alle Oppositionskräfte einschließenden Zusammenschluß, initiiert worden war. Die Frauen setzen so ein Beispiel der Vereinheitlichung für die gesamte antidiktatorische Opposition Chiles.

Für den 8. März 1986, den internationalen Frauentag, haben die „Mujeres por la vida“ und andere Frauenorganisationen zu einer erneuten Großaktion aufgerufen. Sie ist zugleich der Auftakt der sozialen Mobilisierung der oppositionellen Kräfte für das Jahr 1986, in dem laut dem Linksbündnis MDP (siehe Beitrag von A. Armgort) der Sturz des Generals Pinochet erzwungen werden soll.

Langsam füllt sich die Sporthalle auf der Straße Alcalde Pedro Alarcon. Die meisten Frauen bringen ihre jüngeren Kinder mit. Begrüßungen, Umarmungen – viele kennen sich. Die Kinder auch; sie beginnen im hinteren Teil der Halle zu spielen. Kittelschürze, ausgetretene Schuhe, ständig beschäftigt, die Angelegenheiten in die Hand nehmend, diese Frauen habe ich in Santiago oft getroffen: in den Arbeiter- und Elendsvierteln, den Poblaciones.

Mittlerweile sind etwa 70 Frauen in der Sporthalle eingetroffen. Sie kommen aus den Poblaciones im Süden Santiagos. Einberufen hat die Versammlung die Koordination der chilenischen Frauenbewegung MEMCH '83, die Bewegung für die Emanzipation der chilenischen Frau. Thema ist die Lage der Frauen in

Chile, gemessen an den 1975 von der UNO aufgestellten Grundsätzen.

Nachdem die Neuigkeiten ausgetauscht sind, kann die Versammlung beginnen. María Asunción Bustos, Psychologin und Vertreterin der Frauenorganisation Mudechi (Frauen von Chile), leitet das Treffen. Sie gibt die Stichworte.

Beispiel Gesundheitswesen. Werden die Frauen im Gesundheitswesen stärker benachteiligt als die Männer? Die graduellen Unterschiede, die es gibt, sind für die Frauen kaum noch wahrnehmbar. „Uns geht es allen gleichermaßen dreckig. Am schlimmsten sind die Kinder dran.“

Das Gesundheitswesen ist in Chile wie alle anderen sozialen Einrichtungen zum größten Teil von der Militärdiktatur reprivatisiert worden. Wer wie diese Arbeiterfrauen auf öffentliche Unterstüt-

zung angewiesen ist, weil sie und ihre Männer größtenteils arbeitslos sind (in den Poblaciones beträgt die Arbeitslosenrate 60-70%), kann auf unerschwingliche Arztbesuche oder Medikamente gleich ganz verzichten.

Zu allen Stichworten – Arbeit, Ernährung, Wohnung, Bildung usw. – berichten die Frauen ihre Erfahrungen. Ihre kurzen Schilderungen spiegeln die katastrophalen Verhältnisse wider, unter denen die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung lebt. Zu dem Bild, das sie von Chile zeichnen, gehört nicht nur der soziale Zustand des Landes, sondern auch ihr Aufbegehren.

Die Frauen reden ohne Hemmungen. Weder fürchten sie die gehaßten Pacos, die chilenische Polizei, die ja jeden Augenblick hier auftauchen könnte, noch läßt sie die Anwesenheit von Journalisten mit Kamera und Tonbandgerät zögern.

Die Stimmung unter ihnen ist trotzig. Über ihre Situation klagen, hat für sie keinen Sinn. Aus dem Erkennen der eigenen Situation ist Selbstbewußtsein darüber geworden, daß sie in der Lage sind, diese auch zu ändern.

Olga, eine stämmige, weißhaarige Arbeiterfrau berichtet über die Gemeinschaftsküche in ihrer Población: „Bei uns beträgt die Arbeitslosigkeit 70%. 1981 haben wir unsere Gemeinschaftsküche gegründet, und sie existiert bis heute. 300 Familien ernähren sich davon. Hilfe bekommen wir von den Ladenbesitzern, von den Markthändlern, vom Metzger.“

Steine statt leere Töpfe

Am Ende der Versammlung wird über das „Was tun“ gesprochen. Manche wollen gleich demonstrieren, aber nicht mit leeren Töpfen. Das hätten damals die Bürgerfrauen gemacht, um gegen Allende zu protestieren. Dann schon besser mit Einkaufstaschen voller Steine, um sie zu gegebenen Zeitpunkt auf die Carabinieri zu werfen.

Schließlich einigen sie sich nach längerer Diskussion darauf, in der kommenden Woche im Zentrum von Santiago gegen die Preiserhöhungen zu demonstrieren. Abgesehen vom ursprünglichen MEMCH, der Emanzipationsbewegung der 30er Jahre, die vor allem um das Frauenwahlrecht kämpfte, ist die organisierte Frauenbewegung eine relativ junge Erscheinung.

Auch während der sozialistischen Regierung Allende, als die Frauen aus der Arbeiterklasse und Teilen der Mittelschichten aktiv an den gesellschaftlichen Veränderungen teilnahmen, gab es keine eigenständigen Frauenorganisationen. Erst zu Beginn der 80er Jahre, als sich die

Krise der Diktatur zusehends verschärfte und die ersten Massenproteste stattfanden, entstanden die Frauenorganisationen, die heute gemeinsam MEMCH '83 bilden.

Die Schreckensvision der auf leere Töpfe schlagenden Bürgerfrauen, die damit in der Massenstimmung einen entscheidenden Beitrag zum Sturz der Regierung Allende leisteten, macht noch heute in der chilenischen Frauenbewegung die Runde.

Nach dem faschistischen Militärputsch am 11. September 1973 haben die Frauen im politischen Widerstand eine andere, neue Rolle eingenommen. Waren viele vorher lediglich Sympathisantinnen der Unidad Popular (Volkseinheit), so mußten sie jetzt oft die Aufgaben ihrer verhafteten oder untergetauchten Männer übernehmen. Die Frauen standen Schlange vor den Gefängnissen, den Fußballstadien, in denen die politischen Gefangenen zu zigtausenden festgehalten wurden.

Zulauf zu Mudechi

Die erste öffentliche Protestaktion wurde von Frauen getragen. Die „Gruppierung der Familienangehörigen von Verschwundenen politischen Gefangenen“, der fast ausschließlich Frauen angehören, stellte sich 1974 zum ersten Mal ins Zentrum von Santiago mit den Fotos ihrer verschleppten Angehörigen und forderten Aufklärung über deren Schicksal.

Ähnlich wie die Mütter vom Plaza de Mayo in Argentinien setzen sie bis heute ihre Arbeit fort. Neben dieser Organisation gibt es weitere Menschenrechtsgruppierungen, die fast nur von Frauen organisiert werden. Dazu gehört z.B. die Gruppierung der Angehörigen von politischen Gefangenen, von Exilierten usw. Sie existieren seit 1973/74 und haben erheblich zur Politisierung von Frauen beigetragen.

Nach der beginnenden Reorganisation der chilenischen Gewerkschaftsbewegung Mitte der 70er Jahre war die Veranstaltung der Frauenabteilung der Nationalen Gewerkschaftskoordinierung (CNS) am 8. März 1979 im Theater Caupolican, an der mehrere tausend Frauen teilnahmen, eine der ersten großen öffentlichen Aktionen gegen die Diktatur. Anfang der 80er Jahre entstanden dann die ersten eigenständigen Frauenorganisationen und -gruppen.

Die Feministische Bewegung verfügt über keine zentralisierte Organisationsstruktur. Sie tritt für die „Autonomie der kleinen Gruppen“ ein, wie mir Julietta Kirkwood, eine Soziologin und bekannte Vertreterin der Bewegung, erklärte. Sie arbeitet vor allen Dingen mit

Selbsterfahrungsgruppen, führt Untersuchungen über die Lage der Frauen durch. Aktive Trägerinnen dieser Bewegung sind mehrheitlich Frauen aus den Mittelschichten. Die Feministinnen besitzen aber auch vereinzelte Kontakte zu Frauengruppen in den Poblaciones.

Die Arbeit der Obdachlosenkomitees, der Komitees der Schuldner von Strom- und Wasserrechnungen, der Gemeinschaftsküchen, aller sozialen Organisationen, die in den Wohngebieten im Kampf gegen die Diktatur entstanden sind und heute die Protestaktionen in den Wohngebieten organisieren, ist ohne die Frauen nicht vorstellbar. Sie spielen oftmals die entscheidende Rolle. Die Obdachlosenkomitees etwa, die heute in fast allen Poblaciones existieren, weil Obdachlosigkeit neben der Arbeitslosigkeit das größte soziale Problem ist (von 11 Mio Chilenen sind 1 Mio obdachlos), werden meistens von Frauen organisiert und getragen.

Aus dieser Situation heraus sind die Organisationen Codem (Komitee zur Verteidigung der Frauenrechte) und Mudechi (Frauen von Chile) entstanden. Da sich Mudechi und Codem zwar nicht in ihrer konkreten Entstehungsgeschichte, aber in ihren Zielen und Arbeitsweise ähneln, soll hier nur auf erstere näher eingegangen werden.

Wenn die Initiative zur Bildung dieser Frauenorganisationen sicherlich in erster Linie von linken Parteien angehörenden Frauen ausgegangen ist, so würde man es sich zu einfach machen, sie bestimmten politischen Gruppierungen zuzuordnen. Mudechi, die im Dezember 1982 entstand, besitzt ihre Basis vor allen Dingen



Frauendemonstration im Zentrum der Hauptstadt

in den Poblaciones. Ihr gehören Kommunistinnen, Sozialistinnen, Miristinnen und Christdemokratinnen an. Da sich der Einigungsprozeß der chilenischen Opposition äußerst schwierig gestaltet, ist dies ein herauszuhebendes Merkmal. Für Mudechi wie für alle anderen Frauenorganisationen trifft jedoch zu, daß die Mehrheit ihrer Mitglieder in keiner politischen Partei organisiert ist.

„Frauen für das Leben“

Mudechi hat ähnlich wie die anderen Frauenorganisationen, eine rasante Entwicklung hinter sich. Nach ihrer Gründung war der Zulauf der Frauen kaum zu bewältigen. Allein in Santiago gründeten sich im Laufe von 2 Jahren 38 Mudechi-Gruppen. Mittlerweile existieren im ganzen Land Gruppen. Mudechi ist nach klassischen Organisationsprinzipien aufgebaut: Wohngebietsgruppen mit gewähltem Vorstand, Leitungsstrukturen auf Kreis-, Provinz- und nationaler Ebene.

Zwei Elemente prägen die Arbeit von Mudechi: Erstens die Bildung der Frauen und zweitens der Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen in Familie und Gesellschaft. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sehen alle Frauengruppen ihre Hauptaufgabe darin, die Frauen in den Kampf um den Sturz der Diktatur und die Rückkehr zur Demokratie einzubeziehen.

Einen qualitativen Sprung vollzog die chilenische Frauenbewegung 1983. In diesem Jahr erlebte die Oppositionsbewegung einen zuvor nicht gekannten Aufschwung. Es fanden die ersten Protesttage, Streiks in der Kupferindustrie statt, es entstand das Nationale Kommando der Arbeiter. In wenigen Monaten erfuhr die chilenische Entwicklung eine unerhörte Zuspitzung.

Zu diesem Zeitpunkt gründete sich im Juni 1983 die Koordinierung der chilenischen Frauenbewegung MEMCH '83. Ihr gehören die Gewerkschaftsfrauen ebenso wie die Feministinnen, die Menschenrechtsgruppierungen, Mudechi und Codem und weitere Gruppen an. Diese vorbildliche Einheit der chilenischen Frauenbewegung sollte noch weitere politische Folgen haben.

Im Herbst 1983 sah die Diktatur keinen anderen Ausweg als den Versuch, mit Gesprächsangeboten an die rechten und zentristischen Kreise der Opposition die gemeinsam handelnde Bewegung zu spalten. Die bürgerliche Opposition in der Demokratischen Allianz ließ sich auf einen Dialog mit der Diktatur ein und bremste so die Massenmobilisierung. Als Gegenpol entstand die Demokratische Volksbewegung (MDP), der die Kommunistische Partei (PCC), die Sozialisti-

sche Partei und die MIR sowie MAPU/OC angehören, und der Sozialistische Block, eine Vereinigung von mehreren linken Parteien mit sozialdemokratischer Tendenz.

Vor dem Hintergrund einer gespaltenen Opposition, einer Ablehnung der Christdemokratie, der wichtigsten bürgerlichen Kraft, mit der starken PCC zusammenzuarbeiten, beschlossen die Frauen ein Zeichen zu setzen. Frauen aller Oppositionsparteien gründeten den lockeren Zusammenschluß „Mujeres por la Vida“ (Frauen für das Leben), um deutlich zu machen, daß die Zusammenarbeit möglichst ist.

Gemeinsam mit MEMCH '83 führten sie am 27. Dezember 1983 im Theater Caupolcan eine Veranstaltung mit 10.000 Frauen durch. Frauen aus allen sozialen Schichten, aus allen Oppositionsorganisationen.

Grundprinzipien der MEMCH '83

1. Mit der gemeinschaftlichen Anstrengung der Frauen, ob organisiert oder unabhängig, den Kampf des chilenischen Volkes voranzutreiben, um eine wirkliche und volle Demokratie zu erreichen, in der alle Menschenrechte beachtet werden.
2. Eine breite gemeinsame Aktion der verschiedenen Frauenorganisationen und der gesamten Gesellschaft durchzuführen, um alle Formen der Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft als auch in der Familie anzuklagen und zu beseitigen.
3. Die chilenischen Frauen mit der internationalen Frauenbewegung in Kontakt zu bringen und mit dieser nicht nur hinsichtlich der spezifischen Forderungen, sondern auch für die Verteidigung des Friedens und der Umwelt zusammenzuarbeiten.

Die Gemeinsamkeit im Ziel drückte sich nicht allein in den wenigen kurzen Reden sondern im gesamten Ablauf der Veranstaltung aus. Kultur, Politik, Augenzeugenberichte stellten ein ineinanderfließendes Ganzes dar. In Form und Inhalt war diese Veranstaltung Beweis für die Machbarkeit der Einheit, die notwendig ist, um die Pinochet-Diktatur zu stürzen. Bis heute gilt sie als eine der beeindruckendsten Aktionen gegen die Diktatur.

MEMCH '83 hat sich seitdem zu einer wirklichen Koordination der chilenischen Frauenbewegung entwickelt und gewährleistet einen fruchtbaren Meinungsaustausch unter den Frauengruppen. So haben sie sich geeinigt, im Rahmen von MEMCH eine gemeinsame Frauenplattform zu erarbeiten, die die wichtigsten politischen, sozialen und ökonomischen Forderungen der Frauen zum Ausdruck bringen soll, eine Programmatik der chilenischen Frauenbewegung.

Unter äußerst komplizierten Bedingun-

gen hat MEMCH '83 (noch unter dem Belagerungszustand) den Internationalen Frauentag am 8. März 1985 begangen. Wenige Tage zuvor erschütterte ein schweres Erdbeben das Land. Über hundert Menschen starben, Hunderttausend wurden obdachlos. Auch am 8. März bebte noch die Erde. Die Diktatur hatte eine Ausgangssperre verhängt und Santiago militärisch besetzen lassen, um – wie es hieß – „Plünderungen“ zu verhindern.

Trotzdem versammelten sich am 8. März 1985 500 Frauen im Zentrum der chilenischen Hauptstadt, mit Päckchen in der Hand für die Erdbebenopfer. Daneben standen Militärs und Carabineros und begrüßten den humanitären Einsatz der Frauen. Eine halbe Stunde dauerte es, bis die Repressionskräfte merkten, daß es schon längst nicht mehr um Spenden-sammlung für die Opfer ging, sondern die Frauen politische Reden gegen die Diktatur hielten und Protestlieder sangen. Es erfolgte ein brutaler Polizeieinsatz, die Frauen wurden auseinandergedrängt und einige verhaftet.

Betrachtet man die Entwicklung der chilenischen Frauenbewegung seit dem Putsch, so läßt sich feststellen, daß es der Diktatur weder gelungen ist, sich – wie anfänglich von ihr erhofft – unter den Frauen eine soziale Basis zu verschaffen, noch sie durch Repression zum Stillhalten zu zwingen. Die von der Diktatur in den Poblaciones eingerichteten „Centros de Madre“ (Mütterzentren) sind in den meisten Fällen entweder von oppositionellen Frauen zu politischen Foren umfunktioniert worden oder schlichte Beschäftigungsprogramme, in denen sich Frauen ein paar Pesos durch Handarbeiten verdienen.

Ihren ursprünglichen Zweck, ein Frauenbild von der sorgenden und ansonsten stummen Mutter zu transportieren, konnten sie nicht erfüllen. Dazu herrscht ein zu krasser Gegensatz zwischen dem von der Diktatur beschworenen Frauenbild und der Realität, in der die Pobladoras leben.

Es bleibt die Repression, und die hat die Diktatur in den Jahren ihrer Herrschaft zur Perfektion ausgefeilt. Daß sie noch wirkt, zeigte sich während des siebenmonatigen Belagerungszustand 1984/85. Wahllose wie gezielte Massenverhaftungen in den Poblaciones, unter den Gewerkschaften, von Oppositionspolitikern, von denen auch die Frauenorganisationen betroffen waren und sind, haben einen Rückgang der Massenbewegung gegen Pinochet zur Folge gehabt.

Aber es ist ein kurzfristiger Erfolg. Denn die Basis des Widerstands und die Organisationen, die ihn tragen, konnten nicht zerschlagen werden. Dazu zählen auch die Frauenorganisationen.

Prokla

A 20275 F

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

61
Dez. '85

Linke und Demokratie Wohnungsbau Sozialgeschichte

Bodo Zeuner, Parlamentarisierung der Grünen /
Herbert Bobbio, Die Zukunft der Demokratie /
Urs Müller-Plattenberg, Demokratie und Markt /
Ozisp K. Hachtel, Auf dem Wege zur globalen
Demokratie? / Ulrich K. Probst, Aktuelle Probleme
einer linken Verfassungstheorie / Peter Jansen/
Lee Kilder, Der Traum vom zivilisierten Bürger
im Betrieb / Stefan Krüger, Reformparadoxien im
Wohnungsbau / Willfried Spohn, Klassen- und
Sozialgeschichte / Heinz-Gerhard Haupt, Sind
Mittelklassen Mittelklassen?

★
Einzelheft
DM 15.-
im Abo
DM 12.-
Rothsch
Verlag

Eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der Partei-unabhängigen Linken – deren Beiträge auch nach zwei Jahren lesenswert bleiben. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken.

**PROKLA 62: (März '86)
ARBEIT UND TECHNIK**

**PROKLA 63: (Juni '86)
GELD**

**Vietnam-
Studien-
reisen**



Ostern '86

19. März bis 2. April 86
26. März bis 9. April 86

Preis: **4170,- DM**

Anmeldungen
und Informationen über
Freundschaftsgesellschaft
BRD-SR Vietnam,
Duisburger Straße 46,
4000 Düsseldorf 30
Telefon (02 11) 49 01 11

Marc Edelman

Hilfe zum Überleben

Nikaragua und das sozialistische Lager (II)



Die Gegnerschaft zum US-Imperialismus ist eine politische Gemeinsamkeit Nikaraguas und des sozialistischen Lagers

Der Rhythmus von Nikaraguas Handel mit sozialistischen und nichtpaktgebundenen Ländern wurde durch den breiteren politischen Druck auf die Revolution beeinflusst, darunter auch durch das Verhalten von anderen Handelspartnern und Kreditgebern des Landes.

Die Reise in die Sowjetunion und nach Osteuropa im März 1980 brachte weder wesentliche finanzielle Unterstützung noch schroffe Wendungen in Nikaraguas Handelsverhalten mit sich. In den Jahren 1980 und 1981 stellten die sozialistischen Länder Nicaragua nur wenig über 100 Mio Dollar an Krediten pro Jahr zur Verfügung. Das machte 19% der Auslandskredite des Landes im Jahr 1980 und gerade 15% im Jahr 1981 aus. Im Gegensatz dazu entfielen auf lateinamerikanische Länder (mit Ausnahme Kubas) 22% von Nikaraguas Auslandskrediten im Jahr 1980 und volle 48% im Jahr 1981.

Wenn auch der frühe Handel Nikaraguas mit sozialistischen Ländern wesentlich gewachsen ist, so blieb er doch ein kleiner Teil des gesamten Handels. Der Wert der Ausfuhren Nikaraguas in den sozialistischen Block stieg von 12,2 Mio Dollar (3% der Gesamtausfuhren) 1980 auf 31,8 Mio Dollar (6%) 1981. Der Wert von Nikaraguas Einfuhren aus den sozialistischen Ländern stieg von weniger als

2 Mio Dollar (0,1%) 1980 auf 43,7 Mio Dollar (4%) 1981, hauptsächlich als Ergebnis von Käufen im Wert von 29,4 Mio Dollar durch die DDR.

Im Januar 1981, unmittelbar nach der Amtsübernahme, kündigte die Reagan-Administration an, daß sie Hilfszahlungen aus dem umstrittenen 75-Mio-Dollar-Darlehen an Nicaragua zurückhalten würde, wegen angeblicher Waffensendungen an die salvadorianischen Guerilleros. Im Februar 1981 setzte Washington Kredite für Weizenkäufe aus; am 1. April 1981 stornierte es den Anteil von 15 Mio Dollar aus dem Darlehenspaket, die noch nicht ausgezahlt worden waren.

Contrakrieg und Finanzboykott

Sozialistische und nichtpaktgebundene Länder sprangen schnell ein, um die Lücke zu schließen.

Im Januar 1981 bewilligte Bulgarien Kredite über 48,5 Mio Dollar; 10 Mio Dollar für die Einrichtung von schlüsselfertigen Industriebetrieben, 5 Mio Dollar für den Kauf von Industriemaschinerie, 3,5 Mio Dollar für landwirtschaftliche Materialien und Medikamente und 30 Mio Dollar für den Bau eines Wasserkraftwerks von 50 Megawatt.

Kuba unterzeichnete ein Zusammenar-

beitsabkommen über 64 Mio Dollar im April 1981 und bot an, beim Bau eines großen, modernen Zuckerkomplexes zu helfen. Die Sowjetunion schenkte 20.000 t Weizen, Bulgarien 10.000 t, um die US-Kürzung wettzumachen. (Kanada setzte seine Weizenlieferungen fort und Belgien half mit 33.000 Dollar für Weizenkäufe aus.)

Der sowjetische Botschafter German Shliapnikow wies sofort darauf hin, daß „die Schenkung keine menschenfreundliche Geste ist, sondern die logische Folge des Verständnisses der sowjetischen Menschen für dieses Land“. Wie Nicaragua, sagte er, „kennt die Sowjetunion ... Hunger, Embargo und bewaffnete Aggression“.³⁵

Im April 1981 schließlich gewährte Libyen, der Aufkündigung der verbliebenen US-Hilfe auf dem Fuße folgend, einen 100-Mio-Dollar-Kredit, der kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, Wiederaufbauhilfe, technische Unterstützung für die Erdölförderung und die Schaffung gemeinsamer landwirtschaftlicher Betriebe abdeckte.

Gegen Ende 1981 verstärkte die Reagan-Administration den wirtschaftlichen Druck und die militärischen Drohungen. Zum August 1981 war die Contra-Organisation FDN mit US-Unterstützung gegründet worden.³⁶

Im November 1981 ließ Außenminister Alexander Haig durchblicken, daß die USA eine direkte militärische Intervention gegen Nicaragua nicht ausschließen würden und der Nationale Sicherheitsrat bewilligte ein 19-Mio-Dollar-Programm politischer und paramilitärischer Operationen.

Zu Beginn des Jahres 1982 ließen viele Berichte in den US-Medien darauf schließen, daß die Reagan-Administration nikaraguanische Contras aktiv organisierte und bewaffnete und Militärstützpunkte in Honduras aufbaute. Am 14. März 1982 zerstörten Sprengkommandos der Contras zwei wichtige Straßenbrücken im Norden Nikaraguas. Am folgenden Tag rief die nikaraguanische Regierung den Notstand aus, hob Verfassungsgarantien auf und führte die Zensur ein. Viele Nikaraguaner glaubten, daß

ein US-Einmarsch kurz bevorstünde. An der wirtschaftlichen Front kippten die USA im November 1981 ein Fischelei-Darlehen über 40 Mio Dollar, das Nicaragua bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank beantragt hatte. Nicaragua war das einzige mittelamerikanische Land, das von der Karibik-Becken-Initiative ausgeschlossen wurde, die am 24. Februar 1982 verkündet wurde. Ebenfalls im Februar setzte die Weltbank auf Druck der USA hin ihr Hilfsprogramm aus. Im März 1982 nötigte das Außenministerium US-Banken, sich nicht an einem Darlehenspaket von 130 Mio Dollar zu beteiligen, das von einem in London ansässigen Konsortium in die Wege geleitet worden war. Es wurde immer klarer, daß Nicaraguas Handelsstruktur zum großen Teil von der Verfügbarkeit bilateraler Finanz- und Handelskredite bestimmt werden würde.

Sozialistische Länder springen ein

Im April und Mai 1982 wandte sich Nicaragua abermals an die sozialistischen Länder, um zusätzliche Hilfe zur Begegnung der wachsenden militärischen Bedrohung zu erhalten, und um die Auswirkungen des wirtschaftlichen Drucks der USA abzumildern.

Sechs Handelsabkommen und Verträge mit Bulgarien hatten einen Wert von mehr als 30 Mio Dollar. Sie umfaßten Hilfe für den Bergbau, die Suche nach Bodenschätzen, die Nahrungsmittelherzeugung, den Hafenausbau und die Entwicklung der Stromgewinnung aus Wasserkraft sowie die Schaffung von gemeinsamen Handelsunternehmen.

Kuba verlängerte im April 1982 ein Darlehen von 50 Mio Dollar für die Entwicklung der Zuckerindustrie und schenkte Landwirtschafts- und Bauausrüstungen, Nahrungsmittel und Medikamente. Am wichtigsten war die Rückkehr einer hochrangigen Delegation aus der Sowjet-

union im Mai 1982 mit zwei Abkommen über technische und finanzielle Hilfe im Wert von über 200 Mio Dollar.

Die Hälfte dieses Betrages machte ein Kredit für den Kauf von Ausrüstungen für die Landwirtschaft, den Bergbau und die Fischerei aus. Ein weiteres Viertel – 50 Mio Dollar – war zweckgebunden für eine Reihe von Vorhaben, darunter u.a. ein Wasserkraftwerksdamm am Rio Grande de Matagalpa, ein 400-Betten-Krankenhaus in Managua, geologische Erkundungen von Bergwerken und topographische Karten, eine Baumwoll-Versuchsstation, Bergbau- und Fischereischulen und Unterstützung für nikaraguanische Energieplaner.

Zusätzlich wurden 16,8 Mio Dollar für ein Sende- und Empfangssystem im Nordosten Nicaraguas und eine mit dem Intersputnik-System verbundene Bodenstation bereitgestellt, die die Telefonverbindungen mit Osteuropa, Lateinamerika, Asien und Afrika erleichtern soll. Die Sowjets übernahmen auch den Bau eines schwimmenden Trockendocks im Pazifikhafen von San Juan del Sur.

Für all das gab es keine Unterstützung in harter Währung, die die Nikaraguaner Berichten zufolge erbeten hatten.³⁷ Die sozialistischen Länder antworteten auf die vernichtende Überschwemmung vom Mai 1982 mit Unterstützungshilfe. Die Sowjets schenkten ein 120-Betten-Krankenhaus in Chinandega und stellten Ärzte als Belegschaft zur Verfügung. Die Kubaner sandten Ausrüstungen für den Bau von 6.000 vorgefertigten Häusern, zusammen mit Zement, Medikamenten und 500 t Reis.

Die Tschechoslowaken und Nordkoreaner, wie auch verschiedene lateinamerikanische und westliche Länder, sandten zusätzliche Unterstützungsleistungen.

In den Jahren 1983-84 wuchs der Handel Nicaraguas mit den RGW-Ländern sowohl absolut als auch prozentual.

Der Zuwachs widerspiegelte US-Erfolge in der Blockierung von Nicaraguas Zugang zu multilateralen Krediten, das Ab-



Ein kubanischer Arzt behandelt einen nikaraguanischen Patienten

sinken des USA-Nicaragua Handels nach der nahezu vollständigen Unterbrechung der US-Zuckerkontingente im Mai 1983, und den Stopp der mexikanischen Erdöllieferungen, als Nicaragua gegen Ende des Jahres 1984 Zahlungsschwierigkeiten hatte. Ein weiteres Mal zeichnete sich das Grundmuster ab, daß sozialistische und nichtpaktgebundene Länder einsprangen, wenn andere Märkte oder Kredit- und Versorgungsquellen verschlossen wurden.

Sofort nachdem die USA die nikaraguanischen Zuckerkontingente beschneiden, boten sich Algerien, Mexiko, der Iran und die UdSSR als Ersatzkäufer an. In den Fällen, in denen bar gezahlt wurde, fanden die Transaktionen zu Weltmarktpreisen statt; die USA jedoch zahlen mittelamerikanischen Zuckerherstellern einen Vorzugspreis.

In ähnlicher Weise verschifften die Sowjets erstmals Erdöl nach Nicaragua kurz nachdem Mexiko seine Lieferungen reduzierte. Jedoch fielen in Wirklichkeit Kredite sozialistischer Länder von 252,9 Mio Dollar 1982 (46,7% aller Kredite) auf 146 Mio Dollar 1983 (gerade 32,5%). Sogar nachdem Nicaragua im September 1983 der Beobachterstatus im RGW eingeräumt worden war, standen keine größeren Hilfsverpflichtungen bevor.³⁸ Beim RGW-Treffen in Havanna im Oktober 1984 unterbreitete Nicaragua einen Vorschlag, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit auszudehnen, aber das Treffen endete, ohne daß ein Abkommen bekanntgegeben wurde. Im Jahr 1984 jedoch kamen etwas über 50% von Nicaraguas bilateralen Finanzmitteln aus RGW-Ländern.³⁹

(Dieser Anteil dürfte 1985 und in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen. Während seiner Europareise im April/Mai 1985 konnte Staatspräsident Daniel Ortega Kredit- und Hilfszusagen über 401 Mio Dollar erhalten. Die sozialistischen Länder bewilligten davon 202 Mio Dollar. Die UdSSR verpflichtete sich, 80-90% des nikaraguanischen Erdölbedarfs sicherzustellen.

Ende Oktober 1985 wurde außerdem ein umfangreiches Kooperationsabkommen zwischen dem RGW und Nicaragua abgeschlossen, das

Nicaraguas Außenhandel 1980 - 84 (in Mio Dollar)

	1980	1981	1982	1983	1984
Führen					
A	162,1 (36%)	134,7 (27%)	90,0 (22%)	74,9 (17%)	45,3 (12%)
W-Länder*	12,2 (3%)	31,8 (6%)	20,5 (5%)	54,8 (13%)	22,8 (8%)
elamerika	75,2 (17%)	70,7 (14%)	52,2 (13%)	33,5 (8%)	32,9 (9%)
iges Lateinamerika**	0,5 (0%)	22,1 (4%)	25,0 (6%)	15,9 (4%)	6,7 (2%)
europa	147,7 (33%)	98,6 (19%)	95,1 (23%)	111,4 (26%)	138,8 (37%)
n	12,6 (3%)	57,0 (11%)	45,0 (11%)	65,8 (15%)	95,5 (25%)
ere	40,1 (9%)	93,3 (18%)	77,7 (19%)	72,5 (17%)	34,0 (9%)
esamt	450,4 (100%)	508,2 (100%)	405,5 (100%)	428,8 (100%)	374,0 (100%)
Führen					
A	244,0 (28%)	262,9 (26%)	147,4 (19%)	156,7 (19%)	158,8 (20%)
W-Länder*	1,8 (0%)	45,7 (4%)	87,4 (11%)	133,6 (17%)	209,5 (26%)
elamerika	300,7 (34%)	210,5 (21%)	116,9 (15%)	123,6 (15%)	88,5 (11%)
iges Lateinamerika**	179,2 (20%)	304,8 (30%)	244,1 (31%)	241,1 (30%)	111,4 (14%)
europa	87,8 (10%)	103,0 (10%)	109,1 (14%)	78,4 (10%)	169,4 (21%)
n	28,4 (3%)	28,3 (3%)	18,5 (2%)	19,2 (2%)	26,0 (3%)
ere	45,3 (5%)	46,7 (5%)	52,2 (7%)	54,3 (7%)	26,9 (3%)
esamt	887,2 (100%)	999,4 (100%)	775,6 (100%)	806,9 (100%)	790,0 (100%)
Debilanz	-436,8	-491,2	-370,1	-378,1	-416,0
*Inklusive Kuba **Ohne Kuba Quelle: Nikaraguanische Zentralbank					

Fidel Castro

Kubas Nikaraguahilfe ist unentgeltlich

Anlässlich der Eröffnung der von Kuba erbauten Zuckerfabrik „Victoria de Julio“ hielt der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro bei seinem zweiten Nikaragua-Besuch eine Rede über die Motive und Prinzipien der Solidarität mit dem Land Sandinos. Auf den hier dokumentierten wirtschaftlichen Bereich folgt in AIB 4/1986 Castros Sicht die politisch-militärischen Seite dieser Beziehungen.



Arbeiter in der von Kuba geschenkten TIMAL-Zuckerfabrik

(...) Seit es den Cesar-Sandino-Orden gibt, hatten die Genossen von der nikaraguanischen Führung und der FSLN – vermutlich aufgrund der freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen, die zwischen uns seit Jahren bestehen – die Idee, mir diesen Orden zu verleihen, und sie haben mir das bereits mehrmals angetragen... Ich nehme diese Auszeichnung entgegen als eine Würdigung unseres Volkes, als eine Würdigung der Tausende meiner Landsleute, die in den vergangenen 5 Jahren hier als Lehrer, Ärzte, Gesundheitsexperten, Bauarbeiter und Helfer in vielen Bereichen tätig waren und dabei ihren Schweiß und – wie Daniel Ortega schon unterstrichen hat – in manchen Fällen auch ihr Blut und Leben gegeben haben...

Im Jahre 1981 begann auch der schmutzige

Krieg gegen Nikaragua... Er hat viele Menschenleben gekostet, das Leben von wenigstens 4.000 nikaraguanischen Patrioten und einfachen Bürgern. Die meisten von ihnen waren Zivilisten und viele davon Frauen, alte Menschen und sogar Kinder...

Aber nicht nur Menschenleben hat er gefordert. Während die Nikaraguaner versuchten, Landwirtschaft und Industrie sowie die Produktion für den Export zu fördern, während sie Projekte wie dieses hier, aber auch andere, aufbauten, zerstörte jener schmutzige Krieg landwirtschaftliche Güter und Einrichtungen sowie Schulen. Er zerstörte die Wirtschaft des Landes...

Hilfe – elementare Pflicht

Während die Nikaraguaner Straßen bauten, um Städte miteinander zu verbinden, wurden durch den schmutzigen Krieg Brücken und Baumaschinen zerstört und Bauarbeiter getötet, die für die Entwicklung des Landes tätig waren. Der schmutzige Krieg – mit den Piratenüberfällen, der Verminderung von Häfen und den ständigen Störaktionen – beeinträchtigte auch erheblich die Fischproduktion des Landes, die eine weitere wichtige Einnahmequelle darstellt. Der schmutzige Krieg beeinträchtigte die Kaffeeproduktion, die bedeutendste Deviseneinnahmequelle des Landes, mit deren Hilfe Nahrungsgüter, Medikamente und Grundbedarfsgüter gekauft werden.

Das kostete das Land hunderte Mio Dollar pro Jahr. Und heute, während wir hier dieses Werk eröffnen, wird auf diese Weise möglicherweise anderswo im Lande eine landwirtschaftliche Anlage, eine Schule oder eine andere gesellschaftliche Einrichtung zerstört...

Wir meinen, die Zusammenarbeit mit Nikaragua und anderen Ländern ist eine elementare Pflicht. Andere Länder helfen uns, Länder, die über mehr Ressourcen verfügen, als wir.

Wir haben mehr Ressourcen als Nikaragua. Das mindeste, was wir tun können, ist mit Nikaragua und vielen anderen Völkern, Brüdern und Freunden der Dritten Welt zusammenzuarbeiten, die über weniger Mittel verfügen, als wir selbst. So gibt es in mehr als 25 Ländern der Dritten Welt kubanische Ärzte; Experten und Bauleute sind in Dutzenden Ländern tätig. Und wir haben sogar 22.000 ausländische Stipendiaten aus 82 Ländern in unserem Land...

Ich nenne diese besonderen Zahlen aus dem folgenden Grund: Unsere Zusammenarbeit mit Nikaragua basiert während der letzten 5 1/2 Jahre, seit die sandinistische Volksrevolution erfolgreich verlaufen ist, auf einer absolut unentgeltlichen Zusammenarbeit in allen Bereichen: Bildung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Bauwesen, Handelsmarine, Fischerei und in vielen anderen Bereichen, in verschiedenen Ebenen des Unterrichts, im Verkehrswesen und gelegentlich bei Naturkatastrophen. Wir haben das Material, Zement und Stahl beigesteuert. Wir haben ebenso das Baumaterial geliefert. In anderen Worten, alles, was vorrätig war und natürlich immer haben wir uns bemüht, unseren sehr bedürftigen Freunden hier etwas Hilfe zu leisten.

Günstige Kredite für Nikaragua

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß manche Leute Spezialisten darin sind, wenn es darum geht, ihre Bedürfnisse objektiv zu schildern. Wir tun, was wir tun können, mit Freude. Im allgemeinen, hatten sie keine Schwierigkeiten, Hilfe von Kuba zu bekommen, denn außer mir haben sie viele andere Freunde...

All diese Zusammenarbeit mit Ausnahme dieses Projektes war unentgeltlich. Als sie vorschlugen, daß wir an diesem Projekt zusammenarbeiten, haben sie uns um ein Darlehen gebeten.

Das war ein umfangreiches Industrieprojekt und obwohl wir eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht haben und obwohl wir, wie Wheelock sagte, bereits mehr als 60% des für eine Mühle dieser Art benötigten Materials produzieren, haben wir nicht allzu viel Ressourcen. Man sagte uns: Wir möchten dies auf der Grundlage eines Kredits, und wir stimmten dem zu.

So etwas nennt man einen günstigen Kredit, zu niedrigen Zinsen. Wir boten einen Kredit an, der innerhalb von 12 Jahren zu 6% Zinsen rückzahlbar ist – weniger als die Hälfte des gegenwärtigen Zinssatzes auf dem Weltmarkt, und das über 12 Jahre. Wenn man all die Materialien, die Arbeitskraft, die Projekte, den Transport usw. und die Zinsen hinzuzählt, dann beläuft sich der von Nikaragua gezahlte Anteil nach unseren Schätzungen – ich weiß nicht, ob Wheelocks Berechnungen höher oder geringer liegen – auf 73,8 Mio. Wir haben in diesem Falle auf Dollarbasis gerechnet...

Wird fortgesetzt

(Quelle: Radio Managua, 11.1.1985, 23.29 GMT)



„Kuba ist und bleibt ein internationalistisches Land“

sich auf den Zeitraum 1985-90 erstreckt. Der Minister für Kooperation mit dem Ausland, Henry Ruiz, machte zwar keine Angaben über die Höhe der Hilfszusagen, erklärte aber, daß sie ansteigen; d. Red.)

Viel von Nikaraguas Handel mit sozialistischen Ländern wird von technischer Hilfe und Ausbildungsprogrammen begleitet, die die Kosten vergleichbarer Artikel von anderen Handelspartnern stark erhöhen würden.

In verschiedenen Fällen haben einzelne RGW-Länder die Kosten für die Installation von Ausrüstungen, die Schulung von nikaraguanischem Personal und die Entwicklung von Produktions- und Verteilungsplänen ganz oder teilweise übernommen.

Das beeindruckendste Beispiel war Kubas Geschenk der ultramodernen TIMAL-Zuckerfabrik. Die ursprüngliche Finanzierung erfolgte zum großen Teil auf der Grundlage kubanischer Kredite in Höhe von 73,8 Mio Dollar und zusätzlichen Geldern aus Spanien, der DDR, Frankreich, Österreich, Schweden, Mexiko, Brasilien, der UdSSR und der Mittelamerikanischen Wirtschaftsintegrationsbank (BCIE).⁴⁰ Kubanische Ingenieure halfen beim Bau. Dann, im Januar 1985, machte Kuba die Fabrik geradewegs zum Geschenk.

Obwohl sich die Zucker-Weltmarktpreise gegenwärtig in einem Dauertief befinden, besagen Berichte, daß TIMAL lange bevor die Produktion anließ, Bestellungen für den gesamten Ausstoß von 3 Jahren unter Dach und Fach hatte.⁴¹ Die Fabrik wird Nikaragua erlauben, Zucker mit Gewinn zu raffinieren und Nebenerzeugnisse wie Viehfutter, Industrialkohol und Kunststoffe zu erzeugen.

Ein nahegelegener künstlicher See wird die Kapazität des Landes für die Erzeugung von Elektrizität erhöhen.

Ausbildungsmissionen sozialistischer Länder bieten Nikaragua den Umfang von Entwicklungshilfe, den praktisch alle armen Länder der Dritten Welt suchen, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung.

Bulgarische Teams bildeten Statistiker und Hafentarbeiter aus. Kubaner halfen beim Rundfunk, Straßenbau, landwirtschaftlicher Ausrüstung, Fernmeldewesen, Bergbau und öffentlichen Gesundheitswesen. Ostdeutsche gaben Unterstützung bei der Wirtschaftsplanung und bildeten Radio- und Fernsehtechniker, Automechaniker, Schneider und Lehrer aus. Sie unterrichteten Agronomen und bauten technische Schulen und rüsteten sie aus.

Sowjetische Missionen untersuchten Rohstoffvorkommen im Meer und stellten Gesundheitsgruppen und Sporttrainer zur Verfügung. Sie bildeten Kinofachleute, Zirkusartisten und Fern-

meldearbeiter aus, sowie Erdöl-, Fischerei- und Textiltechniker. Jugoslawien bot an, ein Forschungszentrum zur Steigerung der Maiserträge einzurichten.

Einer großen Anzahl von Nikaraguanern wurden Vollstipendien zum Studium in den sozialistischen Ländern gewährt. Bulgarien bot 1983 an, bis zu 5.000 Nikaraguaner auf technischen Gebieten auszubilden, obwohl es zweifelhaft ist, ob annähernd so viele tatsächlich angenommen wurden; im Jahre 1984 bot es Mitgliedern der Sandinistischen Jugend 124 fünfjährige Universitätsstipendien an.

Die DDR stellte 1981 15 Sechsmontatskurse für Techniker und 1983 40 Stipendien für das Leipziger Institut für tropische Landwirtschaft zur Verfügung. Die Sowjets gewährten 195 Hochschulstipendien im Jahr 1980 und 320 im Jahr 1981 (meistens für Tierärzte und Ingenieure). Einer Studie der US-Regierung zufolge studierte im Jahr 1982 eine Gesamtanzahl von 1.260 Nikaraguanern in der Sowjetunion und in Osteuropa. Eine nahezu übereinstimmende Anzahl, 1.240, waren an Universitäten in den USA eingeschrieben.⁴²

Ausbildungshilfe nach Maß

Kein sozialistisches Land hat je eine so ausgedehnte Ausbildung angeboten wie Kuba, obwohl sogar offizielle Schätzungen der Anzahl der dort studierenden Nikaraguaner stark voneinander abweichen. 500 Arbeiter für die TIMAL-Zuckerfabrik haben Lehrgänge in Kuba durchlaufen, und etwa 150 andere Techniker erhalten dort jedes Jahr eine Ausbildung. Stipendien wurden für mindestens 400 Hochschulstudenten und 52 Fischereitechniker angeboten. All das geschieht zusätzlich zu einer höheren Schule mit 600 Studienplätzen für Nikaraguaner, die 1980 eröffnet wurde.

1.500 nikaraguanische Mitarbeiter im Gesundheitswesen erhielten ebenfalls eine Ausbildung im Rahmen eines 1980 geschlossenen dreiseitigen Abkommens – das 1982 erneuert wurde – zwischen Nikaragua, Kuba und der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO). Das Programm widerspiegelt sowohl PAHO's Anerkennung der Errungenschaften Kubas auf dem Gebiet des Gesundheitswesens als auch Kubas Verpflichtung, Nikaragua zu unterstützen. Die Bereitschaft sozialistischer und nichtpaktgebundener Erdölförderländer, Nikaraguas Energiebedarf zu garantieren, war besonders bedeutsam für das Überleben des Landes.

Mit einem einschneidenden Mangel an Devisen und einer jährlichen Ölrechnung von rund 200 Mio Dollar – das ist nahezu die Hälfte seiner Ausfuhrereinnahmen

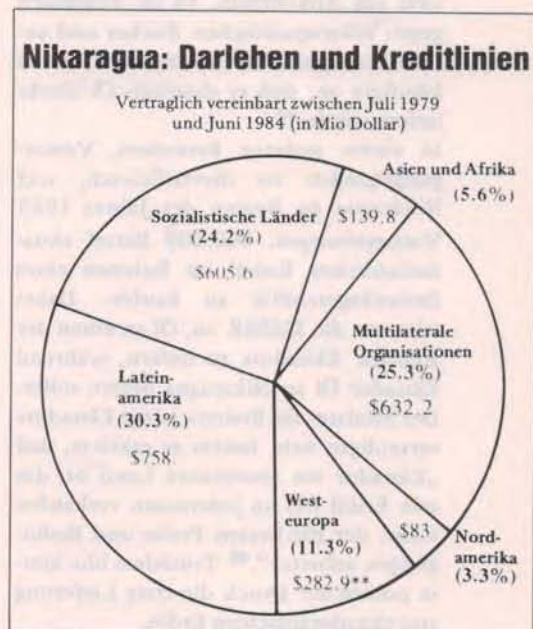
– erlebte Nikaragua häufige Treibstoffknappheit und hat die Rationierung eingeführt. Da das Land einen beträchtlichen Prozentsatz seiner Brennstoffeinführen zur Stromerzeugung verwendet, waren die Bemühungen sozialistischer Länder, Nikaraguas Nutzung wiederherstellbarer Energiequellen, wie z.B. die Wasserkraft, zu erhöhen, ebenfalls entscheidend.

Engpaß Energieversorgung

Wiederum folgten die sozialistischen und nichtpaktgebundenen Lieferanten dem Muster, Kürzungen aus anderen Quellen auszugleichen. Im August 1980 kamen Mexiko und Venezuela überein, Öl an alle fünf mittelamerikanischen Länder, Panama und einige karibische Länder zu liefern, wobei ein Drittel der Kosten durch weiche Kredite finanziert werden sollte. Aber im September 1982 setzte Venezuela seine Rohöllieferungen nach Nikaragua aus. Es berief sich darauf, daß Nikaragua mit seinen Zahlungen im Verzug sei. Aber Venezuelas Entscheidung wurde weithin als eine politische verstanden. Kritiker wiesen darauf hin, daß kein anderes mittelamerikanisches Land seine Rechnungen pünktlich bezahlte.⁴³

Mexiko schloß sich der Drosselung Ende 1983 an, als es gezwungen wurde, die Ölmenge, die entsprechend dem Abkommen von San José unter Preiszugeständnissen geliefert wurden, zu verringern. Die Hauptgründe, die vorgebracht wurden, waren die wachsende Verschuldung Nikaraguas und Mexikos eigene Wirtschaftskrise. Aber Berichte vom September 1983 ließen den Schluß zu, daß Mexiko sich unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds befand, kein Öl an Nikaragua zu verkaufen.⁴⁴

Die Lage verschlimmerte sich noch, als



nach den vom CIA angeleiteten Angriffen auf Nikaraguas Ölanlagen, die im September 1983 begannen, Exxon vorübergehend damit aufhörte, Nikaragua die Tanker zu leasen, die benutzt wurden, um das mexikanische Öl anzuliefern.

Als Ergebnis dieser Probleme mit den mexikanischen Lieferungen schickte die UdSSR ihre erste Ölladung nach Nikaragua.

Zum März 1984 schätzte die New York Times, daß die Sowjets 25% von Nikaraguas Erdölbedarf lieferten. Ein späterer Bericht in der Washington Post setzte die Zahl für das erste Vierteljahr 1984 sogar in der Höhe von 60% an.⁴⁵ Im Oktober 1984 kündigten Mexiko und Venezuela an, daß sie wegen Zahlungsrückständen möglicherweise Öllieferungen an alle Nutznießerländer des San-José-Abkommens aussetzen (und nicht nur verringern) würden.

Venezuela hatte in der Tat Nikaragua 2 Jahre lang nicht mit Öl versorgt. Zu Beginn des Jahres 1985 wurden die mexikanischen Lieferungen eingestellt, eine Entscheidung, die Nikaraguas dortiger Botschafter als „rein wirtschaftlich und finanziell (und ohne jegliche politische Absicht“ bezeichnete.⁴⁶ Obwohl Mexiko im Mai d.J. seine Bereitschaft zum Ausdruck brachte, die Lieferung von 7.500 Barrel pro Tag wiederaufzunehmen, traf Nikaragua auf Schwierigkeiten, Tankschiffe unter Vertrag zu nehmen.

UdSSR sichert Ölzufuhr

Libyen, früher ein Lieferant von kleineren Mengen, stimmte jetzt zu, Öl im Wert von etwa 15 Mio Dollar zu liefern, zahlbar in nikaraguanischen Grunderzeugnissen wie Baumwolle, Sesamsaaten, Kaffee und Bananen. Auch Algerien unterzeichnete ein Abkommen, Öl im Austausch gegen nikaraguanischen Zucker und andere Erzeugnisse zu liefern. Und der Iran kündigte an, daß er ebenfalls Öl direkt liefern würde.⁴⁷

In einem anderen Bestreben, Versorgungsquellen zu diversifizieren, traf Nikaragua zu Beginn des Jahres 1985 Vorbereitungen, 300.000 Barrel ekwadorianisches Rohöl im Rahmen eines Dreiecksgeschäfts zu kaufen. Dabei stimmte die UdSSR zu, Öl an einen der Kunden Ekuadors zu liefern, während Ekuador Öl an Nikaragua liefern sollte. Der Minister für Bodenschätze Ekuadors verteidigte sich, indem er erklärte, daß „Ekuador ein souveränes Land ist, das sein Erdöl frei an jedermann verkaufen kann, der die besten Preise und Bedingungen anbietet“.⁴⁸ Trotzdem blockierte politischer Druck die erste Lieferung von ekwadorianischem Erdöl.

Als Antwort darauf führte Mexiko eine einmalige Sonderlieferung durch. Ende März 1985 kündigte Präsident Daniel Ortega an, daß sowohl Brasilien als auch Ekuador angeboten hätten, Nikaraguas „wirklich kritische (Ölversorgungs-)Lage“ zu erleichtern.⁴⁹ Obwohl Nikaragua jetzt einen breiter gefächerten Kreis von Lieferanten besitzt als zu der Zeit, da es völlig auf Mexiko und Venezuela angewiesen war, deckt die Sowjetunion heute mehr als die Hälfte seines Erdölbedarfs ab.⁵⁰

Politische Kosten

Trotzdem ist die Lage weiterhin in Bewegung. 3 Wochen nach der Ankündigung der sowjetischen Übereinkunft stimmte Mexiko zu, Lieferungen im Gegenwert von etwa einem Drittel des Bedarfs Nikaraguas im Juli 1985 wiederaufzunehmen.

Hilfe und Handel von sozialistischen und nichtpaktgebundenen Ländern haben Nikaragua geholfen, zu überleben und die volle Wucht der US-Wirtschaftsblockade und des Krieges der Contra abzuwehren.

Da seit 1982 wenige Darlehen von multilateralen Kreditinstitutionen kommen und viele der eigenen Mittel des Landes für die Verteidigung verwendet werden, war Nikaragua gezwungen, anderswo nach Quellen zu suchen, um seine anspruchsvollen Programme der Entwicklung und der sozialen Investitionen verwirklichen zu können.

Trotzdem schafft die Hilfe von sozialistischen Ländern, auch wenn sie willkommen ist, eine eigene verzwickte Lage. Sie ist notwendigerweise eingeführt in eine Wirtschaft und Gesellschaft, die sehr verschieden ist von sowjetischen oder kubanischen Modellen. Im Falle eines einzelnen Hilfsprojektes — einer Fabrik, eines Wasserkraftwerks, einer Schule für technische Ausbildung — mag das unproblematisch sein. Aber umfassende wirtschaftliche Planung wird mit der Wirklichkeit einer Nation konfrontiert, bei der sich 60% der Wirtschaft in privater Hand befinden und die Hälfte ihrer arbeitenden Bevölkerung in dem regellosen Teilbereich des Kleinhandels und der Dienstleistungen beschäftigt ist.

Hier ist die Erfahrung der zentralgeplanten RGW-Volkswirtschaften von begrenzter Bedeutung. Die Sandinistas sind sich ihrer eigenen beschränkten Mittel für die Leitung des gegenwärtigen, begrenzten staatlichen Sektors schmerzlich bewußt. Und sie haben nicht die Absicht, wirtschaftliche Modelle, die in anderen Zusammenhängen entwickelt wurden, zu verpflanzen.⁵¹ Privatberichteten nikaraguanische Wirtschaftsfachleute, daß osteuropäische Planungsbera-

ter ein „fehlendes Verständnis“ für Nikaraguas Absicht haben, eine gemischte Wirtschaft beizubehalten.⁵²

Verbindungen mit sozialistischen Ländern können auch politische Kosten mit sich bringen. Sie können in den USA und anderswo die Auffassung nähren, daß die Probleme Mittelamerikas im Ost-West-Konflikt wurzeln. Die Bedrohung seitens der USA hat gelegentlich eine Kürzung des Einsatzes sozialistischer Länder erzwungen.

Die Anzahl der etwa 2.000 kubanischen Lehrer, die Anfang 1984 in Nikaragua waren, wurde z.B. zum Ende des Jahres halbiert aus Furcht vor einem Einmarsch nach Grenada-Art. Der Erziehungsminister Pater Fernando Cardenal sagte dazu, daß, wenn auch die kubanische Zusammenarbeit im Erziehungswesen „nicht unverzichtbar“ sei, das Fehlen von Lehrern etwa 100.000 nikaraguanischen Kindern vom Schulunterricht ausschließen würde.⁵³ *Wird fortgesetzt* (Quelle: NACLA. Report on the Americas, New York, Nr. 3/Mai-Juni 1985, S. 33-56)

Anmerkungen:

- 35) Journal of Commerce, New York, 28.5.1981
- 36) The Wall Street Journal, New York, 5.3.1985
- 37) The Miami Herald, Miami, 11.5.1982
- 38) Es ist anzumerken, daß Mexiko seit 1975 RGW-Beobachter ist, und daß Delegationen der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) ebenfalls an dem RGW-Treffen in Havanna teilnahmen.
- 39) Latin America Regional Reports Mexico and Central America, London, 3.5.1985
- 40) Latin America Press, Lima, 14.2.1985; Latin American Economic Panorama, Havanna, 15.3.1984
- 41) Latin America Commodities Report, 14.1.1983
- 42) General Accounting Office, US and Soviet Bloc Training of Latin American and Caribbean Students: Considerations in Developing Future US-Programs, GAO, Washington 1984, S.5
- 43) R. Matthews, Oil on Troubled Waters, in: Report on the Americas, Band XVIII, Nr. 4/Juli-August 1984, S.39
- 44) Uno Más Uno, Mexiko, 3.10.1983
- 45) The New York Times, New York, 28.3.1984; The Washington Post, Washington, 16.8.1984
- 46) La Prensa, Managua, 2.3.1985
- 47) Der Iran hatte Nikaragua schon vorher begrenzte Zahlungsbilanzunterstützung gewährt, indem er ihm kleine Mengen von Öl zur Verfügung stellte, das es verkaufen konnte, ohne es geliefert zu bekommen.
- 48) La Prensa, 1.3.1985
- 49) The New York Times, 24.3.1985
- 50) The Washington Post, 21.5.1985
- 51) Siehe z.B.: B. Arce, Por qué nos agrede imperialismo! La política de Reagan hacia Nicaragua, Beilage zu: Barricada, Managua, 20.2.1985, S.11
- 52) Interview des Autors mit einem Wirtschaftsfachmann des Außenhandelsministeriums, 11.1.1985, Managua
- 53) DPA, Hamburg, in: FBIS-LAM, 29.11.1985

Statt „Doppelmoral“ die Null-Lösung

K. Fritsche (KF) bietet in seinem Beitrag (in AIB 12/1985, S. 44-45; d. Red.) einen „besonders eklatanten Fall der sowjetischen Politik“: Guinea.

Was ist daran so eklatant? Da ist zum einen die „neokoloniale Struktur“, nach der „das EL Rohstoffe und das IL verarbeitete Güter liefert“, zum anderen, daß es sich „von sowjetischer Seite um Hilfe mit ‚striktter Lieferbindung‘“ handelt.

Warum, lieber KF, lieferte Guinea keine verarbeiteten Güter? Ganz einfach, es produzierte keine, und zwar deshalb nicht, weil es bis 1958 französische Kolonie war. Und damit die ehemalige Kolonie auch für alle neokoloniale Ewigkeit Rohstofflieferant bliebe, rissen die abziehenden französischen Kolonialbeamten auf Geheiß de Gaulles sogar die Steckdosen aus den Wänden. Ohne die Unterstützung durch die sozialistischen Länder hätte das junge unabhängige Guinea kaum den Wirtschaftssanktionen Frankreichs standhalten können. Das zur Ausgangslage.

Doch nun zum schwersten Geschütz des KF: der sowjetische Kredit und die Rückzahlung. Es ist ein selbstgebastelter Rohrkrepierer! Guinea muß nicht, wie KF schreibt, „30 Jahre lang 75% der Fördermenge des Bauxits zur Kreditabzahlung an die UdSSR liefern“. Im Vertrag heißt es, daß 12 Jahre lang „50% des geförderten Bauxits für die Tilgung des Kredits und für früher gewährte Kredite verwendet werden.“¹

Die Zahlen des KF würden Guinea dazu verdammen, 3,8 mal mehr zurückzuzahlen als im Vertrag vereinbart ist. KF ist ein Rückfalltäter, er vervielfacht gern. P. Wahl hat ihm schon in anderem Zusammenhang dieses Delikt vorgeworfen, ohne daß er in seinem wortreichen Beitrag auch nur mit einer Silbe darauf eingegangen wäre. Er kann wohl das Fälschen nicht lassen.

Zurück zum „eklatanten Fall“. Hat KF etwa Recht, und Guinea verdient während der (zwar wesentlich verkürzten) Rückzahlungszeit „nicht viel bei diesem Geschäft“? (Nach den Zahlen des KF – 75% ab nach Moskau und 25% Kosten – würde Guinea keine müde Mark verdienen. Doch KF merkte wohl, daß er da sein Hobby, das Vervielfachen, übertrieben hatte. Also machte er aus dem, seinen Zahlen entsprechende, „nichts“ ein „nicht viel“.)

Der mit sowjetischer Hilfe erbaute Bauxitkomplex war von Anfang an ein hochrentabler Betrieb. Schon 1977, 3 Jahre nach Produktionsbeginn, machten die Selbstkosten nur 41% des Abgabepreises aus. Sind das die Preise, die nach KF „zum Nachteil der Entwicklungsländer (ELs) festgelegt sind“? Im gleichen Jahr belief sich der Gewinn auf umgerechnet 18 Mio Dollar.² Ein schlechtes Geschäft, Herr KF?

Verlassen wir Guinea. Doch wir bleiben beim Bauxit und kommen zum Imperialismus. Wir gehen nach Jamaika. Dort demonstrierte der Imperialismus, wie er mit einer Regierung umspringt, die es wagt, 51% des Kapitals bei der Bauxitförderung zu verstaatlichen.

Verstärkte Ausbeutung durch die ausländischen Konzerne, diskriminierende Wirtschaftspolitik vor allem der USA und Großbritanniens und imperialistische Kredite ließen die Schulden Jamaikas von 142 Mio 1971 auf 773 Mio Dollar 1979 steigen. Zur Rückzahlung fälliger Schulden und für notwendige Importe brauchte man neue Kredite. Die bekam man



auch, doch zu den bekannten Geschäftsbedingungen des Internationalen Währungsfonds (IMF), die – wie der damalige Regierungschef Manley sagte – „für die Masse der Bevölkerung Hunger bedeuten“.

Der Wahlkampf 1980, in dessen Mittelpunkt die Forderungen des IMF standen, forderte 600 bis 800 Menschenleben. Manley verlor die Wahlen. Auch in den folgenden Jahren gab es bei Protesten gegen die IMF-Forderungen immer wieder Todesopfer. Diese Toten sind die eine Seite, die andere: der imperialistische Profittransfer, der zwischen 1973 und 1977 von 125,8 auf 30,6 Mio Dollar zurückgegangen war, stieg als Ergebnis der IMF-Schocktherapie schlagartig auf 93,9 Mio Dollar.³

Die Welt ist kompliziert, und Bauxit ist nicht gleich Bauxit. Es kann für ein Volk von Segen sein oder aber als Nahrung dienen für jenen „scheußlichen heidnischen Götzen“ in Gestalt des IMF, „der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener“ trinkt (Marx).

Doch der Schamane KF verkündet die einfache Welt, und wenn P. Wahl und R. Falk die Welt nicht so einfach sehen wollen, dann sieht KF doppelt. Er wirft den beiden „Doppelmoral“ vor, wohlwissend, daß er selbst gegen solchen Vorwurf gefeit ist. Denn: auch ein Mehrfaches von Null bleibt Null, nicht vorhandene Moral läßt sich nicht verdoppeln, auch nicht und gerade nicht durch Vervielfachen von Zahlen. KF jagt einem Phantom nach, wenn er mit unschuldigem Augenaufschlag fragt, was denn „Weltrevolutionäres“ an den Handelsbeziehungen der Sowjetunion (SU) sei. Sie exportiert keine Revolutionen, auch nicht durch den Export von Waren. Die Frage muß eher lauten, ob die ökonomischen Beziehungen der SU fortschrittliche Entwicklungen, die im Innern eines ELs eingeleitet werden, hemmen oder unterstützen. Die Toten von Jamaika zeigen die Rolle des Imperialismus. An die damaligen KFs gewandt sagte F. Castro 1972: „Die Geschichte zeigt, welche Bewegungen vorwärtsschreiten, welche überleben: das sind die, die soziale Revolutionen machen und die unterstützt werden durch internationalistische Solidarität. (...) Eine Frage an Pseudointellektuelle, Pseudorevolutionäre und Intriganten: Wieviel Menschenleben hätte die kubanische Re-

volution schon gekostet ohne die Unterstützung der Sowjetunion...?“⁴

KFs politisches Glaubensbekenntnis, „daß Unabhängigkeit und Fortschritt nur gegen die UdSSR erkämpft werden kann“, stammt aus den Marmorkathedralen der Wall Street, denn einen falschen Feind schaffen, dient nur dem Ziel zu verschleiern, wer der wahre Feind ist. Dieser wahre Feind der Völker wird in allen Sprachen der Konterrevolution seinen Segen geben nach der letzten Ermahnung des KF: „Die Dritte-Welt-Bewegung sollte sich auf diese Logik (der „Doppelmoral“; d. Verf.) nicht einlassen.“

Doch wir müssen fragen: Welche Dritte Welt meint er und welche Bewegung? Meint er z.B. das Chile des Lenin-Preisträgers Neruda oder das des Schlächters Pinochet, der das Glaubensbekenntnis des KF auf den Lippen den Rio Mapocho in einen blutroten Strom verwandelte? Wer gehört zur Nicaragua-Bewegung? Contra-Freund Reagan etwa, der der Logik des KF, „daß ... nur gegen die UdSSR...“ usw., bis zum Armagedon zu folgen bereit ist? Ist der noch ein Teil der Nicaragua-Bewegung, der folgendes sagt: „Die Sowjetunion war immer und bleibt ein großes Land, das in unserem Kampf den Imperialismus zügelt. Wenn die Sowjetunion nicht wäre, würde heute der internationale Imperialismus nicht vor einer Intervention Nikaraguas zurückschrecken.“⁵ Trifft ihn auch schon bald der geheiligte Bann des KF – diesen Daniel Ortega?

Werner Schmitt, Worms

Anmerkungen:

- 1) H. Faulwetter, Entwicklungsländer und Neue Internationale Wirtschaftsordnung, Berlin 1982, S. 142
- 2) Außenhandel, Moskau, Nr. 2/79, S. 40
- 3) Vgl. Faulwetter, Entwicklungsländer..., a.a.O., S. 111ff. und V. Kasch u.a., Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt, Bornheim-Merten 1985, S. 194ff.
- 4) F. Castro, el futuro es el internacionalismo, Havanna 1972, S. 463ff.
- 5) Zit. nach: W. Sagladin, Realer Sozialismus, Frankfurt/Main 1985, S. 229

Zu einem Seminar Sowjetunion und Dritte Welt

Ausbeutung oder brüderliche Hilfe?

18.-20. April 1986 in Syburg bei Hagen laden die Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten (Dortmund) und die Südostasien-Informationsstelle (Bochum) ein.

Zur Diskussion stehen Thesenpapiere zu den Wirtschafts- und Militärbeziehungen der UdSSR zur Dritten Welt u.a. von K. Fritsche (IZ3 W/Dokustelle Blockfreie), K. Melchers (epd-Entwicklungspolitik), St. Tiedtke (Hess. Friedensforschungsförderung), R. Falk (AIB) und P. Wahl (ASK).

Anmeldungen an: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 52, 4630 Bochum 1, Tel. 0234-502748. Tagungsort: Haus Huhsen, Tagungsbeitrag: 40 DM.

Sam Corbin **Esin Afsar – populäre Sängerin unter Zensur**

Obleich die heutige Türkei ein Land ist, in dem hinter der dünnen Fassade „demokratischer“ Institutionen eine brutale Diktatur herrscht, gibt es in diesem Land auch ein reges kulturelles und künstlerisches Leben, von dem im Ausland nur wenig bekannt ist. Allerdings wurden vor einiger Zeit der Filmemacher Yilmaz Güney (siehe AIB 3/1983, S. 40f.; d. Red.), die Sänger Melike Demirag und Zulfu Livaneli und davor bereits der Schriftsteller Yachar Kemal und der Dichter Nazim Hikmet (siehe AIB 6/1983, S. 40f.; d. Red.) entdeckt – deren Namen heute in der Türkei nicht genannt werden dürfen.

Eine andere Künstlerin, der es gelungen ist, sich im Ausland einen Namen zu machen, ist die charmante und vitale Sängerin Esin Afsar. Ihre folkloristisch inspirierten Lieder und ihr schauspielerisches Können, das es ihr ermöglicht, sich in sehr verschiedenen Rollen darzustellen, haben sie in der Türkei zu einem sehr populären Star gemacht.

In gleichem Maße Schauspielerin wie Sängerin, spielt sie beim Singen und singt sie beim Spielen. Sie tritt zur Zeit in Theatern und Kabarets auf, bleibt aber vom staatlichen Rundfunk und Fernsehen ausgeschlossen, da allgemein bekannt ist, daß sie zusammen mit einigen hundert Künstlern und Intellektuellen eine Petition für die „Wiederherstellung der Demokratie“ in ihrem Land unterschrieben hat.

Im März 1985 hat Esin Afsar in Paris in der intimen Atmosphäre des kleinen Théâtre de la Tanière vor einem sehr aufgeschlossenen französisch-türkischen Publikum gesungen, das begeistert mitging. Das war eine Station ihrer Frankreich-Tournee, die sie auch nach Straßburg, Mulhouse, Romans, Montbéliard usw. führte... Dabei konnten wir ihre ganze Virtuosität und ihr Talent kennenlernen.

Folklore Anatoliens

Von dem Gitarristen Tarik Ocal begleitet, der auch die Musik mehrerer Lieder komponiert hat, singt sie vom alltäglichen Leben, von den Leiden und Hoffnungen der Menschen aller Schichten in den Städten und Dörfern der Türkei.

Einige Lieder sind richtige kleine Komödien. So zum Beispiel dieses humorvolle Lied, wo sie als eine Dame aus der Großbourgeoisie Istanbuls auftritt, die einem Verein „zum Schutz der Natur“ ange-

hört. Sie rühmt ihre Liebe für die vom Aussterben bedrohten Vogelarten, trägt aber ostentativ und stolz einen schönen Pelzmantel und Schuhe aus Eidechsenleder. In der Türkei haben die Zeitungen, die oft von diesem Verein und seinen Galaabenden berichten, ihre Nummer mit keinem Wort erwähnt – dabei hat ganz Istanbul über sie gelacht.

Dann wird Esin Afsar eine junge schüchterne Bäuerin aus Anatolien, deren Lied „Yoh, Yoh!“ erzählt, wie sie die Annäherungsversuche des hübschen Schäfers aus der Nachbarschaft abwehrt. Das „Yoh, Yoh!“ (Nein, Nein), das sie in allen Tonlagen wiederholt, will schließlich genau das Gegenteil ausdrücken.

Esin Afsar hat uns mit wenigen Worten den Sinn ihrer künstlerischen Aktivität erklärt: „Ich wehre mich gegen die Verschlechterung, die Verschandelung der



Musik meines Landes durch die süßlich-sentimentale Musikmode, die sich 'arabesk' nennt und derzeit die Kabarets und den Rundfunk überschwemmt. Ich ziehe es vor, zu den authentischen Quellen der ländlichen Volksmusik Anatoliens zurückzugehen, wo noch immer die Mehrheit der Bevölkerung lebt. Hier haben wir eine schöne folkloristische Tradition, die mich in meiner ganzen künstlerischen Laufbahn inspiriert und bereichert hat.

Die Sänger, die durch die Dörfer ziehen – sie ähneln ein wenig den mittelalterlichen Troubadouren in Europa – haben eine reichhaltige und bewegende Musik geschaffen, die Realitäten und Erfahrun-

gen des täglichen Lebens zum Ausdruck bringt. Ich bin oft durch das Land gereist, um mich durch diese Musik, diese Volkskunst bereichern zu lassen. Vor 10 Jahren war ich z.B. sehr stark von einem dieser Wandersänger in der Gegend von Marmaris, im Süden der Türkei beeinflusst."

Aber ihr Repertoire ist nicht auf Folkloremusik beschränkt. Sie singt auch Texte der großen Dichter von gestern und heute, wie Yunus Emre und Nazim Hikmet. Sie sagt: „Mit meinen Liedern möchte ich die städtische und ländliche Bevölkerung – zwei voneinander getrennte Welten – einander näher bringen. Ich möchte, daß meine Lieder eine Brücke zwischen diesen beiden Seiten des nationalen Lebens bilden."

So wie Esin Afsar Brücken zwischen der ländlichen und städtischen Welt der Türkei bauen will, ist sie seit 20 Jahren unablässig darum bemüht, auch die verschiedenen Länder der Erde miteinander zu verbinden. „Das Lied ist eine universale Sprache, die besser als alles andere geeignet ist, Kommunikation zwischen den Völkern herzustellen. Denn es gibt immer Gefühle, Empfindungen, Erfahrungen und Ideen, die die Grenzen überschreiten und wert sind, gesungen zu werden."

In Bari in Italien geboren, wo ihr Vater Diplomat war, hatte Esin Afsar immer zwei große Leidenschaften: die Musik und das Reisen... Aufgrund ihrer häufigen Einladungen ins Ausland sowie ihrer Mitwirkung an zahlreichen Fernsehprogrammen wird Esin Afsar die Schauspielerin „mit diplomatischem Auftrag“ oder „Botschafterin des Liedes“ genannt.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 358, 1985, S.62)



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Nicaragua-Berichte kontrovers



Zwei sehr gegensätzliche Reiseberichte über Nicaragua sollen hier vorgestellt werden:

Dietmar Schönherr, *Nicaragua, mi amor*. Tagebuch einer Reise und das Projekt Posolera, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1985, 136 S., 12,80 DM und

Martin Kriele, *Nicaragua – das blutende Herz Amerikas*, Piper, München 1985, 192 S., 12,80 DM.

Schönherr ist sicher den meisten Lesern aus dem Fernsehen, aber auch durch sein Engagement in der Friedensbewegung bekannt. Sein Bericht ist sehr emotional, aber immer ehrlich und glaubwürdig. Er beschreibt eine Reise im Frühjahr 1985 und die Entstehung eines Solidaritätsprojektes.

Im ersten Teil geht es hauptsächlich um Begegnungen mit Politikern, um das Kennenlernen des Landes. Immer wieder werden die Eindrücke und Erfahrungen ins Verhältnis gesetzt zur Hetze und Aggressivität der US-Regierung. „Gerade lese ich, was der Pulitzer-Preisträger Russel Baker in einer Studie über Nicaragua geschrieben hat: 'Was hat 58.000 Telefone, fast so viele wie Houston/Texas und bedroht die Sicherheit der Vereinigten Staaten?' Ja, hier, in diesen Slums sitzen sie, die angriffslustigen Feinde, die barfußigen Kämpfer gegen die weiße Supermacht Amerika.“ (S.25)

Die starke Identifikation mit Land und Leuten wird auch bei der Beschreibung der Begegnungen mit Ernesto Cardenal und Sergio Ramirez deutlich. So zu Ernesto Cardenal: „Die Tür fliegt auf, da ist er, mit seiner Baskenmütze, oder besser mit der Che-Mütze, in seinem weißen Bauern-Leinenhemd, mit dem weißen Hadramauz-Bart und den zugleich gütigen und angriffslustigen Augen hinter der Brille. Eine große, herzliche Umarmung, keine Geste, wie sie Politiker, irgendeiner seltsamen Pflicht gehorchend, absolvieren. Von meiner Seite zärtlich, das gebe ich ohne weiteres zu.“ (S. 27/28).

Schönherr stellt diesen Begegnungen seine Erfahrungen in der Bundesrepublik gegenüber. „Ein Gespräch kommt in Gang, Literatur. Ich kann nur mit Mühe folgen. Von Marcel Proust



ist die Rede, Grass, Böll, James Joyce (...) Wo gibt es denn bei uns Politiker, die solche Gespräche führen, ohne ins Schleudern zu kommen?“ (S. 38/39)

Als Kritik sei hier angemerkt, daß das Anlegen der eigenen Erfahrungen manchmal zu einer gewissen Überheblichkeit führt, aber das ist wirklich die Ausnahme. Auffällig ist dies bei der Beichtigung einer Zuckerfabrik, bei der es dann heißt: „Das ganze ist für mich eine monströse Metropolis-Vision. (...) Ich glaube, daß die Nicas mit kleinen Industrien, im Land verteilt, besser beraten wären.“ (S.25)

Besonders gut ist der zweite Teil des Buches, der die Reise ins Landesinnere beschreibt, die Schönherr unternommen hat, um die Bedingungen und Möglichkeiten für ein eigenes Solidaritätsprojekt auszuloten. Dabei wird klar, daß für ihn Solidarität kein barmherziges Samaritertum ist, sondern ein Voneinanderlernen.

„300 von tausend Lebendgeborenen starben im Kindesalter vor dem Sturz der Somoza-Diktatur. Nach der großen Gesundheitskampagne der Sandinisten wurde diese schreckliche Zahl auf die Hälfte heruntergedrückt. Aber bei den hygienischen Verhältnissen, die in Posolera herrschen, werden wohl eher die alten Zahlen realistisch sein. Und das bedeutet, daß von den Posolera-Kindern sechzig bis siebzig niemals erwachsen werden, wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird. Wenn dir das klar wird und du bereit bist, daraus Konsequenzen zu ziehen, dann hat sich dein Leben verändert.“ (S.89)

Die Kinder sind für ihn Herausforderung, nicht nur als Tourist nach Nicaragua zu fahren, sondern konkrete Solidarität zu organisieren. Dazu dient zum einen das Buch, das über die Informationen hinaus auch ein materieller Beitrag ist, denn alle Erträge gehen in das von Schönherr gegründete Projekt. Er hat dazu eine Stiftung „Hilfe zur Selbsthilfe“ ins Leben gerufen und einen Spendenaufruf an den Schluß seines Buches gestellt.

Insgesamt meiner Meinung nach ein wichtiges

Buch, das geprägt ist von der humanistischen Grundeinstellung des Autors und Stimmung macht für die Solidarität.

Stimmung für die andere Seite macht das Buch von Martin Kriele. Hätte Heiner Geisler dieses Machwerk geschrieben, bräuchte man kein Wort darüber zu verlieren. Doch der Autor soll eine größere Glaubwürdigkeit verkörpern, denn er ist nicht nur Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik der Universität Köln und Richter am Verfassungsgerichtshof des Landes NRW, sondern Mitglied der SPD.

So wundert es nicht, daß er sich auf die Nikaraguapolitik der SPD, der Sozialistischen Internationale und auf die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik einschließt. „Das Nicaragua-Solidaritäts-Milieu hatte beachtliche Erfolge. Ihr größter Coup war die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Kulturminister Ernesto Cardenal: künstlerisch ein Kitschproduzent, politisch ein Kommunist, theologisch ein Abtrünniger und moralisch ein Großmeister der Propaganda.“ (S.178)

Letzteres trifft eher auf den Autor zu, der sich als ein enttäuschter Anhänger der sandinistischen Revolution ausgibt, den die Realität eines besseren belehrt habe, während die Gegenseite, allen voran Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischniewski und Dietmar Schönherr, den „Nicaragua-Traum von 1979 wie ein museales Heiligtum vor der Entweihung“ schützte: „Kritik wird unterdrückt oder sofort verrissen.“ (S.181)

Der Bericht über seine von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierte Reise beginnt in Kostarika, das er als Opfer der Propaganda und der militärischen Überfälle der Sandinistas darstellt, als Modell einer stabilen freiheitlichen Demokratie, denn „zwei große Parteien wechseln sich bei den Wahlen meistens ab“. (S.12) Nicht erwähnenswert für Kriele ist der Ausbau Kostarikas zur Bastion gegen die Sandinistas, die immer stärkere Anlehnung an die USA. Die Politik der USA und die Auswirkungen, die der politische, wirtschaftliche und militärische Druck haben, sind Kriele keine einzige Zeile wert, die „Mißwirtschaft der Sandinisten“ dafür um so mehr. Als ein Beispiel führt er an, daß trotz eines Bedarfs von 300.000 Wohnungen seit 1979 nur 13.000 gebaut worden seien. (S.31) Es wird dann zwar noch irgendwo lapidar festgestellt, daß dies an der Devisenknappheit liege, deren Ursachen aber bleiben im Dunkeln.

Bei der Beurteilung der Erfolge der Sandinistas wird der Zynismus vollends offensichtlich: Bei der medizinischen Versorgung wird als Vergleich mit dem Entwicklungsland Nicaragua das Industrieland Bundesrepublik herangezogen (S.38), bei der Alphabetisierung ein Nicaraguaner zitiert, der bemängelt, daß der Stand des Analphabetentums zwar zurückgegangen sei, daß dies aber nicht bedeute, „daß die Leute nun in der Lage wären, Bücher oder Zeitungen zu lesen“. (S.36)

Um die „Moskauhörigkeit“ der Sandinistas zu beweisen, schreckt Kriele weder vor Lügen noch vor gefälschten Zitaten zurück. So behauptet er gar, die FSLN habe sich „als Mitglied in die Kommunistische Internationale aufnehmen lassen“. Daß diese gar nicht mehr existiert, scheint Kriele noch nicht aufgefallen zu sein.

Weiter gehts mit reihenweisen Parallelen zwischen der sandinistischen Revolution und dem Hitlerfaschismus sowie dem unkommentierten Zu-Wort-Kommen-Lassen von Massenmördern wie den Contra-Führern Adolfo Calero und Eden Pastora.

Insgesamt ein Buch, dessen Lektüre sich, wenn überhaupt, dann nur mit Beifring zwischen den Zähnen empfiehlt.

Pia Grund

Ausländerpolitik

Kurz vor Weihnachten wurde die demokratische Öffentlichkeit durch die Meldung aufgeschreckt, daß eine Gruppe Skinheads in Hamburg den Türken Ramazan Avcı erschlagen hat. Dies ist eine der bisher schwersten Gewalttaten gegen ausländische Mitbürger.

Dennoch vertreten die zuständigen (Ermittlungs-)Behörden die Auffassung, es handle sich „nur“ um einen Einzelfall. Mitin erübrige sich ein Verbot der rassistischen Gruppierungen von Skinheads, das u.a. am 11.1.1986 von 10.000 Demonstranten in Hamburg gefordert wurde.

An den politischen Rahmenbedingungen für solche Gewaltakte wird indes von seiten der Regierungskoalition fleißig weitergebastelt. Das Kanzleramt läßt verlauten, daß es auch nach dem EG-Beitritt der Türkei an den gegenwärtigen Rechtszustand bzgl. der Freizügigkeit festhalten, also den Status quo der Familientrennungspolitik erhalten werde.

Unter dem Schlagwort, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, verfolgt die Rechtsprechung einen rigorosen repressiven Kurs im Asylrecht. So entschied das Bundesverwaltungsgericht im Dezember 1985, daß es eine Gruppenverfolgung von Tamilen in Sri Lanka nicht gebe. Dem dortigen Staatsapparat sei das Recht zuzuerkennen, gegen terroristische und separatistische Gruppen im Interesse der Staatserhaltung mit Gewalt vorzugehen.

Diese Aussage steht im krassen Gegensatz zu den Darstellungen tausender Tamilen. Der Flüchtlingsrat Berlin weist z.B. darauf hin, daß breite Bevölkerungskreise der etwa 1,5 Mio Tamilen in der Nord- und Ostprovinz Sri Lankas drastischen und willkürlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt seien.

Die Bundesregierung lehnt auch weiterhin die Unterzeichnung der Antifolterkonvention der UNO ab (siehe AIB 1-2/1986, S.4), da sie die Auslieferung von Asylanten an Länder verbietet, in denen gefoltert wird.

Buchtips: Südafrika, Dritte Welt

Die umfassende Einschätzung und Selbstdarstellung des Befreiungskampfes in Südafrika ist mit

Rainer Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 259 S., 14,80 DM

in diesem Monat auf den Büchermarkt gekommen. In einer ausführlichen Einleitung beschreibt der Autor Ziele, Geschichte, Stand und Perspektiven des Widerstands gegen das Apartheidregime.

Das Buch dokumentiert, teilweise erstmals in deutscher Sprache die programmatische Grundlage des Afrikanischen Nationalkongres-



Rheinmetall-Manager haben dank der Verschleppung ihres Prozesses noch gut lachen

ses (ANC), der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und Erklärungen aus der Arbeiter- und Frauenbewegung. Das Selbstverständnis der Führer des Widerstands wird in Texten von Nelson Mandela, Oliver Tambo, Albert Luthuli, Allan Boesak und Desmond Tutu deutlich.

Der Anhang gibt einen Überblick über die wirtschaftliche, politische und militärische Kollaboration der Bundesrepublik mit dem Apartheidregime.

Rudolf H. Strahm, Warum sie so arm sind. Arbeitsbuch zur Entwicklung der Unterentwicklung in der Dritten Welt mit Schaubildern und Kommentaren, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1985, 224 S., 14,80 DM

ist ein hervorragender Überblick über die Probleme der Dritten Welt und ihre Ursachen. Die einzelnen Kapitel des Buches beschreiben folgende Bereiche: Grunddaten, Welternährungsfragen, Ökologie, Verschuldungsprobleme, Welthandelsprobleme, Industrialisierung, Entwicklungszusammenarbeit, Weltrüstung, Alternativen. Jeder Abschnitt erläutert knapp, präzise auf einer Seite einen Aspekt des Themas. Ein ganzseitiges übersichtliches Schaubild ist jedem Abschnitt beigegeben. 15 Schaubilder sind außerdem als Poster, und 78 als Folien für Projektoren erhältlich.

Rheinmetall-Prozess

Am 13. Januar d.J. begann nach achtjährigen Ermittlungen in Düsseldorf das Verfahren gegen vier Manager des Rüstungskonzerns Rheinmetall wegen illegaler Waffenexporte. Die Angeklagten, die sich gegen eine Kaution von 8 Mio DM auf freiem Fuß befinden, werden beschuldigt, zwischen 1977 und 1980 Waffen im Wert von 500 Mio DM auf Umwegen nach Südafrika (Munitionsabfüllanlage), Saudi Arabien (Maschinengewehre) und Argentinien (105-mm-Geschütze) geliefert zu haben. In den Genehmigungsanträgen an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft waren von Rheinmetall Paraguay und Italien als Endverbleibsländer angegeben worden.

Wenn die Konzernmanager die tatsächlichen Bestimmungsorte angegeben hätten, wären die Exporte möglicherweise aufgrund der Bestimmung, daß Waffenausfuhren in Spannungsgebiete verboten sind, nicht genehmigt worden.

Eine Verurteilung der Manager – das mögliche Strafmaß reicht von einer Geldstrafe bis hin zu

10 Jahren Gefängnis – könnte Waffenexporte erheblich erschweren. Aus diesem Grunde hatte die Bundesregierung 1984 den vergeblichen Versuch unternommen, Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz nicht mehr als Verbrechen, sondern nur noch als Vergehen zu ahnden, die im Fall Rheinmetall bereits verjährt wären. Doch wegen Verschleppung des Verfahrens könnten auch unter den jetzigen Bestimmungen die Manager straflos ausgehen. Im nächsten Jahr verjähren bereits einige der Anklagepunkte.

EKD zu Südafrika-Boykott

Im Januar 1985 forderte die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland von der Bundesregierung, „sofortige umfassende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen und für eine strikte Einhaltung des UN-Rüstungsembargos vom 4.1.1977 zu sorgen“. Die Landessynodalen verpflichteten sich außerdem selbst, sich an der Aktion der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ zu beteiligen; keine Krügermünzen zu kaufen; die Banken aufzufordern, ihre Geschäfte mit Südafrika und Namibia einzustellen sowie nicht weiter mit Banken zusammenzuarbeiten, die Kredite an den südafrikanischen Staat und die Apartheid stützende Organisationen geben oder vermitteln; jeder Form von Pro-Apartheid-Propaganda zu widersprechen; von ihren Abgeordneten zu fordern, dem Apartheidregime jede Unterstützung zu entziehen.

Sie forderten jeden auf, sich ihnen anzuschließen. Dies ist der bisher weitestgehende Boykottbeschuß einer evangelischen Landeskirche. Hingegen sprach sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf seiner Sitzung vom 13.-14.12.1985 nur für „gezielte, kalkulierte Sanktionen“ aus.

Peres-Visite

Im Rahmen einer Westeuropa-Tournee traf Israels Ministerpräsident Shimon Peres am 27.1.1986 zu einem „Arbeitsbesuch“ in der BRD ein.

Peres wurde mit Bundeskanzler Kohl handels-einig, daß die wirtschaftlich-technische und politische Zusammenarbeit zu verstärken sei. Vorzugsweise will man die Kooperation auf dem Gebiet der Elektronik erweitern. Verein-



bart wurde die Einrichtung einer deutsch-israelischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung, die die BRD mit 75 Mio DM bezuschussen wird.

Israelischen Quellen zufolge soll Peres auch über ein trilaterales amerikanisch-deutsch-israelisches Abkommen verhandelt haben, das eine engere militärtechnologische Zusammenarbeit in die Wege leiten soll – sicher auch im Hinblick auf das Weltraumrüstungsprojekt SDI der USA, an dem sich Israel beteiligen will. Peres erhielt ferner die Zusicherung, daß Bonn sich bemühen wird, Nachteile für Israels Landwirtschaft aus dem Beitritt Spaniens und Portugals zur EG zu mildern.

Erfolge gab es für Peres auch auf der politischen Flanke. Obwohl sich Bonn verbal zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes bekannte, konnte Peres bei seiner Rückkehr nach Israel doch zufrieden melden, es gäbe „in Europa mittlerweile viel Skepsis gegenüber der PLO und mehr Verständnis für Israels Position“. Peres hatte in seinen Gesprächen erneut deutlich gemacht, daß er Verhandlungen mit der PLO ablehne.

Der Besuch von Peres war begleitet von einigen Protestaktionen, die sich insbesondere gegen die israelische Libanonpolitik richteten.

Polizistenreise nach Südafrika

„So ziemlich jeder unserer zahlreichen Südafrikagäste ist ... als Südafrika-Freund und -Liebhaber zurückgekommen. Das Nebeneinanderleben der verschiedenen Hautfarben, Religionen und Kulturen muß man selbst erlebt haben.“

Dies sind keine fiktiven Sätze über eine der einst befreite, von den Repräsentanten des Volkes demokratisch regierte Republik Südafrika (RSA). Vielmehr ist dies Originalton aus der RSA-Informationsmappe der Münchner ipd-Tours GmbH, die für den Februar 1986 eine Südafrika-Rundreise mit „Spezialprogramm für Polizisten“ zum Vorzugspreis offerierte. „In Zusammenarbeit mit südafrikanischen und deutschen Polizeistellen“ entstand ein knapp dreiwöchiges Programm, das von der Weinprobe am Kap über „Sightseeing“ in den heimlands bis zum Besuch der Trainingsschule für Polizeihunde und der Polizeischulen für Schwarze, Inder und Farbige reicht.

Daß die südafrikanischen Gastgeber die deutschen Polizisten – wie dem Prospekt zu entnehmen – schon freudig erwarten, verwundert wenig. Gilt es doch ein Renommé aufzupolieren, das angesichts der mehr als 1.000 von Militär und Polizei in den letzten 16 Monaten getöteten Menschen so schwer angeschlagen ist wie nie zuvor.

Aber auch seitens der Bundesregierung erfreut sich die „Polizeisafari“ anscheinend billiger Duldung. Trotz zahlreicher Proteste von Apartheid-Gegnern und einer Anfrage der Grünen im Bundestag distanzierte sie sich weder von der Kontaktpflege zur Rassenpolizei, noch setzte sie sich dafür ein, diese Reise zu unterbinden. Seinen eigenen Angaben zufolge war der BKA-Kommissar Landes an der Organisation des Polizeiprogramms maßgeblich beteiligt. Da das BKA politisch von Staatssekretär Spranger (CSU) kontrolliert wird, ist die Bonner Regierung für dessen Aktivitäten mitverantwortlich.

Bei der Abfahrt der Busse mit den insgesamt 40 Polizisten zum Abflugsort Luxemburg kam es in Frankfurt, Düsseldorf, Köln, München, Saarbrücken und in Luxemburg zu Protesten und Sitzblockaden von Apartheid-Gegnern.

Libanon

Nach den bislang heftigsten innerchristlichen Kämpfen, die Mitte Januar d.J. in und um Ostbeirut tobten und rund 350 Tote kosteten, scheint eine erneute allgemeine Kriegeskalation im Land der Zedern vorprogrammiert. Aus dem Waffengang gingen mit Staatspräsident Amin Gemayel (Phalangepartei), Expräsident Camille Chamoun (Nationalliberale Partei) und mit Samir Geagea, dem neu eingesetzten Kommandierenden der maronitischen Rechtsmiliz Forces Libanaises, die Gegner des Friedensabkommens von Damaskus siegreich hervor.

Das Abkommen war nach dreimonatigem Tauziehen unter Vermittlung Syriens, am 28.12.1985 von den Führern der drei größten Milizen, Nabih Berrih (Amal), Walid Junblatt (Sozialistische Fortschrittspartei) und Elie Hobeika (Forces Libanaises), unterzeichnet worden. Es beinhaltete u.a. einen Waffenstillstand, die Auflösung der Milizen innerhalb 1 Jahres und eine Verfassungsreform, mit der die Privilegien der christlich-maronitischen Großbourgeoisie abgebaut und der moslemischen Bevölkerungsmehrheit endlich gleiche Rechte eingeräumt werden sollen (siehe AIB 1-2/1986, S. 4ff.).

Mit der Spaltung der Forces Libanaises, der Ausschaltung Hobeikas (er wurde ins Exil gezwungen) und seiner Anhänger hat Präsident Gemayel zwar vorerst die Umsetzung des Friedenspaktes von Damaskus abgeblockt. Aber das christliche Lager ist gespalten, neben dem Hobeika-Flügel der Phalange treten 32 christliche Parlamentarier und Expräsident Frangieh mittlerweile für den Friedenspakt ein. Letzterer erklärte sich gar wie die Paktunterzeichner Berri, Junblatt und Hobeika für den Sturz Gemayels. Premierminister Karameh, Parlamentspräsident Husseini und die Regierungsmehrheit schritten Ende Januar d.J. zum Boykott bzw. zur Befehlsverweigerung gegen Präsident Gemayel. Und der Zeitung Es Safir vom 25.1.1986 zufolge soll ihm Syriens Regierung Assad für die Zustimmung zum Friedenspakt eine Frist bis zum 15.2.1986 gesetzt haben. Danach dürfte wohl ein weiterer Waffengang über die Machtfrage entscheiden.

Nahost

Knapp 1 Jahr nach dem Amman-Abkommen (11.2.1985; siehe: AIB 4/1985, S. 13-14) zwischen Jordaniens König Hussein und dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, läßt ein Durchbruch hin zu einer internationalen Nahostverhandlungsrunde noch immer auf sich warten.

Einmal mehr scheiterten die Bemühungen des US-Nahostbeauftragten Richard W. Murphy im Januar d.J., eine für Jordanien, die PLO und Israel gleichermaßen akzeptable Formel für die

Zusammensetzung einer jordanisch-palästinensischen Delegation und für die wechselseitige indirekte Anerkennung der Rechte Israels und der Palästinenser zu finden. Israels Premierminister Peres bekräftigte auf seiner Westeuropa-Tournee in London, weiter nur Gespräche mit Hussein, also ohne PLO-Präsenz, führen zu wollen.

Ägyptens Präsident Mubarak, der ebenfalls Ende Januar d.J. Westeuropa bereiste, forderte eigenständige Vermittleraktivitäten („Kontaktgruppe“) der EG für Verhandlungen. Nur

so sei die gefährliche „Stagnation“ in den auf Amman gefolgten Nahost-Initiativen (siehe AIB 7/1985, S. 9ff.) zu überwinden.

Die eigenen Interessen hierdurch gefährdet sah auch König Hussein, weshalb er seit Herbst 1985 eine Wiederannäherung an den Frontstaat Syrien vorantrieb. Schon im Oktober 1985 hatten sich beide Regierungen geeinigt, für eine internationale Nahostkonferenz solle der arabische Friedensplan von Fes (1982) zugrundegelegt werden. Während eines Hussein-Besuches Ende Dezember 1985 in Damaskus lehnten es beide Seiten im Schlußkommuniqué gar ab, sich „teilweise oder allein“ mit Israel zu versöhnen.

Verstärkt hat sich hierdurch auch der Druck auf die PLO-Führung, von der Amman-Plattform abzurücken und ihrerseits eine Aussöhnung mit Damaskus anzupfeilen. Mitte Januar d.J. soll sie ein entsprechendes Vermittlungsangebot der UdSSR angenommen haben.

Burkina – Mali

Der Grenzkrieg zwischen den beiden westafrikanischen Staaten Burkina und Mali vom 25.-29.12.1985 endete am 30. Dezember mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrages durch die beiden Staatsoberhäupter Thomas Sankara und Moussa Traore.

Das Abkommen war durch Vermittlung des Westafrikanischen Verteidigungs- und Nichtangriffspaktes (ANAD), dem neben Burkina und Mali auch die Elfenbeinküste, Senegal, Mauretanien, Niger und Togo angehören, zustande gekommen. Eine militärische Kontrollkommission, bestehend aus Vertretern dieser Staaten und einem Delegierten der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) überwachten den Ende Januar d.J. abgeschlossenen Rückzug der Truppen Burkinas und Malis auf ihre Stellungen vor Ausbruch des 5-Tage-Krieges. Auslöser des Konflikts waren Differenzen über den Grenzverlauf eines 160 km langen Teilstücks der ca. 1.150 km langen gemeinsamen Grenze. Um diese Frage hatte es seit Erlangung der Unabhängigkeit der beiden Staaten von Frankreich vor 26 Jahren immer wieder Streit gegeben. Um den Konflikt auf einer politischen Ebene lösen zu können, hatten Burkina und Mali den Streit vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gebracht, dessen Entscheidung für Juni d.J. erwartet wird.



Südafrika



Der Druck auf das Apartheidregime, Nelson Mandela freizulassen, wird größer

Am 2. Februar d.J. gab der südafrikanische Staatspräsident Pieter W. Botha in seiner Eröffnungsrede zur neuen Parlamentsperiode bekannt, daß zum 1. Juli d.J. die Paßgesetze abgeschafft werden sollen. Sie zwingen die Schwarzen, sich jederzeit auszuweisen und die Aufenthaltsberechtigung für das Gebiet, in dem sie sich gerade befinden, nachzuweisen. Es soll jetzt einen einheitlichen Personalausweis für alle Bewohner Südafrikas geben.

Damit wollte Botha nicht nur nach außen seinen Reformwillen bekunden und reagierte auf die Forderungen des südafrikanischen Widerstandes. So hatte z. B. der neugegründete Dachverband der Gewerkschaften COSATU auf seinem Gründungskongreß am 30.11./1.12.1985 die Aufhebung dieser Paßgesetze im Laufe der nächsten 6 Monate gefordert, andernfalls werde ein Generalstreik für möglich gehalten (siehe AIB 1-2/1986, S. 43ff.).

Diese Ankündigungen Bothas wurden vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und Bischof Tutu als ungenügend zurückgewiesen.

Ebenso lehnte der ANC ein Angebot Bothas ab, den seit 23 Jahren inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela im Austausch gegen einen südafrikanischen Offizier in angolischer Haft sowie die sowjetischen Dissidenten Sacharow und Sehtscharanski freizulassen. Auch Nelson Mandela selbst hat das Angebot, mit „der Verachtung, die es verdient“ zurückgewiesen.

Aus Protest gegen das Festhalten des Regimes an der Rassentrennung trat der Führer der oppositionellen Progressiven Föderalen Partei (PPF), Frederik van Zyl Slabbert, am 7.2.1986 aus dem Parlament aus. Auch in der regierenden Nationalen Partei (NP) macht sich Widerstand gegen den mangelnden Veränderungswillen der Regierung breit. 35 Parlamentarier der NP kündigten van Zyl Slabbert ihre Unterstützung an, wenn er seinen Rücktritt rückgängig machen sollte.

Argentinien

In Argentinien wurde der von der peronistischen Gewerkschaft CGT für den 24. Januar d.J. ausgerufen und von allen Oppositionsparteien unterstützte Generalstreik – der vierte seit dem Amtsantritt Raul Alfonsins im Dezember 1983 – weitgehend befolgt.

Die Gewerkschaften protestierten damit gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, der sie die Unterwerfung der argentinischen Wirtschaft unter die Forderungen des Internationalen Währungsfonds vorwerfen. Das von der Regierung Alfonsin im Juni 1985 verfügte Sparprogramm, der sog. „plan austral“ (siehe AIB 1-2/1986, S. 13-15), sah einen Lohn- und Preisstopp vor. Tatsächlich konnte damit die jährliche Inflationsrate von über 1000% auf rund 400% verringert werden. Aber da es nicht gelang, einen völligen Preisstopp durchzusetzen, hat sich durch das rigide Einfrieren der Löhne die Kaufkraft seit Juni 1985 um 30% verringert.

Die Gewerkschaften forderten daher rückwirkend zum 1. Januar eine allgemeine Lohnerhöhung um 28% und die Einstellung des Schuldendienstes. Doch trotz des zunehmenden Drucks der Gewerkschaften und der Linksparteien erklärte Alfonsin, daß er unbeirrt an seinem Austeritätsprogramm festhalten wolle. Er bezeichnete den Streik als eine „Verschwörung der CGT gegen die Interessen der Arbeiter“ und bezichtigte die Führung der Gewerkschaft und die Kommunistische Partei Argentiniens, die zu einer härteren Opposition übergegangen ist, zu „agitieren und der Demokratie zu schaden“.

El Salvador

Ende letzten Jahres legte die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) einen 16-Punkte-Katalog für neue Verhandlungen mit der Regierung vor. Er bekräftigte die Forderung nach einer Übergangsregierung mit breiter Beteiligung und betonte, daß die FMLN/FDR für eine politische Lösung, für den Dialog eintritt, aber „gegen die Absichten Duartes, den Dialog als Manöver zugunsten der Politik Reagans zu nutzen“, ist. Der Dialog müsse „ernsthaft und öffentlich geführt werden und allen Schichten der Nation offenstehen“.

Gleichzeitig wird von der Befreiungsfront die Legitimität des bewaffneten Kampfes unterstrichen, solange die Regierungstreikkräfte die Waffen nicht niedergelegt haben. Oberst Blandon, Generalstabschef der Armee, lehnte, quasi im Namen der Regierung, die Aufnahme des Dialogs ab.

Unterdessen gehen die Übergriffe der Militärs auf die Zivilbevölkerung weiter. Die für die Weihnachtsfeiertage vereinbarte Waffenruhe wurde von der Armee nicht eingehalten. Allein im Januar d.J. kamen mehr als 100 Zivilisten bei der „Operation Phönix“ der Streitkräfte ums Leben, rund 1.000 waren Ende Januar von Elitebataillonen am Guazapa-Vulkan eingeschlossen.

Kostarika

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 2. Februar d.J. in Kostarika konnte sich Oscar Arias, Kandidat der rechtssozialdemokratischen Partei der Nationalen Befreiung (PLN), mit 53,3% der Stimmen gegen seinen wichtigsten Rivalen, Rafael Calderon (44,8%) von der rechten Christlich-Sozialen Einigkeitspartei (PUSC), durchsetzen. Arias tritt damit am 8.5.1986 die Nachfolge seines Parteikollegen Alberto Monge an.

Bei den Parlamentswahlen, die gleichzeitig stattfanden, büßte die PLN mit 28 von 57 Sitzen ihre absolute Mehrheit ein. Auf die PUSC entfielen 26 Sitze. Die beiden Wahlkoalitionen der Linken errangen je einen Sitz. 1982 hatte ein einheitliches Bündnis noch 4 Sitze erreicht.

Mit der Niederlage Calderons ist zwar eine bedingungslose Unterordnung unter die US-Aggressionspolitik erschwert worden, doch gedenkt auch Arias wie sein Amtsvorgänger eine antisandinistische Politik zu verfolgen. Er be-

Lisandro Otero

Stadt im Feuer

Roman

Lisandro Otero
STADT IM FEUER
Roman
384 Seiten
16,80 DM

Ein geheimer Waffentransport erreicht nach abenteuerlicher Fahrt das kubanische Festland. Vier Männer und eine Frau versuchen sich zu ihren Gefährten durchzuschlagen, die in der Sierra gegen das verhasste Regime des Diktators Batista kämpfen.

In Havanna verfolgt Luis Dascal irritiert, wie sich die Situation auch hier zuspitzt und einschneidende Veränderungen ihre Schattentenden vorauswerfen. Die Liebe der jungen

Revolutionärin María del Carmen reißt den Bohemien aus der trügerischen Behaglichkeit der eleganten Clubs und stellt ihn vor eine schwere Entscheidung . . .

„Stadt im Feuer“ ist mehr als ein spannender Revolutions-Roman. Er schildert authentisch den kubanischen Kampf gegen das verhasste Batista-Regime.

Gesamtverzeichnis anfordern.

Weltkreis-Verlag, Postfach 789, 4600 Dortmund 1



grüßte die Hilfe der USA für die Contras, will nikaraguanischen Exilanten freie politische Betätigung erlauben und lehnt bilaterale Verhandlungen mit Nicaragua ab. Seine Bekundungen, keine Armee aufzubauen, keine US-Militärberater ins Land zu lassen und den Contras keine Stützpunkte zu gestatten, widersprechen bereits jetzt den Tatsachen (siehe AIB 8-9/1985, S. 56f.). Die Regierung wird sich umso leichter der US-Politik unterwerfen als das Land pro Kopf der Bevölkerung zu den höchstverschuldetsten der Welt gehört und nach Israel zweitgrößter Empfänger von US-Wirtschaftshilfe ist.

Pakistan

Am 30.12.1985 wurde das Kriegsrecht, das vor mehr als 8 Jahren beim Sturz des damaligen Ministerpräsidenten Bhutto verhängt worden war, aufgehoben. Zugleich wurde die Verfassung von 1973 in abgeänderter Form wieder in Kraft gesetzt und die Militärverwaltung aufgelöst. Präsident Zia-ul-Haq kündigte außerdem die Ablösung der Streitkräfte angehörenden Provinzgouverneure durch Zivilpersonen an.

Politische Parteien sind wieder zugelassen, allerdings bedürfen sie einer Registrierung. Parteien, die die Machtverhältnisse im Land in Frage stellen bzw. sich einer Islamisierung von Staat und Gesellschaft widersetzen, bleibt weiterhin eine legale Betätigung verwehrt. Die diktatorischen Machtbefugnisse Zia-ul-Haqs bleiben unangetastet.

Die von ihm während des Kriegsrechts ausgeführten Handlungen sowie seine Befugnisse als Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte wurden durch die abgeänderte Verfassungslegitimiert.

Korea

Wegen des großangelegten Militärmanövers „Team Spirit 86“, das unter Beteiligung von rund 200.000 südkoreanischen und US-Soldaten am 10. Februar d.J. in Südkorea begann, hat die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) den Dialog mit seinem südlichen Nachbarn unterbrochen. Die KVDR und Südkorea hatten für Januar/Februar Verhandlungen über gegenseitige Wirtschaftshilfe und einen Parlamentarierdialog in dem Waffenstillstandsort Panmunjom sowie Rotkreuz-Gespräche in Pjöngjang vereinbart.

Für die Zeit dieser Gespräche hatte die Regierung der KVDR beschlossen, keine größeren militärischen Übungen abzuhalten und Südkorea aufgefordert, gleichermaßen zu verfahren. Wegen des in Südkorea dennoch durchgeführten Großmanövers will die KVDR den vereinbarten Dialog erst wieder nach Beendigung der militärischen Übungen aufnehmen.

Wie bereits im Oktober 1985 brachte auch ein Anfang Januar d.J. in Lausanne unter Vorsitz von IOC-Präsident J.A. Samaranch anberaumtes Gespräch zwischen Sportoffiziellen der KVDR und Südkoreas keine Einigung über den Vorschlag der KVDR, die Olympischen Sommerspiele 1988 in beiden Staaten und nicht nur wie vorgesehen in Seoul abzuhalten. Auch der Vorschlag der KVDR, die Athleten beider Staaten 1988 unter einer gemeinsamen Flagge antreten zu lassen, wurde von den Vertretern Südkoreas abgelehnt. Ein erneuter Gesprächstermin wurde für Juni d.J. vereinbart.

Der Bruderkrieg in der VDR Jemen



Rauchwolken über der Hauptstadt Aden. Der Bruderkrieg verursachte schwere Schäden

Mitte Januar d.J. entlud sich ein schwelender Machtkampf in den Reihen der regierenden Jemenitischen Sozialistischen Partei (YSP) in einem bewaffneten Konflikt, der rasch Ausmaße eines Bürgerkrieges in der sozialistisch orientierten Volksdemokratischen Republik Jemen annahm. Daß die zehntägige Schlacht sich rasch auf den ganzen Südjemen ausdehnte und derart verheerende Zerstörungen und Verluste (ein Gutteil Adens in Trümmern, mehrere tausend Tote) hervorrief, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Armee in zwei Teile spaltete und diese in der Entscheidungsphase bewaffnete Kräfte der Bergstämme mit einbezogen.

Die Tragödie endete mit dem Sturz des Staatspräsidenten und YSP-Generalsekretärs Ali Nasser Mohammed und dem Sieg der rebellierenden Gegenkräfte. Am 9. Februar wurde der vorherige Ministerpräsident Haidar Abu Bakr el Attas zum Staatspräsidenten, sein vormaliger Stellvertreter Jasim Said Numan zum neuen Ministerpräsidenten berufen. Zum YSP-Generalsekretär ernannte man Ali Saleh el Bidh, bislang Minister für Kommunales.

Nasser Mohammed selbst hatte am 13. Januar den Bruderkrieg ausgelöst, als er seine Kontrahenten im YSP-Politbüro (sie waren in der Mehrheitsposition) von seiner Leibgarde bei einer turnusmäßigen Sitzung niederschließen ließ. Vizepräsident Ali Antar wurde dabei getötet, der ehemalige Staatspräsident (1978-80) und YSP-Generalsekretär Fattah Ismail verwundet. Er starb anschließend in einem Panzergefecht.

Eigentliche Ursache des vorausgegangenen Fraktionskampfes sind offensichtlich persönliche Rivalitäten und taktische, nicht aber strategische Differenzen über den Fortgang des revolutionär-demokratischen Prozesses (eine Hintergrund einschätzung dazu soll in AIB 4/1986 folgen). Fattah Ismail war 1980 als Staatspräsident und YSP-Generalsekretär verdrängt und ins Exil (Bulgarien, UdSSR) abgeschoben worden. Nach seiner Rückkehr 1985 war ihm der versprochene Posten als YSP-Generalsekretär vorenthalten worden. Ali Antar war 1981 als Verteidigungsminister abgesetzt und auf den leidigen Posten des Vizepräsidenten abgeschoben worden.

Im YSP-Zentralkomitee hielten weiter die Anhänger Nassir Mohammeds, im fünfzehnköpfigen Politbüro allerdings jene Ismails die Mehrheitsposition – eine konfliktrichtige Patt-situation, die der Präsident durch die permanente Nichtberufung des Politbüros und schließlich die Liquidierung der Mehrheit zu

beheben suchte.

Die Kritik der Opponenten Nassir Mohammeds richtete sich erstens gegen seinen „Machtmißbrauch“ bzw. seine Amterhäufung. Im Februar 1985 hatte Nassir Mohammed hier einen ersten Abstrich gemacht, als er sein Amt als Ministerpräsident an den Kompromißkandidaten El Attas abgab.

Zweiter Streitpunkt war der Umgang mit dem Nordjemen, von der Normalisierung mit Oman, Saudi Arabien abgesehen. Fattah Ismail wandte sich gegen Nassirs Wiedervereinigungskurs, der eine Intensivierung des Dialogs und die Bereitschaft zur Koexistenz mit dem feudal-bürgerlichen Nordjemen beinhaltet. Ismail setzte stattdessen auf die Förderung einer sozialistisch ausgerichteten Revolution über eine massive Hilfe für die Nationaldemokratische Front im Nordjemen.

Dritter Anstoßpunkt war die unter Nassir Mohammed seit 1980 eingeleitete Wiederbelebung des privaten Wirtschaftssektors.

Ob es nach der Niederlage Nassir Mohammeds und den Repressalien gegen seine Anhänger zu einer innenpolitischen Radikalisierung kommen wird, scheint noch nicht entschieden. Dafür bekräftigte die neue YSP-Führung am 9.2.1986 den bisherigen außenpolitischen Kurs, abgesehen vom Offenlassen ihres Vorgehens gegenüber dem Nordjemen. Betont wurde die Fortdauer ihrer „besonderen Beziehungen“ zur UdSSR, zum sozialistischen Lager und zu Äthiopien. Hervorgehoben wurden weiter die engen Allianzbeziehungen zu Syrien, Libyen und Algerien. Festgehalten werden soll auch an „gutnachbarlichen Beziehungen“ mit dem Oman, Saudi Arabien und anderen Golfstaaten.

W. Brönnner

Hauptkontrahenten: der getötete ehemalige Ministerpräsident und YSP-Generalsekretär Fattah Ismail (l.) und der gestürzte Staatspräsident Ali Nasser Mohammed



D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Wir schenken **jedem ein Buch...**

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

James Matthews
Schattentage
Roman aus Südafrika
Weltkreis Verlag
144 Seiten, 9,80 DM

K.P. Wolf
Tage, die wie Wunden brennen
Roman aus Nicaragua
Weltkreis Verlag
140 Seiten, 14,80 DM